

Zeit für zivilgesellschaftliches Engagement



Aus dem Inhalt:

Kommunalpolitik mitgestalten
Zeit für Demokratie
Uneigennützig für Wikipedia
Engagement gegen Einsamkeit?
Sprachvermittlung für Zugewanderte

Über das Titelfoto:

Kunstaktion vor dem Bundestag und Übergabe von Empfehlungen des Bürgerrats Demokratie an Bundestagspräsident Schäuble

Der aus 160 aus den Einwohnermelderegistern gelosten Menschen bestehende **Bürgerrat Demokratie** hat am 15. November 2019 sein Bürgergutachten mit 22 konkreten Vorschlägen zum Ausbau der Demokratie an Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble überreicht. Im Vorfeld fand auf der Wiese vor dem Bundestag eine Kunstaktion mit dem international bekannten Aktionskünstler John Quigley statt. Mehrere hundert Menschen bildeten eine goldene Spirale, die sich symbolisch in Richtung des Bundestagsgebäudes entwickelte. Diese „Aerial Art“-Aktion bildet den Abschluss des ersten Bürgerrates in Deutschland. Initiiert wurde der Bürgerrat von Mehr Demokratie e.V. und durchgeführt von den Instituten IFOK und nexus.

Mehr info: <https://www.omnibus.org/nachrichten/ansicht/kunstaktion-vor-dem-bundestag-und-uebergabe-von-empfehlungen-des-buergerrats-demokratie-an-bundestagspraesident-schaeuble>

Video: https://www.youtube.com/watch?v=GwjYf7OjL_s

In dieser Ausgabe

Zeit für zivilgesellschaftliches Engagement	
Helga Zeiher Einführung	1
Ulrich Hoffmann Kommunalpolitik mitgestalten	6
Ulrich Hoffmann Engagement-Motive Jugendlicher	8
Fritz Reheis Zeit für Demokratie	10
Katarina Peranić Stiftung für Engagement und Ehrenamt	14
Elke Großer Bürgerräte im politischen Dialog	16
Hazel Rosenstrauch Uneigennützig und anonym für Wikipedia	20
Susanne Schroeder Engagement gegen Einsamkeit?	23
Matthias Philipper Zeitbalancen beim Sprachunterricht	28
Lena Schmeiduch und Karsten Müller Dilemma des Nachhaltig- keitsengagements	31
Hanna Völkle Zeitpolitik für freiwilliges Engagement	33
Aus der DGfZP	
Jahresrückblick	37
Rückblick auf die Jahrestagung 2024	39
Who is who	41
Forum	
Julia Zielke u. a. Krankmachende Zeiten der Asylpolitik	43
Veranstaltungen und Projekte	46
Neue Literatur	48
Impressum	54

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Ein pulsierendes Gemeinwesen“, so Amitai Etzioni (2000), ist die dritte der drei Säulen Staat, Markt und Zivilgesellschaft, auf denen eine gute Gesellschaft ruhen soll. Dass diese dritte Säule in Deutschland das demokratische Funktionieren und den Zusammenhalt der Gesellschaft mitzutragen hat, ist Konsens. Doch ist diese Säule gegenwärtig stark genug? Was macht sie stark? Die Beiträge zu diesem ZpM suchen Antworten im Hinblick auf die beiden zentralen Dimensionen zivilgesellschaftlichen Engagements: deliberative Demokratie und Gemeinschaftsbezug. Um beides realisieren zu können, braucht es Zeit – und Zeitpolitik. Im heutigen Deutschland ist solches zivilgesellschaftliche Engagement dringend nötig, nicht weniger dringend, als es gegen Ende der Weimarer Republik war.

Trotz der höchst beunruhigenden Entwicklungen in der Welt und in unserem Land wünscht ihnen die Redaktion ruhige Weihnachtstage und uns allen im neuen Jahr besser werdende Zeiten!

Helga Zeiher

Thema: Zeit für zivilgesellschaftliches Engagement

HELGA ZEIHNER

Engagiert für freiheitliche Demokratie und sozialen Zusammenhang

Einführung in den Thementeil

Mit den „Erfahrungen eines ehrenamtlichen Kommunalpolitikers“, beginnt dieser ZpM-Thementeil. Ulrich Hoffmann beschreibt das vielschichtige Zeitgefüge seiner Alltage, das er im Bewusstsein der politischen Bedeutung engagierten Handelns auf sich nimmt. Kommunalpolitisches Engagement eröffne die Möglichkeit, „die Entwicklung der Stadt mitzuprägen, das Miteinander aller Generationen in der Stadt zu fördern und Weichen in die Zukunft zu stellen. Es kostet aber auch jede Menge Zeit und Nerven, denn Politik ist ein stetes regelbasiertes Ringen um verantwortbare Entscheidungen“. Kommunale Politik aktiv mitzugestalten sei ein lebendiger demokratischer Prozess, „ohne gelebte Demokratie gibt es keinen funktionierenden Rechts- und Sozialstaat, der mithin eine Grundvoraussetzung für die Krisenbewältigung unserer

Gesellschaft ist.“ Wer sich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagieren will, müsse es sich zeitlich und finanziell leisten können, müsse den „Dreifachspagat“ zwischen beruflicher Tätigkeit, familiärer Verantwortung und den Erfordernissen des Mandats im Alltag bewältigen, es sei denn, sie oder er gehören „zur Zeitelite“, die ihr Geld zeitlich flexibel verdient oder schon im Ruhestand ist. Aus seinen Erfahrungen gibt Ulrich Hoffmann konkrete Anregungen für zeitpolitische Verbesserungen kommunaler Verwaltungsarbeit.

Im Rahmen seines kommunalpolitischen Engagements hat Ulrich Hofmann freiwillig engagierte Jugendliche zu ihren Motiven interviewt und Zitate daraus zu einem weiteren Beitrag zusammengestellt.

Ehrenamt, Bürgerschaftliches Engagement, Zivilgesellschaftliches Engagement

Der Begriff *Ehrenamt* war einst für gewählte oder übertragene dauerhafte Funktionen in öffentlichen Institutionen, Freiwilligendiensten oder in Vereinen entstanden, die Ehre einbrachten, aber kein Geld. Um die Jahrtausendwende wurde der umfassendere Begriff *Bürgerschaftliches Engagement* eingeführt, der neben Ehrenämtern traditioneller Art auch die vielfältigen freiwilligen Engagements in Vereinigungen beruflicher, gesundheitlicher, weltanschaulicher, politischer, wissenschaftlicher oder regionaler Themen einschließt. Die Definition der von der Bundesregierung 1999 eingesetzten Kommission zur Erarbeitung einer „Enquete Zukunft der Bürgergesellschaft“ ist seither leitend: *„Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillig, findet im öffentlichen Raum statt, ist gemeinschaftsbezogen, dient dem Gemeinwohl und ist nicht auf materiellen Gewinn angelegt.“* (Deutscher Bundestag 2002: 38) Dazu im Vorwort: *„Die Bürgerinnen und Bürger erneuern mit ihrem freiwilligen Engagement in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Tag für Tag die Bindekräfte unserer Gesellschaft. Sie schaffen eine Atmosphäre der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens. Kurz, sie erhalten und mehren, was wir heute ‚soziales Kapital‘ nennen: die Verbundenheit und das Verständnis zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft, die Verlässlichkeit gemeinsam geteilter Regeln, Normen und Werte und nicht zuletzt das Vertrauen in die Institutionen des Staates.“* Leitend sei *„die Idee des ‚guten Bürgers‘ und der ‚guten Bürgerin‘, die Verpflichtungen für öffentliche Aufgaben und Ämter übernehmen, sich also nicht „von der Vorstellung der Allzuständigkeit des Staates (...) verabschieden“* (ebd.: 33). Voraussetzung eines Engagements sei die tätige Einbindung in Vereinigungen, Selbsthilfegruppen und öffentliche Einrichtungen, nicht aber die bloße Mitgliedschaft in einer gemeinwohlbezogenen Institution und auch nicht

Hilfeleistungen im privaten Raum. Ob angesichts historischer Erfahrungen dieses Verständnis bürgerlichen Engagements einer liberalen Demokratie entspricht, war in der Kommission kontrovers. Folgendes wurde nur als Sondervotum in die Enquete aufgenommen: *„Die Koalitionsmehrheit der Enquete-Kommission hat einen wesentlichen Teil des bürgerschaftlichen Engagements vernachlässigt, indem sie das Gespräch mit den Engagierten über die Probleme des negativen Engagements des politischen Extremismus sowie die Möglichkeiten, dagegen zu wirken, (...) ablehnte. (...) Sie hat damit die Chance, einen zentralen Zukunftsaspekt bürgerschaftlichen Engagements in unserem Land zu erörtern, ungenutzt gelassen.“* (ebd.: 338)

Demokratie lebendig gestalten und erhalten

Was 2002 vernachlässigt worden war, ist inzwischen als vordringlich erkannt. Neben den bisherigen Inhalten und Formen freiwilligen Engagements haben sich neue Formen der Beteiligung herausgebildet, die neben der zunehmenden Digitalisierung vor allem die Bedrohungen der Demokratie sowie Schwächen im sozialen Zusammenhalt betreffen. Das hat zu einer erneuten Begriffserweiterung geführt, die sich gegenwärtig durchsetzt, zum Begriff *Zivilgesellschaftliches Engagement*.

Angesichts zunehmender rechtspopulistischer Aktivitäten wird in besorgten Reaktionen aus Politik, seriösen Medien und einschlägigen Wissenschaften die Bedeutung hervorgehoben, die kritikoffene deliberative Prozesse im Rahmen zivilgesellschaftlichen Engagements für den Erhalt der Demokratie und für den sozialen Zusammenhalt des Gemeinwesens haben. Ziviler Ungehorsam irritiere den Rechtsstaat und gebe zugleich Impulse für dessen Weiterentwicklung, schreibt Samira Akbarian in „Aus Politik und Gesellschaft“ (2024).

Im Anschluss an Jürgen Habermas geht Fritz Reheis in seinem Beitrag der Frage demokratietheoretisch nach, ob die Bewertung zivilgesellschaftlichen Engagements von deren inhaltlicher Ausrichtung abhängt. In einem demokratischen Land komme es auf Umfang und Tiefe der politischen Reflexion des Bürgerwillens an. Diese sei jedoch durch das Vordringen digitaler Medien überformt, weil das Leitziel der digitalen Kommunikation nicht die Wahrheit und das Gemeinwohl der Bürger, sondern der Profit der Digitalkonzerne sei. Die Reflexivität deliberativer Demokratie sieht Reheis nicht zuletzt auch durch den Zeitdruck gefährdet, der von digitalen Medien und ökonomischen Prozessen ausgeht. Durch extern erzwungenen Zeitdruck komme es auf individueller Ebene und in politischen Prozessen zur Verkürzung des Zeithorizonts bis hin zur Ausblendung von Zukunft. Reheis betont, wie not-

wendig für uneigennützig Engagements *„Räume und Zeiten für radikale Kritik, für Visionen und Pioniere, die diese stark machen und in der Gesellschaft weitertragen“* sind.

Mit Auswirkungen des Internets auf die Demokratie hat die DGfZP sich schon 2013 auf der Jahrestagung und im ZpM *„Demokratie braucht Zeit“* befasst. Es sind *„neue Formen politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung, die auf ein zunehmendes Selbstbewusstsein und zunehmenden Beteiligungs- und Gestaltungswillen der Bürger/innen reagieren. Hier geht es um Bürgerbeteiligung und politische Partizipation und somit um die weitere Demokratisierung unseres politischen Systems. Dieses Mehr an Demokratie braucht auch ein Mehr an Zeit, einen anderen Zeitgebrauch“* (Mückenberger 2013: 2).

Staatliche Instanzen fördern und unterstützen freiwilliges Engagement auf viele Weisen. Beim Bundespräsidenten, in vier Bundesministerien, in allen Bundesländern und Kommunalverwaltungen gibt es zuständige Abteilungen. Die Bundesregierung hat mehrere Institutionen zur Förderung von freiwilligen Engagements gegründet, die größte ist die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (Beitrag von *Katarina Peranić*). Von Kommunen, Landesregierungen oder vom Bundestag eingesetzt werden Bürgerräte, in denen in Melderegistern ausgeloste Bürgerinnen und Bürger zu vorgegebenen Themen Empfehlungen für die Politik erarbeiten. Auf kommunaler Ebene hat sich dies als demokratische Form der Bürgerbeteiligung vielfach bewährt. Der erste von bisher zehn Bürgerräten auf Bundesebene war 2019 „Demokratie“, initiiert vom Verein „mehr Demokratie“, und durchgeführt vom Verein „Demokratie wagen“. Das Bürgergutachten wurde dem Bundestag öffentlichkeitswirksam im Rahmen eines Kunstevents vor dem Reichstagsgebäude übergeben, das „OMNIBUS für Direkte Demokratie“ veranstaltet hatte. Das Cover-Foto dieses ZpM und ein Video zeugen vom Engagement der Teilnehmenden.¹ Den jüngsten bundesweiten Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ (2024) stellt *Elke Großer* in ihrem Beitrag vor. Die demokratiefördernde Qualität bundesweiter Bürgerräte, so macht sie deutlich, liege vor allem darin, dass die Teilnehmenden die Erfahrung direkter demokratischer Politikbeteiligung in deliberativer Auseinandersetzung unter Menschen machen, mit denen sie sonst kaum ins Gespräch gekommen wären.

Digitale Engagements

Digitale Formen des Engagements sind rasant in alle Lebensbereiche eingedrungen, sie wirken sich auch in den Formen und Inhalten zivilgesellschaftlicher Engagements

aus. Häufig werden Engagement-Aktivitäten mit digitalen Kommunikations- und Informationsmitteln organisiert. Zudem entstehen im virtuellen Raum inhaltlich neuartige Beteiligungsmöglichkeiten, für die sich mehrere Personen zu bestimmten Inhalten digital vernetzen: Blogs und digitale Plattformen, die außerhalb oder auch innerhalb eines der großen internationalen sozialen Medien digital verortet sind und entweder teilweise oder ganz im virtuellen Raum realisiert werden. Eine Tendenz zur „Plattformisierung des Engagements“ wird im Dritten Engagementbericht des Bundesfamilienministeriums (2021) anhand von Ergebnissen einer dafür durchgeführten Befragung Jugendlicher und junger Erwachsener festgestellt. Politisch Engagierte nutzen digitale Mittel, wenn sie Demonstrationen, Flashmobs und Unterschriftensammlungen organisieren. Die einen engagieren sich gegen klimaschädliche Maßnahmen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Während andere sich gegen Zuwandernde engagieren und gegen Menschen, deren Aussehen, Religion oder sexuelle Orientierung von der Mehrheitsgesellschaft abweicht.

Die online-Plattform Campact organisiert Kampagnen für „progressive Politik“ und „Verteidigung der Demokratie“. Über Mails werden über drei Millionen Unterstützende (laut Wikipedia) zu Protesten aufgerufen, die entweder gebündelt als Petitionen an Entscheidungsträger geleitet werden oder in realen Demonstrationen auf ihre Ziele aufmerksam machen. Im ZpM *„Demokratie braucht Zeit“* weist Klaus Körber auf Veränderungen der politischen Spielregeln der repräsentativen Demokratie durch das Internet hin, da *„bisher gültige Regeln, Erwartungsstrukturen und Verhaltensmuster außer Kraft gesetzt werden, die letztlich auf die bis vor kurzem noch unüberwindliche ‚Fesselung‘ allen politischen Handelns an Raum und Zeit zurückgehen (...) Das Internet fördert und unterstützt darüber hinaus die massenhafte politische ‚Selbstermächtigung‘ isolierter Individuen und kleiner Gruppen, die sich bisher gegenüber politischen Institutionen und Organisationen wie Parteien ohnmächtig und unwirksam fühlten und deshalb auf Eigenaktivität verzichteten.“* (Körber 2013: 22).

Eine sehr umfangreiche politisch neutrale online-Plattform ist Wikipedia, die *Hazel Rosenstrauch* in ihrem Beitrag beschreibt. *„Wikipedia ist immer noch ein weiter Kosmos, letzter Rest einer Utopie, die mit dem Internet geboren wurde: transparent, nachvollziehbar, open source und erstaunlich kommunikativ.“* Unbezahlt und pseudonym schreiben, korrigieren, kontrollieren, aktualisieren, ergänzen und löschen ständig oder gelegentlich in Deutschland etwa 17.000 Engagierte uneigennützig an diesem freien Zugang zum Weltwissen. Es ist eine lebendige online und

¹ <https://www.flickr.com/photos/volksabstimmung/49086599721/in/album-72157711834485262>

offline geführte Interaktion vieler Freiwilliger und einiger fest angestellter Wikipedianer. – Eine andersartige digitale Plattform ist nebenan.de. Dort verabreden sich Nachbarn zum Tauschen, Schenken oder Verkaufen von Alltagsdingen und zu gemeinsamen Aktivitäten im Nahraum. Organisiert wird die Plattform in jedem Nahbereich von uneigennützig Engagierten, finanziert wird sie aus Spenden.

Gemeinschaftsbezug stärken

Angesichts des Schwindens der sozialen Bindungskraft tradierter Rollen und Normen in der von Individualisierung und Optionsvielfalt geprägten Gesellschaft ist der Gemeinschaftsbezug ein wichtiger Beweggrund für die staatliche Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements. Beschreibungen der Gesellschaft als eine der „Singularitäten“ (Reckwitz 2017) und des „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling 2007) weisen eher auf eigennützige als auf solidarische Handlungsmotive. Doch mangelt es tatsächlich in unserem Land an Gemeinsinn und Solidarität? Wohl kaum, denn wenn mehr als ein Drittel der Bevölkerung sich unentgeltlich für das Gemeinwohl engagiert, bedeutet das ja keineswegs, die restlichen fast zwei Drittel würden sich unsolidarisch und nur ichbezogen verhalten. Die große spontane Hilfsbereitschaft für die vielen Geflüchteten 2015/16 und auch die sofortige tatkräftige Nachbarschaftshilfe bei Flut- und Sturmkatastrophen sprechen dagegen. Privat engagieren sich sehr viele Menschen mit zeitintensivem Sorgen für bedürftige Angehörige, Freunde und Nachbarn. Zusammen mit anderen etwas Sinnvolles zu tun, wird in Umfragen und auch von den Jugendlichen, die *Ulrich Hoffmann* für seinen zweiten Beitrag interviewt hat, am häufigsten als Motiv für ein Engagement genannt. Eigenes Können und Wissen für andere einzusetzen, stärkt das Selbstbewusstsein und macht allen Beteiligten Freude. Sich mit anderen für ein gemeinsames Ziel einzusetzen, intensiviert Zielorientierung und Erfolgchancen. Wer Zeit hat, sich im Gemeinwesen zu engagieren, kann bei Kommunalverwaltungen und im Netz Informationen über Möglichkeiten für das Bürgerengagement erhalten.

Viele engagieren sich, um nicht allein zu sein und um aus gefürchteter oder bestehender Einsamkeit herauszukommen. In einigen anderen Ländern gilt Einsamkeit seit Langem als ein Problem, dem sich der Staat anzunehmen hat. Dem folgend, hat das Familienministerium dem Bundestag Ende 2023 eine „Strategie gegen die Einsamkeit“ vorgelegt. Einsamkeit sei eine gesamtgesellschaftliche und politische Herausforderung. Auf dem Weg zu mehr Verbundenheit solle in der Sozialen Arbeit und im Engagement gegen die Entstehung von Einsamkeit vorgesorgt

werden. *Susanne Schroeder* beschreibt in ihrem Beitrag Motive des Engagements und fragt, ob uneigennütziges Tun vor Einsamkeit schützen kann.

Uneigennützig oder bezahlt angestellt – spannungsreiche Zeitverhältnisse

Die aktuelle staatliche Bemühung um mehr zivilgesellschaftliches Engagement hängt nicht nur mit Demokratie und sozialem Zusammenhang zusammen, sondern auch mit dem akuten Mangel an Arbeitskräften. Freiwillige Arbeit hat erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Ohne freiwillig Engagierte wären Feuerwehr und Katastrophenschutz vielerorts nicht arbeitsfähig. Soziale Dienste wie die Essensausgabe der Tafel, die Integrationshilfe für Zugewanderte, die Obdachlosen- und Bewährungshilfe und die Telefonseelsorge sind auf Freiwillige angewiesen.

Viele Ältere machen ihren „wohlverdienten Ruhestand“ zum frei gewählten Unruhestand, darunter nicht wenige für gemeinwohlorientierte Aktivitäten. Wo qualifiziertes Personal fehlt, sind Unternehmen auf die freiwillige Arbeit von Ruheständlern angewiesen (s. ZpM 37/2021). Pflegebedürftige Kranke und Alte brauchen Betreuende, die mehr Zeit für sie haben als Hauptamtliche. Wenn Kitas nachmittags früh schließen, aber keine Großeltern aus-helfen können, unterstützen Ersatzgroßeltern erwerbstätige Eltern (s. ZpM 23/2013). Auch beim Aufnehmen und Integrieren Zuwandernder engagieren sich besonders viele Ältere.

Frühere Befürchtungen, unentgeltlich Arbeitende nähmen regulär Beschäftigten Arbeitsplätze weg, seien Jobkiller, werden gegenwärtig kaum noch laut. Zu groß ist die Überlastung hauptamtlich Beschäftigter besonders in sozialen Berufen, in der Gastbewirtung und der Integrationshilfe für Zugewanderte. Demografisch ist zu erwarten, dass der Arbeitskräftemangel weiter steigen wird.

Nicht alle Organisationsaufgaben in gemeinnützigen Vereinen können unentgeltlich erledigt werden. Da steuerlich als gemeinnützig anerkannte Vereine nicht gewinnorientiert arbeiten dürfen, können sie sich nur durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanzieren. Für bestimmte Leitungsfunktionen in gemeinnützigen Vereinen erhalten verantwortlich Mitarbeitende vom Finanzamt eine „Übungsleiterpauschale“. Spenden für gemeinnützige Organisationen sind steuerlich absetzbar.

Obwohl es im gemeinsamen Arbeitsalltag gelegentlich zu Spannungen und Konflikten zwischen zeitgebundenen, bezahlten kompetenten Hauptamtlichen und zeitlich freieren unbezahlten und oft nicht kompetenten Freiwilligen kommt, sind Hauptamtliche meist dankbar für die Entlastung. *Matthias Philipper* hat dies an der Sprachvermitt-

lung für Zugewanderte durch Hauptamtliche und Freiwillige analysiert. In seinem Beitrag beschreibt er die mehr oder weniger spannungsreichen Zeitverhältnisse der Kooperation beider.

In Ökodörfern und solidarischen Landwirtschaftsbetrieben haben *Lena Schmeiduch* und *Karsten Müller* untersucht, wie wegen ihres Engagements für die Nachhaltigkeit des Produzierten und auch der Arbeitsformen Mitarbeitende dort Zeit erleben. Die Befragten haben vom Zeitdruck und von Zeitkonflikten berichtet, die durch die besonderen Zeitbedarfe nachhaltiger ökologischer und gemeinschaftlich organisierter Arbeiten sowie den dort besonders hohen betrieblichen Effizienzdruck entstehen. Dieser Zeitdruck verhindere das in der Naturnähe erhoffte Erleben von Ruhe und Entschleunigung – ein Konflikt zwischen naturbedingten Tempi und Rhythmen einerseits und der objektiven gesellschaftlichen Zeit andererseits. Spannungen zwischen den betrieblichen Zeitbedingungen und den Zeitvorstellungen engagierter Mitarbeitender belasten deren Zeiterleben.

Zeitpolitik für zivilgesellschaftliches Engagement

Wer sich für das Wohl hilfsbedürftiger Menschen oder der Gesellschaft als Ganzer uneigennützig engagiert, schenkt dem Gemeinwesen etwas von seiner Lebenszeit. An welchen Stellen im persönlichen alltäglichen Zeitgefüge aus Erwerbszeit, Zeit für privates Sorgen, Zeit für Eigensorge, für Familie, für Partnerschaft, für Freundschaft und auch zum Pflegen eigener Interessen bleibt Menschen in unserer Gesellschaft Zeit, um sich für das Gemeinwohl zu engagieren? Zeit für zivilgesellschaftliches Engagement ist Zeit für die Beteiligung an demokratischen Prozessen.

Mit der Forderung nach „*Räumen und Zeiten für radikale Kritik, für Visionen und Pioniere, die diese stark machen und in der Gesellschaft weitertragen*“, schließt *Fritz Reheis* seinen Beitrag.

Den zeitpolitischen Abschluss dieses ZpM macht der Beitrag von *Hanna Vökle*. Sie geht von der Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements für eine gerechte und freiheitliche Demokratie und für den Zusammenhalt der Gesellschaft aus und zeigt Stellen im zeitlichen Gefüge individueller Alltage, an denen Zeitpolitik ansetzen muss, damit den Menschen genügend Zeit für zivilgesellschaftliches Engagement bleibt. Menschen solche Zeit zu ermöglichen, ist eine zeitpolitische Aufgabe staatlicher Politik, zu der die DGfZP Analysen, Anregungen und Vorschläge beisteuern kann.

Zitierte Literatur

- Akbarian, Samira (2024): Ziviler Ungehorsam. Irritation und Impuls für den demokratischen Rechtsstaat. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42/2024: 4-7.
- Bröckling, Ulrich (2007). *Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2021): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentral Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys 2019*.
- Deutscher Bundestag (2002): *Enquetekommission Zukunft der Bürgergesellschaft*. Drucksache 14/8900.
- Etzioni, Amitai (2000): Der Dritte Weg – Zwischen Staat und Markt. Zur Theorie der Zivilgesellschaft. In: *Arbeiterwohlfahrt. Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit*. 11/2000: 403-409.
- Körper, Klaus (2013): Mehr Zeit! Online jederzeit. In: *ZpM* 22/2013: 11-23.
- Mückenberger, Ulrich (2013): Einführung in den Thementeil. In: *ZpM* 22/2013: 2-3.
- Reckwitz, Andreas (2020): *Das hybride Subjekt: Eine Theorie der Subjektkulturen von der bürgerlichen Moderne zur Postmoderne*. Berlin: Suhrkamp.

Sie sind noch nicht Mitglied der DGfZP?

So können Sie Mitglied werden:

Das Antragsformular finden Sie auf www.zeitpolitik.org.

Oder senden Sie Ihre Anmeldung per Post an die Geschäftsstelle der DGfZP:

Prof. Dr. Dietrich Henckel | Holsteiner Ufer 28 | 10557 Berlin

Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt 75,00 €, ermäßigt 40,00 €.

Er ist zu überweisen auf das Konto Zeitpolitik e.V. bei der Postbank Berlin,

IBAN: DE 83 1001 0010 0533 0481 05 · BIC: PBNKDEFF

Die DGfZP ist als Gemeinnütziger Verein anerkannt.

ULRICH HOFFMANN

Demokratie braucht Zeit

Erfahrungen eines ehrenamtlichen Kommunalpolitikers

Mehr als 200.000 Menschen üben in Deutschland ein Ehrenamt als Gemeinderätin, Gemeinderat, Stadträtin oder Stadtrat aus. Neben ihren eigentlichen Berufen beschäftigen sie sich mit Finanzplänen, Bauanträgen, Verordnungen und vielem mehr, um sich auf die nächste Sitzung des Gemeinde- oder Stadtrates vorzubereiten. Einer von ihnen bin ich.

Im März 2014 wurde ich zum ersten Mal in den Stadtrat meiner Heimatstadt gewählt und übernahm dort direkt den Fraktionsvorsitz. Mit dem Stadtrat verbunden waren gleich verschiedene Ausschüsse, in denen ich als Mitglied oder stellvertretendes Mitglied vertreten war: allen voran der Bau-Ausschuss, dann der Hauptausschuss, der Kulturausschuss, der Rechnungsprüfungsausschuss und der Stadtentwicklungsausschuss. Hinzu kommen die Besprechungen der Fraktionsvorsitzenden, verschiedene Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themenfeldern sowie Beauftragungen – so bin ich einer der Jugendbeauftragten des Stadtrates und „Fairtrade-Stadtrat“. Da wir in der Fraktion jede Sitzung des Stadtrates oder eines seiner Ausschüsse vorbesprechen, verdoppeln sich die Termine. Und dadurch, dass die Stadt gemeinsam mit dem Landkreis ein Fernwärme-Unternehmen betreibt, kommen für mich die Termine des Aufsichtsrates, also Sitzungen und Strategietagungen, hinzu. Auch die Pflege der Städtepartnerschaften mit Kommunen in Frankreich und Italien kostet bei aller Freude auch viel Zeit. Schwer darstellbar sind die Vereinstermine und sonstigen öffentlichen Termine, bei der die Teilnahme seitens des Stadtrates sehr gewünscht ist – ich lebe in einer Stadt, in der sich viele Menschen in vielen Vereinen engagieren, was gut und recht ist.

Eine Amtsperiode im Stadtrat dauert in meinem Bundesland sechs Jahre. Es handelt sich um ein Ehrenamt, für das es eine Aufwandsentschädigung gibt.

Mittlerweile bin ich in meiner zweiten Amtsperiode, die 2026 enden wird – ob ich dann noch einmal antrete, muss ich mir gut überlegen, wäre ich doch am Ende dieser möglichen dritten Amtsperiode 70 Jahre alt.

Ja, kommunalpolitisches Engagement macht durchaus Freude, da es die Möglichkeit eröffnet, die Entwicklung der Stadt mitzuprägen, das Miteinander aller Generationen in der Stadt zu fördern und Weichen in die Zukunft zu stellen. Es kostet aber auch jede Menge Zeit und Nerven,

denn (Kommunal-)Politik ist ein stetes regelbasiertes Ringen um verantwortbare Entscheidungen. Da schätze ich es, wenn die Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat – die in meiner Stadt alle dem demokratischen Spektrum angehören – sowie die städtische Verwaltung miteinander wertschätzend und respektvoll umgehen.

Kommunalpolitik macht man nicht mal so nebenbei – sie ist sehr zeitintensiv, wenn man es gut machen will. Und damit ist ein kommunalpolitisches Engagement immer auch eine Belastung für jede Beziehung. Als ich in die Kommunalpolitik gegangen bin, waren unsere Kinder bereits „aus dem Gröbsten raus“. Dass es in der Politik kaum junge Eltern gibt, ist sicher nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass neben dem arbeitsintensiven Alltag mit Kindern und Beruf ein Ehrenamt – und dazu noch ein kommunalpolitisches – kaum realisierbar ist. Ich weiß aus meiner langjährigen Ehe, dass diese an der Seite eines Politikers dem Ehepartner viel abverlangt – die ständigen Telefonate, die häufig auch von meiner Frau angenommen und geführt werden. Termine. Die ständige Verfügbarkeit und Abwesenheit führt dazu, dass die politische Tätigkeit für die Partner alles andere als gemütlich ist. Ohne das Verständnis meiner Frau könnte ich mich in diesem Umfang nicht ehrenamtlich kommunalpolitisch engagieren.

Bedauerlicherweise hat die Kommunalpolitik ein Imageproblem: sie sei zu bürokratisch, zu männlich und vor allem zu zeitaufwändig – das sind die Attribute, mit denen das kommunalpolitische Engagement belegt wird, und dies leider oft zu Recht. Die „Schule der Demokratie“ ist zu wenig attraktiv für engagierte Menschen vor Ort. Dabei ist offensichtlich: Ohne durch Wahlen legitimierte Personen, ohne verlässliche Verfahren und klare Verantwortlichkeiten lässt sich keine Kommune regieren oder verwalten. Damit die Zivilgesellschaft sich entfalten kann, bedarf es des Rahmens der institutionalisierten Politik. Vor allem die ehrenamtlichen Mandatsträger*innen stellen hier ein unerlässliches Bindeglied dar.

Aber Fakt ist: Es wird immer schwieriger für die Parteien, engagiertes politisches Personal für kommunalpolitische Mandate und Ämter zu rekrutieren. Vor allem in kleinen Gemeinden, in denen Kommunalpolitik rein auf ehrenamtlichem Engagement basiert, gelingt es den Parteien oft nicht mehr, die Wahllisten mit geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten zu füllen. Nicht selten werden

Bürger*innen mit dem Versprechen zur Kandidatur überredet, dass es sowieso sehr unwahrscheinlich sei, dass sie das Mandat antreten müssen.

Die Kommunalpolitik heute ist durch den Mangel an Frauen und an jungen Menschen gekennzeichnet. Lediglich bei einem knappen Viertel liegt der Frauenanteil in deutschen Kommunalparlamenten. Die „Rush Hour“-Generation zwischen 30 und 40 Jahren sucht man im kommunalpolitischen Ehrenamt nahezu vergeblich. Dieser auffällige Mangel weist auf ein spezifisches Problem hin: auf den hohen Zeitaufwand wie auch auf die relativ starren und traditionell männlich geprägten Strukturen, in denen Kommunalpolitik heute organisiert und „gelebt“ wird.

Für das kommunalpolitische Ehrenamt wende ich im Durchschnitt etwa zehn Stunden wöchentlich auf – in besonderen Wochen gerne auch mal das Doppelte. Das kommunalpolitische Ehrenamt fordert damit einen beachtlichen „Dreifachspagat“ zwischen beruflicher Tätigkeit, familiärer Verantwortung und den Erfordernissen des Mandats. Angesichts dieses Aufwands sind die Aufwandsentschädigungen, die an Stadt- und Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ausbezahlt werden, sehr gering. Kurzum: Wer sich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagieren möchte, muss es sich zeitlich und finanziell leisten können. Mehrheitlich engagieren sich daher Menschen, die nicht oder nicht mehr vollzeiterwerbstätig sind, keine kleinen Kinder versorgen müssen und/oder flexible Möglichkeiten der Arbeitsgestaltung in ihrem Hauptberuf haben. Diese „Zeitelite“ umfasst vornehmlich Rentner*innen und Pensionär*innen, Teilzeiterwerbstätige und Selbstständige.

Dabei ist der Zeitaufwand an sich oft nicht das Problem. Handlungs- und Reformbedarf besteht vor allem darin, unter welchen Rahmenbedingungen Kommunalpolitik ausgeübt wird.

Ich kann nach zehnjähriger Erfahrung durchaus verstehen, dass ein kommunalpolitisches Engagement für viele Menschen unattraktiv ist. Was meines Erachtens sicher nicht am beschränkten Handlungsspielraum als Lokalpolitiker liegt. Aber: wer ehrenamtlich stundenlang im Stadtrat diskutiert und entscheidet, wer in Vereinen und bei Bürgerversammlungen Verantwortung übernimmt, der möchte dafür nicht auch noch angefeindet werden – leider erleben viele in der Kommunalpolitik Shitstorms und anonyme Briefe, die vielfach auch noch Familienangehörige betreffen. So etwas gibt es auch schon in meiner Kleinstadt, obwohl ich denke, dass wir diesbezüglich noch eher eine Insel der Seligen sind.

Immer wieder stelle ich fest, wie hoch die Anspruchshaltung vieler meiner Mitbürgerinnen und Mitbürger ist und wie gering gleichzeitig die Bereitschaft, sich selber zu engagieren oder überhaupt erst einmal zu informieren. Tatsächlich gilt man bei vielen Mitmenschen als Stadtrat schon als einer von „denen da oben“.

Die Kommunalpolitik hat manchmal sicher ein Kommunikationsproblem, was auch daran liegt, dass für gute Kommunikation ehrenamtlich keiner Zeit hat neben den ganzen anderen Aufgaben – hier beißt sich dann die Katze in den Schwanz: Um mehr Menschen zu erreichen und ihnen die lokale Politik näher zu bringen, braucht es mehr Menschen, die mitmachen.

Die Kommunalpolitik braucht daher einen zeitpolitischen Kulturwandel – wenn der demokratische Wettbewerb nicht aus Mangel an Bereitwilligen mit genügend Zeit eingestellt werden soll, und wenn die Kommunen weiterhin von fähigen und kompetenten Menschen regiert und verwaltet werden sollen.

Dabei könnten schon vergleichsweise kleine Maßnahmen die Zeitnot in Ämtern und Mandaten entschärfen. Ich denke an eine Flexibilisierung der Arbeitsgestaltung in Stadtparlamenten und in der Verwaltung: Diese reicht von einer Digitalisierung der Arbeitsprozesse – diese steckt in unseren Landen noch tief in den Kinderschuhen – über Homeoffice-Regelungen bis hin zu Beteiligungsmöglichkeiten, die nicht ausschließlich an die persönliche Präsenz in Sitzungen gebunden sind, zum Beispiel über online-Systeme. Ein verlässlicher Zeitrahmen für Sitzungen und eine konsequente und zielorientierte Moderation von Debatten wäre ebenfalls hilfreich. Schließlich könnte es Sinn ergeben, während Stadt- und Gemeinderatsitzungen Kinderbetreuung für die Mandatsträger*innen anzubieten, was in einigen Gemeinden bereits erfolgreich umgesetzt wird.

Die Arbeit im Stadt- und Gemeinderat lässt sich für Frauen, Eltern und Berufstätige also bereits mit einem überschaubaren Maßnahmenpaket attraktiver machen. Dies gilt übrigens auch für die ehrenamtliche Arbeit in den politischen Parteien, aus denen sich nach wie vor die Mehrheit des kommunalpolitischen Nachwuchses generiert. Nur wer nicht bereits hier abgeschreckt und ermüdet wird, wird später bereit sein, für den Stadt- oder Gemeinderat oder das Bürgermeisteramt zu kandidieren. Die Parteien, wie auch zivilgesellschaftlich wirkende Vereine und nicht zuletzt die Jugendarbeit, müssen sich in den Kommunen daher als Dienstleister oder „Plattform für Engagierte“ verstehen und noch sehr viel stärker als bisher mit flexiblen Formen experimentieren.

Ich erlebe derzeit, dass die Demokratie in Gefahr ist, und vielen Menschen die demokratischen Prozesse des Ringens um Kompromisse zu mühsam geworden sind. Das macht mir Sorgen. Ich hoffe sehr, dass der Aufschwung von Parteien, die es mit den demokratischen Spielregeln nicht so genau nehmen wollen – die sogar die Demokratie abschaffen wollen –, die Demokratinnen und Demokraten in der Gesellschaft aufrüttelt. Es braucht wehrhafte Demokraten!

Die Pandemie hat uns deutlich die ohnmächtige Verwundbarkeit des Menschen als individuelles und soziales Wesen vor Augen geführt. Das erfordert gegenseitigen Halt in der Gesellschaft und verpflichtet darum jede Einzelne, jeden Einzelnen, nach ihren und seinen Möglichkeiten Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. Das stärkt Vertrauen in die Demokratie – etwas, das heute leider ganz und gar nicht selbstverständlich ist. Als Gesellschaft müssen wir uns auf eine konstruktive Konfliktkultur besinnen: Wir sollen und müssen vernunftgeleitet hart um die Sache ringen. Dabei müssen wir unserem Gegenüber aber stets mit Respekt begegnen und alle Beteiligten lernbereit sein. In einer Demokratie üben alle Bürgerinnen und Bürger in gewisser Weise ein „ideelles Amt“ aus. Sie sollen im politischen Diskurs und bei Wahlentscheidungen nicht ausschließlich ihre eigenen Interessen im Blick haben. Das Individuelle ist in ein Verhältnis zu dem zu setzen, was für alle gut ist. Die Demokratie in Deutschland und Europa lebt somit, frei nach Ernst-Wolfgang Böckenförde, von geschriebenen und von

ungeschriebenen Voraussetzungen, ohne deren Einhaltung sie nicht nachhaltig existieren kann. Diese haben die Kirchen in einem gemeinsamen Wort aus dem Jahr 2019, das den Titel „Vertrauen in die Demokratie stärken“ trägt, als Formen einer „demokratischen Sittlichkeit“ beschrieben. Diese Sittlichkeit erschöpft sich nicht darin, eine bestimmte Vorstellung des „guten Lebens“ in den demokratischen Prozess einzubringen, sondern sie verwirklicht sich in den gelebten „guten Sitten der Demokratie“. Dazu gehören Fairness, Respekt gegenüber dem politischen Gegner, Mut zur Kontroverse, Gemeinsinn und Gemeinwohlorientierung. Und zu dieser Sittlichkeit gehört es auch, die eigene Perspektive nicht als unverrückbar darzustellen, sondern die grundsätzliche Pluralität der Sichtweisen anzuerkennen. Ohne solche ungeschriebenen Voraussetzungen gibt es keine gelebte Demokratie – und ohne gelebte Demokratie gibt es keinen funktionierenden Rechts- und Sozialstaat, der mithin eine Grundvoraussetzung für die Krisenbewältigung unserer Gesellschaft ist. Und so wird auf Demonstrationen zu gehen alleine nicht reichen: Um die Demokratie zu schützen und zu leben, braucht es Demokratinnen und Demokraten, die sich aktiv beteiligen, die ihre Zeit investieren, die sich in demokratischen Parteien engagieren, und die bereit sind, in politische Ämter auf allen Ebenen zu gehen, um die demokratische Gesellschaft mitzugestalten.

*Ulrich Hoffmann, Theologe
Präsident des Katholischen Familienbundes*

ULRICH HOFFMANN

Mit Herzblut engagiert und jederzeit gut vernetzt

Jugendliche leben Ehrenamt

Als Jugendbeauftragter im Stadtrat Weißenhorn und als Ehe- und Familienseelsorger, der immer wieder Wochenenden und Familienfreizeiten organisiert und durchführt, bei denen jugendliche Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter die Kinderbetreuung übernehmen, erlebe ich, dass viele Jugendliche sich in unserer Stadt in Vereinen, Verbänden, bei der freiwilligen Feuerwehr, der Wasserwacht, im Naturschutz, in Schülermitvertretungen oder Kirchen-

gemeinden engagieren. Sie erleben dabei ihre Selbstwirksamkeit und wachsen nicht selten im Engagement über sich hinaus. Sie packen an und wollen die Zukunft mitbestimmen. In unserem „Jugendarbeitskreis“ in der Stadt und bei den Gruppenleiterinnen und Gruppenleitern einer Familienfreizeit habe ich die Jugendlichen gefragt, warum ihnen das Engagement wichtig ist. Einige Stimmen seien hier nun zitiert:

„Als Trainer beim TSV habe ich auch eine Vorbildfunktion und darf in gewissen Situationen Ratgeber für Jüngere sein. Das freut mich total und ich bin stolz darauf, dadurch für viele ganz wichtig zu sein.“

„Ich bin schon ewig bei der Wasserwacht und nun dort Leiterin. Ich erlebe dort viel Anerkennung, eine tolle Gemeinschaft und weiß, wie wichtig unser Engagement ist.“

„Bei der Feuerwehr sind wir eine coole Truppe. Da bin ich schon seit meiner Kindheit dabei und für mich ist es toll, was Wichtiges für unsere Stadt zu machen.“

„In unserer Stadt gibt es so viele Vereine. Trotzdem hat mich das immer genervt, weil ich eigentlich in keinen Verein will. Deswegen habe ich begonnen, mich für eine brauchbare Skateranlage in unserer Stadt zu engagieren – und so bin ich im Jugendarbeitskreis gelandet.“

„Als Kind war ich immer bei der Stadtranderholung dabei. Irgendwann wurde ich dann gefragt, ob ich im Leitungsteam mitarbeiten möchte. Darüber habe ich mich gefreut und bin nun schon seit einigen Jahren immer in den Pfingstferien hier mit am Start.“

„Der Kreisjugendring hatte mal rumgefragt, wer sich an Veranstaltungen mit geflüchteten Jugendlichen beteiligen möchte. Da habe ich mich aus Neugierde gemeldet und es hat mich nicht mehr losgelassen. Schon verrückt, was andere in meinem Alter alles bereits durchgemacht haben – und dann sind sie hier ja von vielen alles andere als willkommen.“

„Ich habe es mir mit meinem kirchlichen Engagement nicht leicht gemacht. Lange habe ich mich gefragt: Passe ich in Kirche noch rein und will ich überhaupt dazugehören? Andererseits möchte ich mich aber gerne für die Belange der Jugendlichen einsetzen, die grundsätzlich wenig im Blick sind und für die es außerhalb der Firmvorbereitung keine Angebote gäbe, wenn sie nicht von uns selbst auf die Beine gestellt würden.“

„In der Schule reden wir oft über den Klimawandel. Ich finde das beängstigend. Wenn dir jemand sagt, die Welt geht in 50 Jahren unter, machst du dir natürlich Gedanken. Mich hat fasziniert, dass mit Greta Thunberg eine junge Person fast eine Revolution gestartet hat. Mit Millionen Kindern, die sich engagieren. Trotzdem verstehen manche Politiker das Problem nicht. Das finde ich schade.“

„Das Freiwillige Ökologische Jahr erschien mir als eine besonders geeignete Option, da ich ein großes Interesse an Themen des Bereichs Umwelt und Nachhaltigkeit hatte und auch ein Studium in der Richtung Biologie und Umweltwissenschaften anstrebte. Außerdem hoffte ich, mich bei den Seminaren weiterzubilden und Kontakte zu anderen Freiwilligen zu knüpfen. All diese Hoffnungen haben sich erfüllt – mittlerweile habe ich mein Studium aufgenommen.“

„Ich habe bei der 72-Stunden-Aktion der katholischen Jugendverbände mitgemacht. Wir haben die Mauersteine im Pausenhof der Grundschule bepflanzt und das Unkraut an der alten Lehrertreppe entfernt. Es war eine tolle Gemeinschaftserfahrung und hat viel Spaß gemacht. So was möchte ich gerne wieder machen.“

„Ich habe keinen Bock auf Nazis und der Rechtsruck und die AfD machen mir Angst. Das ist sogar bei mir in der Klasse so, dass einige Hitler cool finden und den Hitlergruß zeigen. Deswegen gehe ich zu Antifa-Demos nach Ulm und überlege mir, mich in einer Partei zu engagieren – nur in welcher?“

„Mit vier Freunden haben wir eine Band gegründet und spielen Musik nach, die uns gefällt. Inzwischen schreiben wir auch selber Songs und erzählen darin von unserem Leben. Ich träume davon, mit Musik die Welt besser zu machen.“

Immer wieder kann man hören oder lesen, die sogenannte Generation Z hätte keinen Bock auf Engagement und Ehrenamt. Jungen Leuten zwischen 16 und 30 wird nicht selten nachgesagt, dass sie sich nur um sich selbst kümmern und lieber Zeit mit ihren Smartphones verbringen. Das deckt sich jedenfalls nicht mit meinen Erfahrungen. Mir macht es Spaß, mit so vielen engagierten Jugendlichen im Kontakt zu sein, die sich an ganz verschiedenen

Stellen unserer Gesellschaft einbringen und Lust haben, diese mitzugestalten. Dabei wünsche ich mir dringend, dass unsere „alternde Gesellschaft“ und die Politik auf allen Ebenen die Jugendlichen und ihre Interessen viel wacher aufnimmt, mehr auf ihre Träume und Visionen hört und sie dabei unterstützt, eine Gesellschaft der Zukunft zu gestalten, in der sie gerne leben möchten.

FRITZ REHEIS

Wenn der politische Wille reifen soll

Plädoyer für eine Umverteilung von Zeit

Einleitung: Gemeinnützig?

Immer wenn zivilgesellschaftlichen Organisationen die „Gemeinnützigkeit“ entzogen wird, spitzt sich die Frage zu: Welchen Beitrag leisten zivilgesellschaftliche Aktivitäten eigentlich für das Gemeinwesen? Dabei geht es um zwei Aspekte: Ist zivilgesellschaftliches Engagement allein schon deshalb für das Gemeinwesen nützlich, weil sich dabei meist Menschen aus unterschiedlichen Regionen, Schichten, Milieus etc. zusammentun, um im Rahmen gemeinsam anerkannter Spielregeln etwas zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen? Oder hängt die Bewertung solchen Engagements von seiner inhaltlichen Ausrichtung ab? So argumentieren etwa die Politikwissenschaftler Siri Hummel und Rupert Graf Strachwitz in ihrem Beitrag „Zivilgesellschaft und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (Aus Politik und Zeitgeschichte, 13-15/2021: 35–41), zivilgesellschaftliches Engagement müsse gewisse soziale und inhaltliche Voraussetzungen erfüllen, damit sie durch Bündelung und Artikulation von Interessen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch tatsächlich fördern können. Viele Organisationen der Zivilgesellschaft würden jedoch, darauf läuft die Argumentation von Hummel und Strachwitz hinaus, durch ihr „geschlossenes Weltbild“ und ihre „fehlende Ambiguitätstoleranz“ (S. 40) nicht zur Integration, sondern eher zur Spaltung der Gesellschaft beitragen. Als Beispiele für Letztere werden in einem Atemzug *Fridays for Future* und *Pegida* genannt. Im Folgenden wird die formale wie die inhaltliche Dimension zivilgesellschaftlichen Engagements gleichermaßen berücksichtigt und dabei der Fokus auf die Zeitlichkeit des demokratischen Prozesses gerichtet.

Demokratie – der Ansatz von Jürgen Habermas

Die Frage nach dem Beitrag zivilgesellschaftlichen Engagements zum gesellschaftlichen Zusammenhalt erfordert zunächst eine Klärung der konstitutionellen Verfasstheit unseres Gemeinwesens. Hier bietet sich der Vorschlag des Philosophen und Soziologen Jürgen Habermas an, weil er eine Brücke zwischen zwei großen anthropologisch-ethischen Traditionen – jener vom Primat des Willens (Voluntarismus) und jener vom Primat des Denkens (Rationalismus)¹ – schlägt und diese für die Begründung seiner Demokratietheorie nutzbar macht. In „Struktur-

wandel der Öffentlichkeit“ stellt Habermas die These auf, dass die demokratische „Deliberation“ von ihrem aufklärerischen Anspruch her darauf abziele, Wille (*voluntas*) und Vernunft (*ratio*) zur Deckung zu bringen (1962: 159–160 und 216). Wo nämlich entweder zwar auf hohem Niveau reflektiert, aber über die Bürger hinweg regiert werde, oder wo zwar der Bürgerwille herrsche, aber dieser Wille auf unreflektierte Weise zustande komme, könne nicht von einer wirklichen Demokratie gesprochen werden. Der erste Fall entspreche eher einem aufgeklärten Absolutismus, der zweite einer populistischen Autokratie.

Dieses Demokratieverständnis hat Habermas vor Kurzem in „Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik“ (2022) nochmals bekräftigt. Darin beschreibt er den Umbruch, der sich für den demokratischen Prozess der Bildung des Willens und der Meinung aufgrund seiner Überformung durch das Vordringen der digitalen Medien ergibt. Dabei geht es Habermas nicht nur um den Bedeutungsverlust professioneller Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehredaktionen, also um das „erodierende Gatekeeper-Modell der Massenmedien“ (ebd.: 46). Es ist vielmehr vor allem die Tatsache, dass die Kommunikation systematisch den Imperativen der Kapitalverwertung der Technologiekonzerne unterworfen wird, die auch die politische Willens- und Meinungsbildung im Kontext der demokratischen Deliberation gleichermaßen fundamental bedroht. „*Ein demokratisches System nimmt im Ganzen Schaden, wenn die Infrastruktur der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit der Bürger nicht mehr auf die relevanten und entscheidungsbedürftigen Themen lenken und die Ausbildung konkurrierender öffentlicher, und das heißt: qualitativ gefilterter Meinungen nicht mehr gewährleisten kann.*“ (ebd.: 65) Man könnte es zugespitzt auch so formulieren: Nicht die Wahrheit (Vernunft) und das Gemeinwohl der Bürger (Wille), sondern die Nützlichkeit und der Profit der Digitalkonzerne ist das Leitziel der digitalen Kommunikation. Habermas verweist angesichts dieser Situation auf das „*verfassungsrechtliche Gebot, eine Medienstruktur aufrechtzuerhalten, die den inklusiven Charakter der Öffentlichkeit und einen deliberativen Charakter der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung ermöglicht*“ (ebd.: 67). Und er betont die große Bedeutung, die die Pflege der „liberalen politischen Kultur“ durch Sozialisations- und Bildungsprozesse für die Ermöglichung einer

¹ Als voluntaristisch gelten etwa die Denkansätze von Schopenhauer oder Nietzsche, als rationalistisch die von Kant oder Hegel.

„aktiven Bürgerschaft“ in einer Demokratie grundsätzlich hat (S. 30) und die unter den Bedingungen des „neuen Strukturwandels“ ganz offensichtlich weiter zunimmt.

Die Eigenzeiten der Demokratie und der Zeitdruck aus der Gesellschaft

Wenn der Kern des demokratischen Prozesses also nach wie vor darin besteht, Wille und Vernunft der Bürger zur Deckung zu bringen, muss zunächst gefragt werden, wie sich Wille und Vernunft in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen äußern. Der Wille der Bürger zeigt sich ja bekanntlich nicht nur in Wahlen, sondern in allen anderen Willensentscheidungen, die aktiven oder passiven Einfluss auf die Souveränität des Volkes haben, also in allen Formen des politisch relevanten Verhaltens: die Beschaffung von Informationen über das politische Geschehen, die Beteiligung an politischen Diskussionen, die Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen bis hin zur Teilnahme an politischen Aktionen. Und die Vernunft äußert sich im Umfang und in der Tiefe der politischen Reflexion der Bürger – also in deren intellektuellem Niveau.

Aus zeitpolitischer Perspektive sind all diese Aktivitäten eigenzeitlich strukturiert. In Bezug auf die Bildung des Willens und der Meinung ist dann zu fragen, was mit den Eigenzeiten demokratischer Prozesse geschieht, wenn sie unter Zeitdruck von außen geraten, wie er durch Medien (vor allem die hoch beschleunigten digitalen Medien) und die Ökonomie (vor allem die nicht weniger hoch beschleunigten Finanzmärkte) erzwungen wird. Fasst man Demokratie zudem als kollektives Handeln zum Zweck der Ausbildung und Durchsetzung dessen, was idealtypisch als Gemeinwohl gefasst werden kann, muss in Bezug auf die Eigenzeit des kollektiven demokratischen Handelns wie bei individuellen Handlungen auch eine zyklische und eine lineare Dimension unterschieden werden. (Reheis 1999; 2015; 2019)

Was die Freiheit der Willensentscheidung (Voluntas) betrifft, so führt extern erzwungener Zeitdruck schon auf der Ebene des Alltags des Bürgers zu einem Verhalten, das durch politisches Desinteresse und die Neigung zur Delegation von politisch relevanten Entscheidungen charakterisiert ist. Auf der Ebene des politischen Prozesses kommt es bei Zeitdruck typischerweise zur Zentralisierung von Entscheidungsprozessen, also zum Ausschluss von üblicherweise mitentscheidenden Gremien und Personen, und zum mehr oder minder hektischen reaktiven Abarbeiten von Sachzwängen, ohne dass Anfänge und Ende, also das Erfordernis der Kontrollier- und erst recht der Rückholbarkeit der Resultate berücksichtigt würden. Im Gegensatz dazu können ohne solchen externen

Zeitdruck demokratische Entscheidungen dezentral und egalitär gefällt werden, so dass – idealtypisch – alle Betroffenen zu Beteiligten gemacht werden und politische Projekte mit Anfang, Ende, Kontrolle und gegebenenfalls Korrektur den gesamten Zyklus durchlaufen. In Bezug auf die Fehlerkultur des demokratischen Willensbildungsprozesses bedeutet das, dass Entscheidungen in der nächsten Runde (etwa Legislaturperiode) gegebenenfalls durch neue Mehrheiten wieder rückgängig gemacht werden können und genau deshalb mit einer hohen Akzeptanz rechnen können. Konkrete Entschleunigungsmaßnahmen als Mittel der Steigerung der Akzeptanz von Entscheidungen bestehen vor allem in der Verstärkung plebiszitärer Elemente, in strengeren Mehrheitsregeln, in Moratorien, Iterationen und Ewigkeitsklauseln (wie etwa Art. 79, Abs. 3 des Grundgesetzes).

Was den Grad der Reflexivität (die Ratio) betrifft, so führt extern erzwungener Zeitdruck auf der Ebene des Bürgers wie auch des politischen Prozesses typischerweise zur Verkürzung des einbezogenen Zeithorizonts bis hin zur Ausblendung von Zukunft. Der Zyklus der Reflexion schrumpft dann in aller Regel auf eine Bewegung zwischen einer augenblicklichen und einer verlängerten Gegenwart zusammen. Ohne solchen externen Zeitdruck kann sich eine an der Eigenzeitlichkeit des demokratischen Prozesses orientierte Suche nach dem Gemeinwohl hingegen auf weite Zeithorizonte erstrecken und den Zyklus von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in vollem Umfang durchlaufen. Für die Fehlerkultur der demokratischen Meinungsbildung bedeutet dies ein hohes Maß an Offenheit für produktive Irrtümer durch das große Risiko der Falsifikation der zugrundeliegenden Annahmen. Dem Zweck eines möglichst hohen Reflexivitätsniveaus dienen Maßnahmen zur Erweiterung der Perspektive der demokratischen Deliberation: einerseits durch ausgewählte wissenschaftliche Beiräte, andererseits durch Los gebildete Bürgerräte.²

Resilienz und Innovation

Wie demokratische Prozesse unter extremen Zeitdruck geraten können, konnte in der Corona-Krise beobachtet werden. In diesem Zusammenhang wurde oft der Begriff der Resilienz verwendet, wenn es um Belastungen der politischen Kultur im demokratischen Staat ging. Als

2 Die im Juli 2024 abgeschlossene parteiübergreifende Absicherung des Bundesverfassungsgerichts gegen mögliche rechtsradikale und rechtsextremistische Angriffe gilt als gelungenes Beispiel für ein Gesetzesprojekt mit gleichermaßen hoher Akzeptanz und hoher Qualität – ermöglicht durch eine gründliche Vorbereitung ohne nennenswerten Zeitdruck. – Auch Enquete-Kommissionen sind im Übrigen paritätisch aus gewählten Abgeordneten (voluntas) und ernannten Wissenschaftlern (ratio) zusammengesetzt.

Resilienz wird üblicherweise die Fähigkeit eines Systems bezeichnet, nach einem Anstoß von außen wieder in seinen Ursprungszustand zurückspringen zu können. Gräser etwa sind in der Lage, nach einer mechanischen Belastung (durch Fußabdrücke, Regen, Schnee) sich früher oder später wieder aufzurichten, resiliente Menschen können Schicksalsschläge relativ gut abpuffern. Die Bewältigung der Corona-Krise hat gezeigt, dass zivilgesellschaftliches Engagement in vielen Fällen dort eingesprungen ist, wo Staat und Wirtschaft überfordert waren. Ähnliches konnte in den Hochtagen der Flüchtlingskrise ab Sommer 2015 beobachtet werden. Und wer sich an die Bilder aus Griechenland zur Zeit der Finanz- und Staatsschuldenkrise ab 2008 erinnert, der versteht, wie sehr Gesellschaften bei einem externen Schock auf eine starke Zivilgesellschaft angewiesen sind.

Aus der Resilienzperspektive geht es jedoch immer nur um das Abpuffern von externen Schocks mit dem Ziel, wieder die alten, die „normalen“ Verhältnisse herzustellen. Wie aber kann es zu echten Innovationen kommen? Und welche Rolle spielen dabei zivilgesellschaftliche Organisationen? Zur Beantwortung dieser Frage reicht der Verweis auf äußere Umstände nicht aus. Zur zeitpolitisch ausgerichteten Beschreibung und Analyse von Innovationen muss der vernunftgeleitete Wille der Bürger selbst ins Zentrum gerückt werden. Vom Selbstverständnis des demokratischen Staates, so wie es bei Habermas zugrunde liegt, ist es deshalb nötig, das Verhältnis von Stabilität und Dynamik genauer zu untersuchen und dabei den Fokus wieder auf die Zeitlichkeit des demokratischen Prozesses zu richten. (Reheis 2019)

Von durch Los entstandenen Bürgerräten war oben im Zusammenhang mit der Entschleunigung des demokratischen Prozesses zur Erhöhung des Reflexionsgrades schon die Rede. Die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik hat vor einiger Zeit die Möglichkeit eines „Großen Ratschlags“ ins Gespräch gebracht, der auf die Ausweitung der am legislativen Prozess Beteiligten auf Bundesebene hinausläuft.³ Ein Großer Ratschlag, der sich ausreichend Zeit lassen könnte, hätte die Aufgabe, regelmäßig Bürgergutachten zu erstellen. Sie wären für die gewählten Abgeordneten zwar nicht bindend, könnten sie aber immerhin zu einer Stellungnahme verpflichten. Denkbar wäre, dass im Falle hartnäckiger konkreter themenbezogener

Konflikte um das Gemeinwohl zwischen den Gewählten und den Gelosten ein Plebiszit die Entscheidung fällt. Für anlass-, bereichsbezogene oder übergreifende Bürgerräte wäre zudem denkbar, dass sie und die gesellschaftliche Basis durch lokale, regionale, Bezirks- und Landeskonferenzen diskursiv rückgebunden werden. Dies könnte ergänzt werden durch Geschichts- und Zukunftswerkstätten, um die Perspektive zu erweitern und damit den Grad der Reflexivität systematisch zu erhöhen. In Reallaboren könnten neue Formen des Umgangs mit alten Problemen erprobt und evaluiert werden. Warum, so lässt sich fragen, könnte diese Ausweitung der Partizipation nicht auf allen politischen Ebenen eingerichtet werden und prinzipiell alle Politikbereiche umfassen? Ähnlich wie bei den inzwischen vielfach einberufenen lokalen, regionalen und bereichsbezogenen bundesweiten Bürgerräten bestünde das übergreifende Ziel darin, der Demokratie tatsächlich mehr Zeit für den institutionellen und den öffentlichen Diskurs einzuräumen, Zeit für die Legitimation demokratischer Entscheidungen, für die Zusammenführung von Wille und Vernunft. Je konsequenter diese Form der Demokratisierung der Demokratie angegangen würde, je öfter Bürger am Ringen um das Gemeinwohl aktiv eingebunden wären, desto kompetenter würden sie. Ein verlässliches Mittel also, um die Distanz zwischen „uns da unten“ und „denen da oben“ zu verringern.

Zeit für Pioniere

Die Demokratisierung der Demokratie ist nicht zum zeitlichen Nulltarif zu haben. All diese Vorschläge zur Stärkung der Innovationskraft eines demokratischen Gemeinwesens laufen aus einer zeitpolitischen Perspektive letztlich auf eine Umverteilung von Zeit hinaus. Das Synchronisationsproblem zwischen dem hohen Zeitbedarf der Demokratie und der Knappheit der Zeit in der Welt der digitalen Kommunikation und erst recht in der finanzgetriebenen Ökonomie könnte so mit politischen Mitteln angegangen werden. Denkbar wäre nicht nur, die Mitglieder von Bürgerräten für ihre Tätigkeit für das Gemeinwesen von ihrer Erwerbsarbeit freizustellen, sondern mittel- und langfristig die Zeitkultur des Gemeinwesens insgesamt neu auszurichten: durch eine generelle Umlenkung von Zeitressourcen von der Ökonomie zur Politik und damit letztlich auf eine qualitative Neuausrichtung der gesellschaftlichen Fortschrittsidee vom Güter- zum Zeitwohlstand. (Reheis 2024) Ob diese Umverteilung der Zeit von den Märkten zur Demokratie – in Ergänzung zur Umverteilung von Geld beziehungsweise der Verfügung über materielle Mittel von oben nach unten – über eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich (Wochenarbeitszeit, Lebensarbeitszeit, Ziehungsrechte) oder über soziale Inf-

3 Zeitpolitisches Magazin, Nr. 22 (Juli 2013) und Nr. 23 (Dezember 2013), darin v.a. Mückenberger Ulrich, Nach-Gedanken zu „Demokratie braucht Zeit“, S. 35–36. Vgl. auch Beier/Körber/Mückenberger 2013. – Eine etwas anders geartete Institution zur Unterstützung der Willensbildung durch Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten war der Bayerische Senat, der am 1. Januar 2000 abgeschafft wurde, weil er angeblich zu teuer war.

rastrukturen wie etwa ein Bedingungsloses Grundeinkommen – oder eine Kombination aus allem – am besten zu organisieren ist, müsste dringend diskutiert werden. Nötig ist eine solche Umverteilung der Zeit im Interesse der Demokratisierung – im globalen Norden! – allemal.

Eine solche Umverteilung bietet neben der Chance der Erhöhung der demokratischen Innovationsfähigkeit zudem gute Chancen, auch die Resilienz des demokratischen Systems und letztlich des Gemeinwesens insgesamt zu erhöhen. Dies hat der politische Philosoph Rainer Forst in einem Beitrag „Die falsche Sicherheit“ (DIE ZEIT 31/2024, S. 6) überzeugend dargestellt. Wer Sicherheit durch Abschottung gegen die rechte Gefahr erhöhen wolle, ohne auf die wirklichen Ursachen einzugehen, verenge das politische Denken, argumentiere aus der Defensive und bleibe zwangsläufig dem Status quo verhaftet. Der Sicherheitsdiskurs lasse den Eindruck entstehen, es gehe um den Schutz jener Verhältnisse, die gegenwärtig bestehen. Forst plädiert hingegen – ähnlich wie Habermas – für eine radikale Rückbesinnung auf Demokratie, Freiheit und Gleichheit *„auf der Basis des Menschenrechts einer jeden Person, als Gleicher unter Gleichen respektiert zu werden“*. Notwendig sei deshalb eine *„neue Politik der Gerechtigkeit“*. *„Sie muss als strukturverändernde Politik entlang klarer Linien der Gleichachtung entwickelt werden.“* Und dies erfordert, so muss Forsts Argumentation hier weitergeführt werden, Räume und Zeiten für radikale Kritik, für Visionen und Pioniere, die diese stark machen und in der Gesellschaft weitertragen.

Auch ein anthropologisches und evolutionstheoretisches Argument spricht für die Umverteilung von Zeit. Der Mensch ist durch einen basalen Zyklus von Eingreifen und Begreifen aus der Welt des Lebendigen herausgehoben (seine Reflexivität). Sein Eingreifen in die Welt hat sich – beginnend mit seiner Sesshaftigkeit, verstärkt mit dem Beginn der Moderne und noch einmal verschärft mit Industrialisierung und Kapitalismus – derart beschleunigt, dass das Begreifen dessen, was das Eingreifen anrichtet, längst zu einer Überlebensfrage geworden ist. Praktisch gewendet: Es geht darum, das gigantische Quantum an freier Zeit, das uns der technische Fortschritt beschert, neu auszurichten. An die Stelle der primären Fokussierung auf die sachlichen Potenziale sollte der Mensch vor allem die Entfaltung der menschlichen Potenziale zum primären Ziel des Fortschritts erheben. Von der Energie her formuliert: Er sollte von der begrenzten äußeren, materi-

ellen auf die relativ unbegrenzte, innere, geistige Energie umschalten, die Bemühungen um das Fortschreiten der menschlichen Evolution vom Eingreifen auf das Begreifen umlenken – sowohl individuell wie kollektiv.

Schluss: Eine radikale Vision – die „Wilde Demokratie“

Wir alle wären also gut beraten, uns für die Demokratie ausreichend Zeit zu nehmen. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf den Zeitbedarf jener Aktivitäten und Personen gelenkt werden, die sich um das große Ganze kümmern. Sie brauchen dafür – neben materiellen und geistigen Voraussetzungen – Räume und Zeiten, um gründliche Gegenwartsdiagnosen zu erstellen, Zukunftsvisionen zu entwickeln, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu gewinnen. Um die Innovationskraft des demokratischen Prozesses zu stärken, ist nicht nur ein Recht auf Protest, sondern auch ein Anreiz, dieses Recht auch zu nutzen, förderlich. Der Politik- und Rechtswissenschaftler Tim Wihl spricht in seinem Buch „Wilde Demokratie“ gar von einer vierten Staatsgewalt – der „Protestative“ (2024: 11). Denn *„nur wo Menschen sich gemeinsam etwas trauen, werden sie auf Dauer in einer Demokratie leben“*. (ebd.: 129 f.)

Zitierte Literatur

- Beier, Peter / Körber, Klaus / Mückenberger, Ulrich (2013): Der Große Ratschlag – nationale Ebene. Unveröffentlichtes Diskussionspapier der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik. Berlin.
- Habermas, Jürgen (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied – Berlin: Luchterhand.
- Habermas, Jürgen (2022): Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik, Berlin: Suhrkamp.
- Reheis, Fritz (1999): Zeit lassen! Ein neues Leitbild für die Politik. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2: 13-226; Kurzfassung: Ökologie der Zeit. Ein Plädoyer für eine neue Zeitpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 31: 32-38.
- Reheis, Fritz (2015): Demokratie braucht Zeit. Ja, aber wie viel und woher nehmen? In: Harles, Lothar / Lange, Dirk (Hg.), Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung? (Schriftenreihe der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung), Schwalbach: Wochenschau: 84-94.
- Reheis, Fritz (2019): Die Resonanzstrategie. Warum wir Nachhaltigkeit neu denken müssen. München: oekom.
- Reheis, Fritz (2024): Zeitwohlstand – ein Leitbild, in: Steinrücke, Margareta / Zimplemann, Beate (Hg.), Weniger Arbeiten, mehr leben! Die neue Aktualität von Arbeitszeitverkürzung, Hamburg: VSA, 47-58.
- Wihl, Tim (2024): Wilde Demokratie. Das Recht auf Protest. Berlin: Wagenbach.

KATARINA PERANIĆ

Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt

Auftrag, Angebote und Arbeitsweise der DSEE

Nach den Zahlen des fünften Deutschen Freiwilligen-survey aus dem Jahr 2019 engagieren sich deutschlandweit etwa 28,8 Mio. Menschen bürgerschaftlich und ehrenamtlich (Simonson et al. 2021). Neuere Erhebungen, wie der Survey von Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ-Survey) aus dem Jahr 2022, zeigen, dass diese Zahl auch während der Corona-Pandemie 2020 – 2022 weitgehend stabil geblieben ist (Schubert et al. 2023, S. 16).

Quoten wie diese bedürfen jedoch einer kritischen Überprüfung: Einerseits, weil bundesweite alle Engagementbereiche umfassende Erhebungen die Verschiebungen und Einbrüche in einzelnen Bereichen und Regionen nicht vollständig abbilden können. Andererseits, weil innerhalb von Vergleichsgruppen – etwa Vereinen in sehr ländlichen Räumen – die Unterschiede größer sein dürften als zwischen diesen. Diese alte Weisheit aus den vergleichenden Sozialwissenschaften gilt insbesondere im Engagement und im Ehrenamt, das sich durch Vielfalt und Eigensinn auszeichnet und eben hieraus sein großes Potential für ein gutes, demokratisches Miteinander schöpft.

Über die Potentiale des bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts wird seit den Anfängen der bundesdeutschen Engagementpolitik viel gesprochen (Neumann 2016). Der Tenor ist seit vielen Jahren einhellig: Würden sich nicht so viele Bürgerinnen und Bürger abseits von Erwerbstätigkeit und Familie unentgeltlich engagieren, wären die meisten Leistungen der organisierten Zivilgesellschaft schlicht nicht bezahlbar. Und eben deshalb müsste, so der Schluss, Engagement und Ehrenamt gefördert werden, um bestehende Engagementpotentiale zu heben – jene Personen also zum einem Engagement zu bewegen, die sich zwar dafür interessieren, es aber noch nicht tun.

Nicht übersehen wird dabei auch, dass gut entwickelte Rahmenbedingungen für Engagement und Ehrenamt der beste Weg zur Gewinnung neuer Engagierter sind. Unter dem Motto „Hauptamt stärkt Ehrenamt“ werden deshalb immer wieder auch Personalstellen für das Freiwilligen-Management, für die Verwaltung, Antragstellung, Projekt-abrechnung und vieles mehr gefordert und gefördert. Und das zu Recht! Die Anforderungen an zivilgesellschaftliche Organisationen sind in den letzten Jahren verwaltungsseitig auf ein beträchtliches Niveau gestiegen: Nach einer Erhebung des Normenkontrollrates Baden-Württemberg (NKR BaWü 2019) verbringt der Vorstand eines mittel-

großen Vereins etwa 6,5 Stunden in der Woche allein mit bürokratischen Anforderungen – Zeit, die den Engagierten für ihr eigentliches Anliegen fehlt.

Doch auch die Förderung hauptamtlicher Strukturen für die Organisation von freiwilligen Engagements wird nur einem kleinen Ausschnitt der vielfältigen Bürger- und Zivilgesellschaft in Deutschland gerecht. Der eingangs erwähnte ZiviZ-Survey zeigt auch, dass etwa zwei Drittel der gemeinnützigen Organisationen in Deutschland im Jahr 2021 nicht mehr als 20.000 € umgesetzt haben (ebd.: 21). So betrachtet ist Deutschland eher ein Land kleiner, ehrenamtlich getragener Vereine als ein Land hauptamtlicher Organisation bürgerschaftlichen Engagements.

Zudem besteht Deutschland nicht nur aus großen Städten und Metropolen, aus denen heraus die engagementpolitischen Debatten der letzten Jahrzehnte zumeist geführt wurden. Mehr als zwei Drittel der Deutschen leben in Dörfern, Klein- und Mittelstädten, in denen sich die Rahmenbedingungen für Engagement und Ehrenamt deutlich von denen in Städten, Ballungszentren und Metropolen unterscheiden. Zu diesen Rahmenbedingungen gehört etwa, dass die Bürger- und Zivilgesellschaft in ländlichen Räumen sehr viel stärker mit der Kommune – mit dem Staat – vernetzt sind als in der Stadt (Freise 2022).

Als eine Art große Klammer um diese Vielfalt von Ansätzen für die Engagementförderung wurde das Potential-Narrativ des Engagements und Ehrenamts in jüngster Zeit auch auf die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse sowie die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts erweitert. Zu nennen ist an dieser Stelle insbesondere die „Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse“, in der sich die Bundesministerien des Innern und für Heimat (BMI), Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) für die Gründung einer öffentlich-rechtlich verfassten Stiftung aussprachen, die insbesondere für Engagement und Ehrenamt in ländlichen und strukturschwachen Räumen bedarfsgerechte Service- und Unterstützungsangebote entwickeln soll.

Die damit ressortübergreifend empfohlene Gründung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) mündete am 30. Januar 2020 im Beschluss des Bundestages zum Gesetz zur Errichtung der DSEE (DSEE-G), das am 2. April 2020 mit seiner Veröffentlichung im Bundes-

anzeiger in Kraft trat. Nach dem feierlichen Gründungsakt am 26. Juni 2020 in Neustrelitz nahm die Stiftung im Juli desselben Jahres dort ihre Arbeit auf, die im Folgenden anhand ihrer im DSEE-G verankerten Zwecke kurz dargestellt werden soll.

Auftrag und Angebote

Zentral bei den Aktivitäten der Stiftung ist ihr Auftrag, der sich unmittelbar aus dem § 2 DSEE-G ergibt: *„Stiftungszweck ist die Stärkung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Räumen.“* Dieser Auftrag beschränkt sich nicht allein auf das Ehrenamt im Sinne des unentgeltlichen Einsatzes für eine gemeinnützige Organisation (§ 2 Abs. 2 Nr. 2). Er umfasst explizit auch das bürgerschaftliche Engagement, das als freiwillig und unentgeltlich definiert wird, sich am Gemeinwohl orientieren und auf der Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung geleistet werden soll, nicht aber unbedingt in einer gemeinnützigen Organisation stattfinden muss.

Auf der Grundlage des so festgelegten Stiftungszwecks und der recht offenen Legaldefinition bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts konkretisiert das Errichtungsgesetz der DSEE den Aktionsrahmen in § 3 DSEE-G, in dem die Stiftung in den letzten vier Jahren zahlreiche Angebote entwickelt hat:

1. *Bedarfsorientierte und umfassende Service-Angebote, Beratungen und Qualifizierungen* entwickelt die Stiftung auf der Grundlage aktueller Forschungsergebnisse insbesondere aber auch entlang der Bedarfe von Engagierten, mit denen die Mitarbeitenden der Stiftung über die DSEE-Hotline, per Telefon und E-Mail, aber auch in persönlichen Gesprächen, bei Gremien und zahlreichen Veranstaltungen in Kontakt sind – so etwa erklärt die Online-Seminarreihe #DSEE die Fachberatungen zu juristischen Fragestellungen, zu Versicherungsfragen und zum Fundraising oder bei Fördermittelwerkstätten.
2. *Informationen bei der Organisationsentwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung* stellt die Stiftung nicht nur auf ihrer Webseite (www.d-s-e-e.de), sondern auch im Rahmen verschiedener Veranstaltungsformate – digital und vor Ort – bereit. Sie stützt sich dabei wiederum auf aktuelle Forschungsergebnisse, aber auch auf praktische Erfahrungswerte und das Know-How, das viele zivilgesellschaftliche Organisationen in den letzten Jahren bereits entwickelt haben und in entsprechenden Formaten einbringen.
3. *Die Vernetzung von Bund, Ländern und Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft* treibt die Stiftung in diver-

sen Gremien und Arbeitsgruppen mit Vertreterinnen und Vertretern staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure voran, wobei sie hier unter anderem die Qualifizierung von Mitarbeitenden der Kommunalverwaltung adressiert. Zur Vernetzung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft baut die DSEE aktuell ein Probono-Netzwerk auf, das die Potentiale des Engagements von Unternehmen in Deutschland sichtbar machen soll.

4. *Soziale und digitale Innovationen* fördert die DSEE unter anderem mit ihrem Programm „transform_D“. In diesem Programm verbindet die Stiftung finanzielle Förderung zur Entwicklung von Innovationen in den Transformationsfeldern Digitalisierung, Klimawandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt mit Qualifizierungs-, Austausch- und Vernetzungsformaten wie dem transform_D Summit, thematischen Digitalkonferenzen und kleineren Formaten intensiver Entwicklungsarbeit.
5. Für die *Stärkung von Strukturen in strukturschwachen und ländlichen Räumen* hat die DSEE zum einen ihr Mikroförderprogramm aufgesetzt, in dem Vorhaben relativ unkompliziert mit bis zu 2.500 € gefördert werden können. Zum anderen hat die Stiftung das Programm „Engagiertes Land“ entwickelt, in dem sie bislang 93 lokale Netzwerke zur Förderung von Engagement und Ehrenamt in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern unterstützt.
6. Die *begleitende Forschung* bildet, wie bereits mehrfach erwähnt, eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung bedarfsgerechter Angebote. Mit eigenen Forschungsprojekten und Förderungen unterschiedlichen Umfangs ermöglicht die DSEE hier Forschungsvorhaben, die neue Themenfelder ausleuchten, Interessierten aber auch Handlungsempfehlungen und Impulse für ihre Engagementpraxis an die Hand geben – etwa in der Online-Seminar-Reihe #EngagiertGeforscht.

Arbeitsweise und Erfahrungen

Die Gründung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) war für die Engagementförderung auf Bundesebene ein großer und entsprechend viel diskutierter Schritt. In Anbetracht vielfältiger Kritik musste und muss die Stiftung immer wieder mit ihrer Arbeit, mit der Entwicklung bedarfsgerechter Angebote von sich überzeugen (Jähnert / Peranić 2024). Bislang ist das gelungen. Die Zusammenarbeit im Stiftungsrat der DSEE, dem neben den die Stiftung tragenden Bundesministerien (BMI, BMFSFJ und BMEL), vier Mitglieder des Bundestages, zwei Ländervertretungen, eine Vertretung der kommunalen Ebene sowie neun Vertreterinnen und Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft angehören, gestaltet

sich sehr konstruktiv. Auch von den vom Stiftungsrat eingerichteten Fachbeiräten erhält die Stiftung wichtige Impulse für ihre Arbeit.

Zudem hat sich die Stiftung mittlerweile auch ein breites Netzwerk von Partnerinnen und Partnern aus der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Verwaltung aufgebaut, die ebenso wichtige Impulse zur Ausgestaltung der Stiftungsarbeit geben. Obwohl die Zusammenarbeit mit dieser Vielzahl unterschiedlicher Stakeholder gewisse Herausforderungen birgt, ist sie die Grundlage für die Erfolge, die die Stiftung nach den ersten vier Jahren ihres Bestehens vorzuweisen hat: Große Nachfrage in den Programmen, gut besuchte Veranstaltungen (digital und vor Ort) und unzählige Gespräche – ein steter Quell von Impulsen für die Weiterentwicklung bedarfsge rechter Angebote für Engagement und Ehrenamt.

Zitierte Literatur

Freise, Matthias (2022): Local Governance und bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen. In: *Voluntaris. Zeitschrift für Freiwilligendienste und zivilgesellschaftliches Engagement* (2/2022), S. 194–208.

Jähner, Hannes / Peranić, Katarina (2024): How to Bundesstiftung? Schlaglichter aus drei Jahren Aufbauarbeit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE). In: Berndt, Reinhard / von Büna, Friederike / Kreutter, Peter / Stolte, Stefan (Hrsg.): *Resiliente Organisationen und Führung von Stiftungen*, Wiesbaden, S. 317–332.

Neumann, Daniela (2016): *Das Ehrenamt nutzen. Zur Entstehung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland*, Bielefeld.

Normenkontrollrat Baden-Württemberg (2019): *Entbürokratisierung bei Vereinen und Ehrenamt. Empfehlungsbericht des Normenkontrollrats Baden-Württemberg*. Stuttgart

Simonson, Julia / Kelle, Nadiya / Kausmann, Corinna / Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) 2021: *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA), Berlin.

Schubert, Peter / Tahmaz, Birthe / Krimmer Holger (2023): *Zivilgesellschaft in Krisenzeiten. Politisch aktiv mit geschwächtem Fundament. Erste Befunde des ZiviZ-Survey 2023. Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ)*, Berlin.

Katarina Peranić

*Gründungsvorständin Deutsche Stiftung
für Engagement und Ehrenamt, Greifswald*

ELKE GROSSER

Bürgerbeteiligung im politischen Dialog

Demokratie in der Krise

Seit einigen Jahren sind zunehmende Skepsis und Distanz zur Demokratie und zur Politik zu verzeichnen, bedingt durch das Zusammentreffen von Corona-Pandemie, Kriegen, Migration und Klimawandel. Auch der hohe Zuspruch zu populistischen und extremistischen Parteien wie jüngst bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg zeigt das Unbehagen vieler Menschen. Mit der Ampelregierung waren 85 % der Befragten Ende September 2024 unzufrieden.¹ Nur eine Minderheit der Menschen glaubt, dass die Politik ihre Sorgen ernst nimmt und die wirklich wichtigen Probleme angeht. Gleichzeitig glaubt die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, kaum Möglichkeiten zu haben, gesellschaftliche und politische Entscheidungen mit zu beeinflussen und äußert den Wunsch nach mehr politischer Beteiligung. Zwar sollten die vom Volk gewählten Abgeordneten im Bundestag politische Entscheidungen treffen, doch sollten Politiker

auch direkte Empfehlungen von Bürgerinnen und Bürgern mit in ihre Überlegungen einbeziehen, meint die Hälfte der Befragten (vgl. Sack u. a. 2024).

Erst wenig bekannt ist das Konzept der Bürgerräte, das Bürgern und Bürgerinnen ermöglicht, an politischen Prozessen mitzuwirken. Seit den 1970er Jahren werden in Deutschland Bürgerräte eingesetzt. Bis heute hat es 289 Bürgerräte auf kommunaler, Landes- und Bundesebene gegeben. In den letzten zehn Jahren hat die Anzahl der Bürgerräte stark zugenommen. Diese Entwicklung wird als ein Teil einer internationalen „deliberativen Welle“ gesehen (vgl. Wieczorek u. a. 2024). Die kommunale Ebene ist das „Spielfeld“, hier fanden 80 % der durchgeführten Bürgerräte statt. Bürgerräte auf Landesebene wurden viel weniger häufig eingesetzt. Den ersten Bürgerrat auf Bundesebene „Demokratie“ gab es 2019 (s. Cover nebst Video in diesem ZpM), der jüngste fand 2023/24 zum Thema „Ernährung im Wandel“ statt, dessen Arbeit im Folgenden vorgestellt wird.

¹ ARD-DeutschlandTrend/ 31. 10. 2024
<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3442.html>

Was sind Bürgerräte?

Bürgerrat ist ein weit gefasster Begriff für demokratische Bürgerbeteiligung in demokratischen Partizipationsformen wie Planungszellen, Bürgerdialoge, Bürgerforen. Für Bürgerräte gilt Folgendes:

1. Durch ein auf der Auslosung aus Einwohnermelderegistern der Städte und Gemeinden basiertes Verfahren wird eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern („Mini Publics“) ausgewählt, die gefragt werden, ob sie an einem Bürgerrat teilnehmen würden. An Bürgerräten auf kommunaler Ebene nehmen in der Regel 30 Personen, auf Landesebene 60 Personen und auf Bundesebene 160 Personen teil.
2. In einem deliberativen Prozess verlaufen die strukturierten Diskussionen in einem fairen, offenen und gemeinwohlorientierten Austausch.
3. Es werden konkrete aktuelle politische Themen und Herausforderungen verhandelt. Die breite Palette gesellschaftlicher Themen betrifft auf kommunaler Ebene u. a. Themen der Stadtplanung, Infrastruktur, Nachhaltigkeit oder Soziales auf Bundesebene Themen der Demokratie, Außenpolitik oder Klima.
4. In einem Bürgergutachten werden die Ergebnisse als Empfehlungen den politischen Entscheidungsträgern zur Befassung übergeben. Das Bürgergutachten sollte ein von der Mehrheit der Teilnehmenden getragener Konsens sein.

Bürgerräte werden entweder zeitbegrenzt als einmaliges Projekt (80 %) oder verstetigt als wiederkehrend oder dauerhaft (20 %) eingesetzt (vgl. Wieczorek u. a. 2024).

„Ganz oben“ demokratisch mitbestimmen

Bundesweite Bürgerräte sind die jüngste Form von Bürgerräten. In Deutschland fanden von 2019 bis heute zehn bundesweite Bürgerräte statt. Diese wurden entweder durch zivilgesellschaftliche Vereinigungen, Bundesministerien oder Universitäten organisiert. Alle im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien, nicht aber die AFD, befürworteten 2021 in einer Befragung der Initiative „Klima Mitbestimmung JETZT“ die Durchführung von Bürgerräten auf Bundesebene. Der Wille demokratischer Parteien, Bürger und Bürgerinnen mehr in politische Prozesse einzubeziehen und mit ihnen in den Dialog zu treten, ist also da. Auch in einer repräsentativen Studie erklärten 55 % der Bevölkerung, an einem künftigen Bürgerrat teilnehmen zu wollen (vgl. Sack u. a. 2024).

Die Ampelregierung (SPD, Grüne und FDP) vereinbarte in ihrem Koalitionsvertrag 2021, drei Bürgerräte in ihrer

Wahlperiode vom Bundestag einzusetzen. Im September 2023 nahm der erste parlamentarische Bürgerrat „Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben“ als „politisches Pilotprojekt“ seine Arbeit auf und übergab im Februar 2024 dem Bundestag seine Empfehlungen in Form eines Bürgergutachtens. Das Thema Ernährung war gewählt worden, weil es die alltägliche Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger tangiert.

Für den bundesweiten Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ erfolgte die Auswahl der Teilnehmenden in fünf Phasen:

1. einer Zufallsauswahl von Gemeinden in ganz Deutschland
2. einer Zufallsauswahl von Einwohnerinnen und Einwohnern aus den jeweiligen Melderegistern der zuvor ausgelosten Gemeinden und postalische Einladung zur Teilnahme an einer Bürgerlotterie
3. Registrierung interessierter Ausgeloster mit freiwilliger Angabe der soziodemografischen Kriterien Bundesland, Gemeindegröße des Wohnortes, Alter, Geschlecht, höchster Bildungsabschluss und Ernährungsweise
4. zufällige Zusammenstellung etwa 1000 verschiedener Zusammensetzungen für einen Bürgerrat, die jeweils ein Abbild der deutschen Bevölkerung nach den oben genannten Kriterien darstellen und öffentliche Auslosung einer dieser möglichen Bürgerräte mit 160 Teilnehmenden durch die Bundestagspräsidentin und
5. Nachrekrutierung über eine Warteliste von interessierten, aber nicht ausgewählten Personen mit dem Ziel, die soziodemografische Zusammensetzung insgesamt nicht zu verändern²

Die Rücklaufquote der angeschriebenen Personen, die ihr Interesse für eine Teilnahme bekundeten, war mit ca. 11,5 % eher hoch³. Die Gründe für die Bereitschaft zur Teilnahme waren neben der Neugier auf das Format Bürgerrat und die Einschätzung, dass es ein „Privileg“ sei, ausgewählt worden zu sein, vor allem auch das Interesse am Thema Ernährung und das Bedürfnis auf Mitsprache und Teilhabe am politischen Prozess.

Diese mehrschichtige stratifizierende Zufallsauswahl von Teilnehmenden hinsichtlich der soziodemokratischen Zusammensetzung des Geschlechts, der geografischen Herkunft und der Ernährungsweise war ausgewogen. Auch gab es einen hohen Anteil an Teilnehmenden mit formal niedrigem Bildungsabschluss. Personen mittleren Alters waren leicht unterrepräsentiert, solche mit linken poli-

2 vgl.: https://www.bundestag.de/resource/blob/963038/c5fd9f-3234397c6482e5519b6a4b17a0/zufallsauswahl_pdf.pdf

3 Die Rücklaufquoten für diese Form von demokratischer Beteiligung in Deutschland liegen sonst zwischen 3 und 7 %.

tischen Präferenzen leicht über- und solche mit rechten politischen Präferenzen leicht unterrepräsentiert. Deutlich unterrepräsentiert waren Menschen mit Migrationshintergrund, was kein Kriterium für die Zufallsauswahl war. Bei einer Unterrepräsentation bestimmter Personengruppen besteht u. a. die Gefahr, dass die Perspektiven und Bedürfnisse dieser Gruppen kaum oder nicht in die Ergebnisfindung einfließen.

Für ihre Teilnahme erhielten die Teilnehmenden eine Aufwandsentschädigung. 29 % der Teilnehmenden brachen die Teilnahme ab, als Gründe wurden Unzufriedenheit mit dem Prozess, Tod, Krankheit, Familie oder Beruf angegeben (vgl. Sack u.a. 2024).

Im Prozessablauf fanden drei Präsenzwochenenden und sechs Online-Abendsitzungen statt. Moderiert wurde der Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ von einem professionellen Team und von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet. Gutachten von Experten lagen vor. Während des zweiten Präsenzwochenendes fand ein Austausch mit Bundestagsabgeordneten statt. Mitte Januar 2024 verabschiedete der Bürgerrat neun konkrete Handlungsempfehlungen u. a. für ein kostenfreies Mittagessen für alle Kinder, zur Förderung des Tierwohls und zur Transparenz der Lebensbedingungen und der Herkunft von Tieren.

Deliberation braucht Zeit und Raum

Deliberation braucht Zeit und Raum: die Zeit der Bürgerinnen und Bürger, anderer Beteiligter und Zeit, die dem Bürgerrat-Prozess selbst innewohnt. Fritz Reheis spricht in seinem Beitrag (in diesem ZpM) von eigenzeitlicher Strukturierung von Bürgerräten. Auch Räume müssen real und oft auch digital zur Verfügung gestellt werden. Weite Entfernungen können ein großes Hindernis sein, wenn die Fahrt zum Sitzungsort zusätzliche Zeit erfordert. Auffallend war das allmähliche Abnehmen der Teilnehmenden aus Baden-Württemberg, die die längste Anreisezeit zum Sitzungsort Berlin hatten, die sich durch Unzuverlässigkeit der Deutschen Bahn oft noch verlängerte. Online-Sitzungen waren durch unzureichende Netzabdeckung für einige Teilnehmende im ländlichen Raum erschwert.

Für die Präsenzsitzungen konnten Teilnehmende vom Arbeitgeber eine bezahlte Freistellung von beruflichen Verpflichtungen erhalten. Einige Teilnehmende, die nur eine unbezahlte Freistellung von ihrem Arbeitgeber erhielten oder Urlaubstage nehmen mussten, schieden aus dem Bürgerrat aus. Während der Präsenzsitzungen wurde eine Kinderbetreuung eingerichtet. Teilnehmende, die Kinder mitbrachten, kritisierten die Organisation ihrer Hotelübernachtung sowie den bürokratischen Aufwand zur Kostenerstattung. Erst im Verlauf des Bürgerrats konnten

Betreuungspersonen für unter Sechsjährige mitreisen.

Die Kombination von Präsenz- und Digitalsitzungen bewerteten die Teilnehmenden positiv. Sie schätzten Präsenzsitzungen wegen des persönlichen Kontakts und digitale Sitzungen wegen der Zeitersparnis und der zeitlichen Einpassung in ihr Alltagsleben. Kritisiert wurden der Zeitmangel und der Zeitdruck im Arbeitsprozess in diesem ebenso wie schon in früheren bundesweiten Bürgerräten. Zeitbegrenzungen hätten konstruktive Diskussionen divergierender Meinungen und den Austausch von Argumenten eingeschränkt. Zur beabsichtigten innovativen Lösungsfindung fehlte die Zeit.

Insgesamt schätzte die Mehrheit der Teilnehmenden die Mitarbeit am Bürgerrat als positive Erfahrung, einen Beitrag zur politischen Arbeit leisten zu können. Die Mitarbeit im Bürgerrat hielten 98 % der Teilnehmenden für keine Zeitverschwendung.

Wie demokratisch sind Bürgerräte?

Die Wirkung von Bürgerräten im Hinblick auf das demokratische Entscheiden politischer Maßnahmen ist auf drei Ebenen wissenschaftlich untersucht worden (vgl. Wiczkorek u. a. 2024):

1. Auf *interner* Ebene in Evaluationen einzelner Bürgerräte ist deren Wirkung auf die Beteiligten gut erforscht. Demnach sind die Teilnehmenden insgesamt mit der Mitarbeit im Bürgerrat und auch mit dem Arbeitsergebnis sehr zufrieden. Gestiegen sind die inhaltlichen Kompetenzen, die das Thema betreffen, die persönlichen Fähigkeiten zu einem diskursiven Meinungsaustausch und zu einer reflektierten politischen Meinungsbildung. Auch nach Abschluss des Bürgerrates zeigen Teilnehmende weiterhin großes Interesse und waren in parlamentarischen Sitzungen anwesend. Einige Mitglieder haben im Oktober einen Brief an die Bundestagspräsidentin geschrieben, in der sie ihren Unmut über den schleppenden Fortschritt bei der Umsetzung der Empfehlungen zum Ausdruck bringen.⁴
- 2 Auf *öffentlicher* Ebene spielt das Wissen in der Bevölkerung über einen Bürgerrat eine Rolle. Der Bekanntheitsgrad von Bürgerräten ist mit der Zahl der stattgefundenen Bürgerräte gestiegen. 2021 waren Bürgerräte nur 21 % der Bevölkerung bekannt (Forsa 2021). 2024, nach der medialen Beachtung des bundesweiten Bürgerrats zur Ernährung, hatten bereits 76 % der Erwachsenen von einem Bürgerrat gehört und 36 % wussten genau oder ungefähr, was ein Bürgerrat ist. In

⁴ <https://table.media/wp-content/uploads/2024/11/04185751/Schreiben-an-die-Praesidentin-des-Deutschen-Bundestages-Frau-Bas.pdf>

Medien wurde das Konzept Bürgerrat dargestellt und über die Themen und Empfehlungen des Bürgerrates berichtet. Teilnehmende wurden zu Multiplikatoren und informierten und diskutierten in ihrem Umfeld über ihre Arbeit im Bürgerrat und dessen Thema Ernährung. Allerdings erreicht umfangreiches Wissen über Bürger-räte eher gebildete und interessierte Bürgerinnen und Bürger (vgl. Wieczorek u.a. 2024).

Generell ist die politische Wirkung von Bürgerräten wenig erforscht. Die Empfehlungen des Bürgerrats zur Ernährung wurden im Februar 2024 an die Bundestagspräsidentin und Vertreter der Fraktionen übergeben, als Bundesdrucksache veröffentlicht und an verschiedene Ausschüsse zur Beratung überwiesen. Bisher fanden mehrere Fachgespräche und Anhörungen im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, an denen auch am Bürgerrat Beteiligte teilnahmen, z. B. zur Empfehlung eines kostenfreien Mittagssessens für alle Kinder statt. Im Bundestag fand im März 2024 eine Plenardebatte statt. Am Bürgerrat Beteiligte, die diese miterlebten, waren enttäuscht. Sie hatten den Eindruck, dass ihre Ergebnisse nicht ernst genommen werden und die Wirkung ihrer Arbeit eher pessimistisch eingeschätzt wird. Skeptische Äußerungen von Abgeordneten wurden als herablassendes Fehlen an Wertschätzung des Bürgergutachtens empfunden.

Bisherige Zufallsverfahren für die Auswahl von Teilnehmenden in einem Bürgerrat wurden häufig auch hinsichtlich der Zusammensetzung der Teilnehmenden, vor allem der Überrepräsentation älterer und höher gebildeter oder bereits politisch Engagierter, kritisiert (vgl. IDPF 2021; Geißel u.a. 2019; Ehs 2024; Baron 2023, Krick 2023).

Die neue Datenbank „Bürgerräte“⁵, die in Kooperation des Instituts für Demokratie- und Partizipationsforschung mit dem Verein Mehr Demokratie e.V. entstanden ist, ermöglicht, sich über einzelne Bürgerräte bundesweit zu informieren, die Entwicklung dieser zu verfolgen, sich über neue Bürgerräte zu informieren, sich auszutauschen und zu vernetzen.

Ausblick

Der erste vom Bundestag eingesetzte bundesweite Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ kann durchaus als erfolgreiche politische Bürgerbeteiligung gesehen werden. Bürgerinnen und Bürger hatten zum ersten Mal die Möglichkeit, auf höchster demokratischer Ebene mitzuwirken und mit politischen Entscheidungsträgern auf Bundesebene die verhandelten Empfehlungen zu diskutieren. Bürgerräte auf Bundesebene sollten weiterhin ein fester

Bestandteil deliberativer Demokratie sein, um das politische Vertrauen der Menschen wiederzugewinnen und den demokratischen Diskurs zu beleben. Leider hatte die Bundesregierung Ende Oktober 2024 verkündet, es werde keinen weiteren von der Bundesregierung berufenen Bürgerrat mehr geben. Hoffen wir, dass die nächste Bundesregierung vom Bundestag eingesetzte Bürgerräte weiterführt und nicht wie die CDU/CSU das als „endgültig missglücktes“ Experiment ansieht und ad acta legt.

Aus zeitpolitischer Perspektive zeigt sich, dass Zeit und Raum wesentliche Faktoren darstellen, um die Qualität des deliberativen Prozesses sicherzustellen. Zeitlimitierungen und Zeitdruck behindern einen konstruktiven Diskurs und die Erarbeitung innovativer und demokratischer Lösungen. Vor allem bei komplexen Themen sollte über einen längeren Zeitraum verhandelt werden. Wie für andere gemeinwohlorientierte Engagements spielt auch für Engagements in Bürgerräten die Vereinbarkeit mit dem Beruf und dem Familienleben eine entscheidende Rolle für aktive kontinuierliche Mitarbeit. Einen zeitpolitischen Lösungsansatz gibt es bereits bundesweit für bestellte ehrenamtliche Schöffinnen und Schöffen. Im § 45 Absatz 1 (a) des Deutschen Richtergesetzes heißt es: „...Ehrenamtliche Richter sind für die Zeit ihrer Amtstätigkeit von ihrem Arbeitgeber von der Arbeitsleistung freizustellen...“, ohne deswegen benachteiligt zu werden. Eine gute Kinderbetreuung ist für eine engagierte Teilnahme ebenso wichtig.

Aus zeitpolitischer Sicht sollte es mehr Zeit für Bürger-räte geben – auf Bundes-, Landes und Kommunalebene.

Zitierte Literatur

Baron, Daniel (2023): Was für ein Zufall? Stichprobentheoretische Anmerkungen und Folgerungen aus Simulationsergebnissen für den bundesweiten Bürgerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft (2023) 33: S. 447–470. <https://doi.org/10.1007/s41358-023-00344-8>.

Deutscher Bundestag: Beratung und Umsetzung der Empfehlungen des Bürgerrats Ernährung. Online-Plattform. https://www.bundestag.de/parlament/buergerraete/buergerrat_th1/umsetzung.

Ehs, Tamara (2024): Bürgerräte in der Klimakrise. Die soziale Frage am Fallbeispiel Klima-Zukunft Vorarlberg. In: (Un) Möglichkeit der Teilhabe. pnd – rethinking planning. 1/24. S. 223–238. Aachen. https://www.planung-neu-denken.de/wp-content/uploads/ehs_pnd_2024-1-1.pdf.

Forsa (2021): Bekanntheit von Bürgerräten und Meinungen zum Bürgerrat Klima. https://buergerrat-klima.de/content/pdfs/Ergebnisbericht_B%C3%BCrgerrat%20Klima.pdf.

Geißel, Brigitte / Dean, Rikki / Jung, Stefan / Wipfler, Bruno (2019): Bürgerrat Klima. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Evaluation. Forschungsstelle Demokratische Innovationen der Goethe Universität. Frankfurt/M. <https://www.buergerrat.de/fileadmin/downloads/evaluationsbericht.pdf>.

5 <https://www.datenbank-buergerraete.info/>

Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF) (Hrsg.) (2021): Evaluation des Bürgerrats Deutschlands Rolle in der Welt. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Evaluation. Potsdam, Wuppertal. <https://deutschlands-rolle.buerger-rat.de/fileadmin/downloads/evaluationsbericht-buerger-rat-deutschlands-rolle.pdf>.

Krick, Eva (2023): Der Boom der Bürgerräte. Wie demokratisch ist losbasierte Bevölkerungsbeteiligung wirklich? Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung. <https://www.helmut-schmidt.de/aktuelles/detail/der-boom-der-buerger-raete->

Lietzmann, Hans J. (2021): Bürgerräte als eine zeitgemäße Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Handreichung für eine Implementation deliberativer Bürgerräte. Institut für Demokratie- & Partizipationsforschung. Bergische Universität Wuppertal. <https://deutschlands-rolle.buerger-rat.de/fileadmin/downloads/handreichung-buerger-rat-bundesweit.pdf>.

Merkel, Wolfgang / Milačić, Filip / Schäfer, Andreas (2021): BÜRGERRÄTE. Neue Wege zur Demokratisierung der Demokratie. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin. <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/18444.pdf>.

Nida-Rümelin, Julian (2021): Demokratie in der Krise. Ein Weckruf zur Erneuerung im Angesicht der Pandemie. Körber-Stiftung: Hamburg. https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/20354/demokratie_in_der_krise.pdf.

Sack, Detlef / Freier Nora u. a. (2024): Bürgerrat „Ernährung im Wandel“. Wissenschaftliche Evaluation. Abschlussbericht Teil 1. Bergische Universität Wuppertal und Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF). Deutscher Bundestag. Berlin https://www.bundestag.de/resource/blob/1011230/eb482af5b878bbf7948d609c69aaf18a/240625_br_evaluationsbericht_langfassung.pdf.

Wieczorek, Florian / Freier, Anna Nora / Oppold, Daniel (2024): Bürgerräte in Deutschland. Entwicklung und Vielfalt losbasierter Beteiligung. Mehr Demokratie e.V., Bergische Universität Wuppertal/Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung, Berlin, Wuppertal. https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2024/Publikationen/2024_10_22_Buerger-ratsbericht_web.pdf.

HAZEL ROSENSTRAUCH

Unbezahlt und pseudonym

Der freie Zugang zum Weltwissen

Wikipedia ist eine der letzten, allerdings auch eine sehr große Insel der verheißungsvollen Utopien, die mit dem Internet entstanden sind. Fangen wir mit der Geburt an. Wer sich nicht von den vielen Einträgen zu dem Stichwort in die Irre führen lässt, findet im Netz unter „wiki-wiki“, dass der Begriff aus dem Hawaiianischen stammt und „schnell schnell“ heißt. 1995, vor lächerlichen dreißig Jahren, wurde die Idee einer kollaborativen Technologie geboren. Wiki war der Traum von einer friedlich-freundlichen Zusammenarbeit, bei der jeder mitmachen, Websites abrufen und verändern könnte. Mehr dazu findet man unter Ward Cunningham – in 58 Sprachen.¹

Aus WWW wie WikiWikiWeb wurde, unter der Feder- bzw. Tastenführung von Jimmy Donal Wales, die Wikipedia, deren Anfänge mit März 2000 angesetzt werden. Auf der Seite von Jim Wales fand ich das Zitat: *“Imagine a world in which every single person on the planet is given free access to the sum of all human knowledge. That’s what we’re doing.”*²

Was täten wir ohne? Wenn jemand, sagen wir, 25 Jahre alt ist (und in einem Land lebt, das Anschluss ans Netz

hat), kann er oder sie sich wohl kaum mehr vorstellen, Haus- oder Seminararbeiten ohne dieses Lexikon zu schreiben. Man findet darin auch wunderschöne Grafiken, die die Länder mit Internetzugang anzeigen, inklusive Downloadgeschwindigkeit. Die heute (12.09.2024) abgerufene Darstellung dazu stammt aus dem Jahr 2021. Das wundert mich, denn zu den immer wieder erstaunlichen Erfahrungen gehört die Schnelligkeit, mit der Beiträge gefertigt, korrigiert oder auch gelöscht werden. Beim Runterscrollen entdeckte ich, dass die erwähnte Statistik im Juni 2024 gesichert wurde, mein Urteil war voreilig. Womit ich beim Thema „zu schnell und husch-wusch“ bin. Wenn ich unter einem Artikel sehe „zuletzt bearbeitet am“ ist das meist nur ein paar Tage her.

Das führt zu der Frage, wie viele Tausende ständig am Rechner sitzen, schreiben, korrigieren, updaten, woher kommen all die Leute und was treibt sie um? Wie zuverlässig, fragt sich die an Lexika gewöhnte Userin, sind die Artikel, die sich so schnell abrufen lassen, wie entstehen die Einträge, wie wird das Wissen überprüft?

Es ist ein System aus mehreren Stufen und Kontrollmechanismen, dabei sorgt eine Vielzahl von Regulierungsmechanismen (oft, nicht immer) für Korrekturen. Für die

1 https://de.wikipedia.org/wiki/Ward_Cunningham

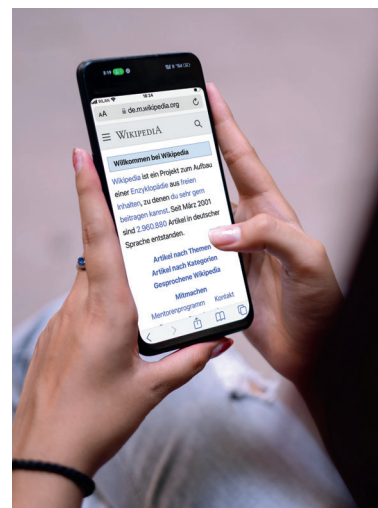
2 <https://jimmywales.com>

deutsche Wikipedia schwirrt die Zahl von 17.000 Aktiven durch die Luft. Manche sind fleißige Autoren, Andere laden Fotos hoch, Einige korrigieren eher oder achten auf Neutralität, überprüfen Änderungen oder neue Einträge. Beteiligen heißt nicht, dass jeder Artikel schreibt. Manche „putzen“ gerne, bessern Fehler aus, aktualisieren Beiträge, kümmern sich um Literaturhinweise, Anmerkungen oder den richtigen Platz für Punkt und Komma, damit die leider etwas komplizierten Regeln eingehalten werden. Nebenher wird gestritten, diskutiert und gelöscht – online und live.

Wie viele Männlein und Weiblein und sonstige Geschlechter mitmachen, ist schlecht erfassbar, weil man ein Pseudonym wählen kann, und viele tun das. Nur unter dem sind Beiträge, Korrekturen etc. auffindbar. Die Anonymität ist ein Schutz, sie kann natürlich auch missbraucht werden. Schwer errechnen lässt sich die Zahl der Aktiven auch, da manche oft, manche nur gelegentlich beitragen. Wie es sich für ein elektronisches Medium gehört, wird gezählt und kategorisiert, man kann das unter Wikipedia:Statistik³, in der deutschen und in einer der übrigen 315 Sprachversionen nachlesen. Auf der Hauptseite der Wikipedia erfährt man, dass seit März 2001 (Stand September 2024) in deutscher Sprache 2.942.262 Artikel entstanden sind. Neueinsteiger finden dort auch Hinweise, welche Schwerpunkte es gibt, wie man mitmachen, Kontakt finden, Beiträge ändern oder spenden kann.

Alles ist freiwillig und es gibt Hunderte unterschiedliche Motive, warum jemand mitmacht. Man weiß etwas, das andere wissen sollten, bewegt sich in einem Kreis, der sich an dem Projekt beteiligt, fügt etwas ein, weil eine Suche erfolglos war. Viele glauben an das Wiki-Prinzip, wollen sich fürs Gemeinwohl engagieren und tragen deshalb zur „Weisheit der Vielen“⁴ bei. Jüngere sind oft schon hineingewachsen oder hatten Peers, Lehrer, Erzieherinnen, Professorinnen, die sie eingeführt haben, Unruhe-Ständler bringen ihr brach liegendes Fachwissen ein und dabei besteht natürlich auch ein Generationenproblem. Älteren fällt der Umgang mit der Technik oft schwer, aber gerade sie haben meist viel Wissen gehortet, und wenn sie in Rente sind, haben sie Zeit und das Bedürfnis, ihre Kenntnisse weiterzugeben. Neben dem Interesse an Gemeinwohl, Ehrenamt und Spaß an der Schwarmintelligenz ist insofern der Austausch auf Augenhöhe ein Modell für generationenübergreifenden Wissenstransfer.

Es gibt natürlich auch viele Gründe, nicht mitzumachen. Das gilt z. B. für jene Intellektuellen, die viel wissen, und gewohnt sind, ihre Beiträge mit Namen zu zeichnen und auf ihre Publikationsliste zu setzen, und die deshalb gar nicht auf die Idee kommen, ohne Nennung ihres mehr und



weniger prestigeträchtigen Namens Arbeit zu investieren. Wenn ich im Freundeskreis (Ü 60 ff.) herumfrage, so nutzen zwar alle dieses elektronische Lexikon, die meisten spenden auch dafür. Einige meckern und kommen nicht auf die Idee, auf den Button „Diskussion“ zu klicken, wenn ihnen etwas nicht passt. Oft wissen sie auch nicht, dass man sich damit einmischen kann.

Wer neu einsteigen will, wird begrüßt und auf die Möglichkeit hingewiesen, dass sie und er einen Mentor/eine Mentorin um Rat fragen können. Es gibt Sprechstunden und Infotage, Einführungskurse on- und auch offline. Außerdem gibt es diesen Wikipedia-Terminkalender, auf dem Begegnungen sowohl in der virtuellen als auch in der realen Welt gelistet sind. Dazu gehören Stammtische, Schreibwerkstätten oder Führungen durch irgendwelche interessanten Orte wie Bibliotheken oder Museen. Solch physische Treffen gibt es an erstaunlich vielen Orten, man kann fragen, schaut, vernetzt sich und lässt sich helfen. In einigen Städten hat die community eigene Räume, auch Geräte, und wer in dem weltweiten Wiki erst einmal zu Hause ist, findet ein Handbuch⁵, wie man so etwas initiieren kann und die – durch Spenden finanzierte⁶ – Wikipedia-Stiftung das fördert. Wenn ich Bekannten erzähle, dass viele dieser Aktivitäten nicht nur auf dem Bildschirm stattfinden, sondern sich Menschen physisch treffen, einander beraten und auch lachen, schauen sie mich an, als hätte ich von einer Reise im Luftballon berichtet.

Hier ein Ausschnitt aus meiner nicht repräsentativen Umfrage, in dem G. von seinem Zugang samt Schwierigkeiten berichtet:

Ich möchte zwei Personen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, zu denen es bisher bei wikipedia keinen

3 https://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Statistik#Statistiken_f%C3%BCr_die_deutschsprachige_Wikipedia

4 <https://www.deutschlandfunkkultur.de/schwarmintelligenz-100.html>; https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Weisheit_der_Vielen

5 https://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:F%C3%B6rderung/Lokale_Community-R%C3%A4ume/Handbuch

6 In der Kopfleiste von Wikipedia-Seiten werden die User zu dringend benötigten Spenden aufgefordert.

bzw. nur einen sehr unvollkommenen Artikel gibt, mit eigenen Artikeln zur Geltung bringen.

Ich bin 77 und nur bedingt computer-affin. Von daher fällt es mir besonders schwer, mich im komplexen Wikipedia-System zurechtzufinden. Aber ich bin begeistert, wie sehr ich von Insidern unterstützt werde. Insofern weiß ich (noch) nicht, ob ich über die beiden Artikel hinaus dabeibleibe...

[und] werde ich auf alle Fälle intensiver Nutzer bleiben. Ich bin erst im Juli dieses Jahres zu WikiBär⁷ gekommen und habe mich bisher nur mit „meinen“ zwei Artikeln beschäftigt. Wenn ich 20 Jahre jünger wäre, würde ich bestimmt weitermachen.

Dass weniger Frauen mitspielen, ist bekannt, weniger bekannt ist das bereits zehn Jahre alte WomanEdit oder Femnetz⁸, wo sich Frauen organisieren und man versiertere Kolleginnen fragen kann. Feministisch ambitionierte Frauen (oder auch Männer) werden schnell auf eines der Projekte stoßen, die sich um stärkere Beteiligung von Frauen und eine stärkere Sichtbarkeit von Frauen kümmern.⁹ B. hat mir erzählt, dass sie sich schon vor Ende ihrer Berufstätigkeit nach einer ehrenamtlichen, möglichst sinnvollen Tätigkeit umgesehen hatte, als sie auf einen Info-Abend von Wikipedia stieß. Dort wurde sie von einer Frau aus dem FemNetz angesprochen und macht seither mit.

Mich hat eine Bekannte angeworben, da war ich schon ein paar Jahre eine muntere Rentnerin und bin ihr durch Interesse an der neuen Technologie aufgefallen. Manchmal, wenn ich Jüngere oder Geübtere um Hilfe bitte, verstehen sie meine Fragen nicht, weil für sie das Klicken so selbstverständlich ist wie für mich ein Blättern im Zettelkasten ... war, denn den gibt es auch in meiner alten Bibliothek nicht mehr. Inzwischen ist es mir zur Gewohnheit geworden, dass ich, wenn ich in einem Buch oder Zeitungsartikel auf ein Thema oder eine Person stoße, die mich interessieren, nachschaue, ob und ggf. wie das im Lexikon vertreten ist. Fehlendes kommt auf die Liste der guten Vorsätze, und die Liste ist leider schon lang. Wenn ich einen Tippfehler finde, bessere ich den aus, manchmal füge ich einen Literaturhinweis ein, sehe eine Leerzeile, die nicht dahin gehört, ändere ungeschickte Formulierungen, neulich hat mich eine tendenziöse Ausdrucksweise dazu verleitet einzugreifen. Ein anderes Mal hatte ein ergänzender Literaturhinweis zur Folge, dass Wochen später ein Kommentar in meinem Postfach lag, und ich gefragt

wurde, ob und warum dieser Eintrag wirklich wichtig sei. Auch ich kämpfe oft mit der Technik, mit Formatvorlagen oder den Relevanzkriterien. Für derlei gibt es Tutorials und Hilfeseiten, FAQs und Anleitungen, die oft Geduld und guten Willen erfordern. Ich weiß zwar, dass es für alles Hilfestellungen gibt, aber die sind oft langatmig oder nicht immer besonders präzise. Auch alte Hasen haben mir geflüstert, dass es manchmal schwer ist, sich gut auszukennen. Falls die Statistik recht hat, beteiligen sich inzwischen weniger Leute als noch vor zehn Jahren.

Bei einem Treffen habe ich erfahren, dass Wikipedia-Aktivität süchtig machen kann: Aficionados schalten dann als eine Art Morgengymnastik früh den Rechner ein, schauen auf ihre Beobachtungsliste, überprüfen zwischenzeitlich erfolgte Bearbeitungen oder bessern Fehler aus. Man darf Fehler machen, denn alles ist transparent, und transparent heißt auch, dass alle Änderungen dauerhaft sichtbar und damit nachvollziehbar bleiben. Wikipedia lässt sich nicht kaputt machen, weder durch versehentliche noch durch böswillige Löschungen.

Höhepunkt für fanatische Wikipedianer und -innen sind die jährlichen Veranstaltungen. Dazu gehört die globale Wikimania, die in verschiedenen Ländern, zuletzt in Singapur und Polen oder demnächst Afrika, stattfindet, und die WikiCon, die abwechselnd in den DACH-Ländern, d. h. Deutschland, Österreich oder der Schweiz abgehalten werden, mit Vorträgen, Seminaren, Diskussionen und Rahmenprogramm. Hier wird Zukunft, werden Neuerungen oder technische Probleme besprochen, quasi natürlich entstehen dabei alle möglichen Ideen für Kooperationen und Verbesserungen, auch Freundschaften.

Es ist ein buntes Völkchen aus Autoren, Fotografinnen, Studierenden, Profis und Laien, Physikern und Chemikerinnen, Lehrern und Technikerinnen oder Verwaltungsangestellten, die ehrenamtlich Zeit und Nerven investieren. Dazu kommen Mentorinnen, Betreuer für die Technik und von der Community gewählte Administratoren, die sich einschalten, wenn mal wieder ein Vandal oder Obermacho herumgepfuscht hat. Angaben, die nicht belegt sind, dumme, überflüssige oder fragwürdige Beiträge können Löschanträge, Gegenanträge und heftige Diskussionen auslösen, und nicht immer geht es dann gemütlich zu. Zudem sind die deutschen Wikipedianer besonders streng, sodass es nicht erlaubt ist, einen englischen, französischen oder vielleicht auch persischen Artikel einfach per Automat übersetzen zu lassen. Man muss schon recherchieren und nach deutschsprachigen Quellen suchen. Der Umgangston ist manchmal herb und vielleicht würden mehr Leute mitmachen, wenn die Besserwisser etwas freundlicher wären.

⁷ Wikimedia-Räume in Berlin

⁸ wikipedia.de/info/femnetz

⁹ <https://zeitgeschichte-online.de/interview/frauen-der-wikipedia-sichtbarer-machen>;
https://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:WikiProjekt_Frauen/Frauen_in_Rot

Leider steht ja viel Quatsch im Netz, gelegentlich eben auch als Wikipedia-Eintrag, im Glücksfall fällt das den aufmerksamen Wächtern über die Relevanzkriterien oder Ethik schnell zum Opfer. Vor einem Überschuss an modischen Themen ist Wikipedia nicht gefeit. Neutralität ist wichtig und Eigenwerbung prinzipiell verboten. Diesen Beitrag schreibend bin ich allerdings auf mehrere Werbeagenturen gestoßen, die als Wikipedia-Experten auftreten, sie versprechen, „diskret“ Artikel für Kunden anzufertigen oder bieten „komplette Marketing-Lösungen“ an. Das widerspricht dem *spirit* und dem Neutralitätsgebot

10 https://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:WikiProjekt_Umgang_mit_bezahltem_Schreiben/Anbieter

des Projekts. Getreue Wikipedianer haben dafür bereits eine Seite angelegt¹⁰, auf der findet man jene Web-Agenturen, die mit „Bearbeitung von Wikipediaartikeln im Kundenauftrag“ werben. Deren Einträge werden bei Bedarf gelöscht oder kommentiert. Aber lassen wir derlei Umnutzung, die nach den Gesetzen des freien Markts mit jeder guten Idee passiert. Wikipedia ist immer noch ein weiter Kosmos, letzter Rest einer Utopie, die mit dem Internet geboren wurde: transparent, nachvollziehbar, open source und erstaunlich kommunikativ.

Dr. Hazel Rosenstrauch,
Kulturwissenschaftlerin, Freie Journalistin
und Schriftstellerin

SUSANNE SCHROEDER

Kann mit zivilgesellschaftlichem Engagement Einsamkeit überwunden werden?

Bertrand Russel wird die folgende Erkenntnis zugeschrieben: *„Je unpersönlicher die Interessen sind und je weiter sie sich über das eigene Leben hinaus erstrecken, desto weniger wichtig wird die Idee, dass das Leben bald enden könnte“*. In diesem Satz klingen wichtige Elemente des zivilgesellschaftlichen Engagements an – ein Tätigwerden über die eigenen persönlichen Bereiche hinaus, ein Verändern des Blickwinkels, ein Überwinden eingeschriebener Ängste und Gefühle wie der Einsamkeit. Ist es so, dass uneigennütziges Tun uns vor Einsamkeit bewahren oder uns von ihr befreien kann?

Der folgende Artikel blickt zunächst darauf, wie das Ehrenamt bzw. das bürgerschaftliche oder zivilgesellschaftliche Engagement definiert ist und wer sich darin engagiert. Er fragt nach den unterschiedlichen Triebfedern für einen solchen Einsatz und beschreibt mögliche Erklärungen für ein Ehrenamt: ökonomische, normativ orientierte und pragmatistische Motive. Letztere sind eher handlungsgeleitet und stellen gemeinsame emotionale Erfahrungen in den Mittelpunkt. Hier kann die Frage gestellt werden, ob dieses gemeinsame Tun dazu beitragen kann, das Gefühl der Einsamkeit zu überwinden. Um das beantworten zu können, muss der Begriff der Einsamkeit eingekreist werden und eine kurze Sichtung der aktuellen Erhebungen zur Entwicklung von Einsamkeit in den europäischen Staaten vorgenommen werden. Die gemeinsame Betrachtung von Motivlagen und Statistiken erlaubt dann ein überraschendes Fazit.

Was ist das: Ehrenamt

Im September 2024 lud Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zum Bürgerfest in den Park von Schloss Bellevue in Berlin ein. Das Fest stand im Zeichen des freiwilligen Engagements für eine lebendige Zivilgesellschaft und der Bundespräsident würdigte rund 4.000 Bürgerinnen und Bürger, die sich in herausragender Weise ehrenamtlich für andere in Deutschland einsetzen. Die Pressemitteilung sprach sowohl von „Ehrenamt“ als auch von „Engagement“ und bildet damit eine Debatte ab, die sich nicht nur auf der semantischen Ebene abspielt. Während der Begriff des Ehrenamts historisch oft mit formellen und institutionellen Strukturen (wie unbezahlten, verpflichtenden Referendariaten) verbunden wurde, in denen man sich langfristig und verbindlich verpflichtete, lassen Begriffe wie „bürgerschaftliches Engagement“ oder „freiwilliges Engagement“ eher an projektbezogene und flexible Engagements denken, die sich besser an persönliche Lebensumstände anpassen lassen. Eine einheitliche Definition lässt sich nicht finden, aber zentrale Begriffe sind Freiwilligkeit, Gemeinwohlbezogenheit, Öffentlichkeit, Zusammenarbeit und der Verzicht auf materiellen Gewinn.

Wer engagiert sich?

Beteiligungszahlen lassen sich schwer ermitteln, denn abhängig von der Definition des Ehrenamts und der Befragungsmethode schwanken die Zahlen stark. Deutlich



Internet-Kurs für Senioren von Senioren

erkennbar sind aber geschlechtsspezifische Unterschiede: Es sind mehr Männer als Frauen freiwillig tätig, was durchaus mit der familiären Arbeitsteilung und dem höheren Anteil an Care-Tätigkeit von Frauen zusammenhängt. Der typische Ehrenamtliche ist mittleren Alters, berufstätig, hat ein gehobenes Bildungsniveau und ein überdurchschnittliches Gehalt. Hemmfaktoren für ein Engagement sind berufliche Zwänge zu räumlicher Mobilität und zeitlicher Flexibilität. Menschen im Ruhestand und Arbeitslose als vermeintliche Zielgruppe treten nicht in Erscheinung. (Holstein 2017: 37)

Was sind die Triebfedern für gesellschaftliches Engagement?

Bei Befragungen haben sich drei verschiedene motivationale Grundmuster herauskristallisiert: Eine Gemeinwohlorientierung, die sich in dem Wunsch äußert, helfen zu wollen und etwas für die Gemeinschaft tun zu wollen; eine Interessenorientierung, die dazu dient, eigene Kenntnisse zu erweitern, (berechtigte) eigene Interessen zu vertreten und eigene Probleme lösen zu können und eine Geselligkeitsorientierung, die dazu führen soll, sympathische Leute kennenzulernen, Spaß zu haben, Anerkennung zu bekommen. (Holstein 2017: 38)

Dies hat auch das Bundesministerium des Innern und für Heimat aufgegriffen, wenn es auf seiner Website die Bedeutung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement so bewirbt:

„Gutes tun mit Spaß – Ehrenamtliches Engagement macht Freude und kann sinnstiftend sein, denn kaum etwas ist erfüllender, als das Leben Anderer leichter und besser zu machen, etwas Gutes zu tun. Oder gemeinsam etwas zu bewegen, was einem wichtig ist. Oft entwickelt man dabei auch ganz neue Fähigkeiten und Stärken.“ (BMI 2024)

Was verbirgt sich hinter diesen Motiven?

Auf der Suche nach den tieferen Beweggründen für ein solches Engagement stößt man auf historisch-ethische Wurzeln unterschiedlicher Art. (Holstein 2017: 38-41)

So wird in Hinblick auf das Engagement häufig von altruistischen Werten ausgegangen, die verschieden begründet sein können. Im mitteleuropäischen Kulturkreis stellt sicher die jüdisch-christliche Tradition die älteste Quelle zur Verfügung, aus der Menschen die Kraft und Ausdauer für die Umsetzung ihrer Vorstellung von Nächstenliebe schöpfen.

In Abgrenzung dazu hat sich mit Aufkommen der Moderne eine eher rationalistische und utilitaristische Vorstellung vom guten Leben entwickelt, die wiederum dem ökonomischen Denken verhaftet ist, wenn sie einen Mehrwert in der Steigerung des individuellen Glücks zum Wohle der Allgemeinheit sieht. So kann sozialverantwortliches Handeln wie die Armenfürsorge Befriedigung für das eigene Leben und gleichzeitig Unterstützung der Gesellschaft bringen.

Handlungstreibend können aber auch die Selbstverwirklichungswünsche des modernen Individuums sein, die auf einer eher romantisch-expressiven Ebene das bürgerschaftliche Engagement als schöpferische Form alternativen Lebens betrachten.

Ehrenamt kann aber auch als eine Form von Konsum angesehen werden, da es ja Spaß machen soll oder einen Nutzen verspricht und insofern als eine Investition in das eigene Humankapital gewertet werden kann.

Selbstverständlich mischen sich diese unterschiedlichen Motivquellen. Sie haben allerdings alle den Nachteil, nicht auf die konkreten, gemeinschaftsverändernden Erfahrungen, die sich aus dem Handeln ergeben, zu blicken. Eine pragmatistische Theorie, die konsequent vom Handeln der Akteure ausgeht und dabei vor allem die Aspekte der Körperlichkeit und des sozialen Miteinanders berücksichtigt, geht hier andere Wege. Sie sieht im Menschen primär ein aktiv agierendes Wesen, dessen Ziele und Motive sich im Handeln durch die dabei gemachten Erfahrungen weiterentwickeln. Ehrenamtliches Engagement ist dann keine abstrakte Tätigkeit, die sich wie ein Gedankenexperiment allein im Kopf der Akteure abspielt, sondern ein reales Geschehen in konkreten, verkörperten Handlungen. Emotionen wie Trauer, Empörung oder Ekel ver-

mitteln dabei Handlungsmotivationen (Holstein 2017: 40). Dies spiegelt sich dann auf noch einmal andere Weise in der Aussage der Ehrenamtlichen, dass ihnen ihre Aufgabe „Spaß macht“. Sie erfahren Anerkennung oder auch Kritik, bilden ihre Werte und Vorstellungen von einem guten Leben in Auseinandersetzung mit den Erfahrungen, die sie während ihrer Arbeit machen.

So betrachtet ermöglicht ehrenamtliches Engagement, sich handelnd der eigenen Vorstellungen eines guten Lebens zu vergewissern und dies öffentlich auszudrücken.

Kann nun der gemeinsame Einsatz für ein gutes Leben dabei helfen, Einsamkeit vorzubeugen oder sie zu überwinden?

Schon lange vor Corona erfuhr die bundesdeutsche Öffentlichkeit, dass in Großbritannien ein Ministerium für Einsamkeit ins Leben gerufen wurde. Seit 2018 koordiniert es die Versuche der Regierung, Menschen aus der Isolation und der Anonymität zu holen. Andere Länder reagierten schnell: In Japan wurden mit der Ernennung eines Ministers für Einsamkeit im Jahr 2021 auch Programme zur Förderung sozialer Interaktionen und zur Unterstützung von Menschen in Notlagen gestartet. Australien entwickelte zahlreiche lokale und nationale Programme, die darauf abzielen, soziale Verbindungen zu stärken, u. a. Gemeinschaftsprojekte und Kampagnen zur Sensibilisierung für das Thema Einsamkeit. In Kanada arbeiten verschiedene Initiativen, wie z. B. die „Campaign to End Loneliness“ daran, das Bewusstsein für Einsamkeit zu schärfen und Unterstützung anzubieten. Und auch die Bundesregierung hat eine umfassende Strategie gegen Einsamkeit entwickelt, die zahlreiche Maßnahmen zur Prävention und Linderung von Einsamkeit umfasst. Dazu gehören das *Kompetenznetz Einsamkeit* und verschiedene lokale Projekte. Neben staatlichen Großprojekten, die zunächst damit beschäftigt sind, administrative Strukturen aufzubauen, gibt es in vielen Ländern phantasiereiche Spontanprojekte wie die niederländischen *Klets-Kassa* (Plauder- oder Ratschkassen), an denen Kundinnen und Kunden die Möglichkeit für eine Plauderei haben. In Galizien will das Projekt *Familie Alberta* die Einsamkeit bekämpfen. In den Räumlichkeiten eines alten Franziskaner-Klosters treffen sich dort alleinstehende Menschen, um gemeinsam zu essen und Zeit verbringen. Der leitende Franziskanermönch Lista formuliert seine Erkenntnis so: „Eine Einsamkeit plus eine Einsamkeit ergibt Gesellschaft – die Lösung für das Problem liegt in der Person, die es erleiden muss, selbst.“ (Watson 2024). Aber stimmt diese Rechnung? Und ist die Lösung des Problems so logisch?

Was ist Einsamkeit?

Die 2021 vom Deutschen Bundestag veröffentlichten „Studien zur Verbreitung von Einsamkeit in Deutschland und Europa“ arbeiten mit einer aufschlussreichen Definition, die auf wesentliche Probleme bei der Eingrenzung, Interpretation und Bewertung des Phänomens aufmerksam macht:

„Einsamkeit ist ein subjektiv wahrgenommenes Gefühl bzw. eine subjektive Erfahrung. Aus diesem Grund gibt es verschiedene Definitionen und Erklärungsansätze, um den Begriff Einsamkeit zu beschreiben. Häufig wird Einsamkeit als wahrgenommene Diskrepanz zwischen gewünschten und tatsächlichen sozialen Beziehungen, aber auch als wahrgenommener Kontrollverlust über die Menge und insbesondere auch die Qualität der eigenen sozialen Aktivitäten bezeichnet. Das Vorliegen von Einsamkeit ist somit nicht ausschließlich abhängig von der absoluten Anzahl der sozialen Kontakte sowie der jeweiligen Lebenssituation. Vielmehr haben insbesondere individuelle Persönlichkeitsmerkmale sowie die persönliche Beurteilung bestimmter Lebensumstände wesentlichen Einfluss darauf, ob und inwieweit die jeweilige Person bei geringen sozialen Kontakten Einsamkeit empfindet. Einsamkeit ist insofern von objektiver sozialer Isolation zu unterscheiden und kann im Gegensatz zu dieser nur sehr eingeschränkt anhand bestimmter objektiv feststellbarer Parameter von außen bestimmt werden.“ (WD-Bundestag 2021)

Dies macht deutlich, dass sich aufgrund des subjektiven Erlebnishorizonts sowohl das Phänomen der Einsamkeit als auch das Betroffensein davon nur schwer fassen und bewerten lassen.

Eine Einordnungshilfe bietet die mögliche Unterscheidung zwischen flüchtiger Einsamkeit, die uns jederzeit vorübergehend überfallen kann; situationsbedingter Einsamkeit, die durch Veränderungen im Leben verursacht wird und chronischer Einsamkeit, in der eine Person aufgrund einer unzureichenden Bindung an Andere permanenten Schmerz verspürt. Bei diesem Personenkreis kann das soziale Umfeld wenig Einfluss auf die Einsamkeit nehmen. (Svendsen 2022: 238f.) Sie scheint ihren Ursprung in der Person selbst zu haben, so dass man vielleicht auch zwischen einer endogenen, im Subjekt selbst gelagerten Einsamkeit im Unterschied zu einer exogenen, äußeren Umständen geschuldeten Einsamkeit unterscheiden kann. Untersuchungen zeigen, dass eine Reihe von Charakterzügen stark mit Einsamkeit korrelieren und dass diese Charakterzüge eine Bindung an andere Menschen erschweren. So neigen chronisch Einsame dazu,

zwischenmenschliche Phänomene negativer zu bewerten als Nicht-Einsame. Sie erleben ihre sozialen Umgebungen in höherem Grad als bedrohlich, reden öfter über sich selbst und stellen weniger Fragen, betrachten sich eher als Opfer, stellen in der sozialen Interaktion höhere Anforderungen und haben oftmals unrealistische, nicht erfüllbare Erwartungen. (Svendsen 2022: 97ff.)

Wie ist es um die Einsamkeit in den europäischen Ländern bestellt?

Untersuchungen zur Entwicklung von Einsamkeit existieren seit den 70er Jahren. Sie alle haben, wie oben erwähnt, mit dem Problem zu kämpfen, ein subjektives Phänomen objektiv fassen zu wollen. Die Untersuchungen sind nicht in gleicher Weise ausgeformt und ihre Zahlen lassen sich schwer miteinander vergleichen. Kleine Varianzen in den Erhebungsfragen können erhebliche Auswirkungen auf die Erfassungsergebnisse haben. Messdaten können eigentlich nur etwas über Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern, Altersgruppen oder Geschlechtern sagen.

So zeigen die Studien des Bundestags zur Verbreitung von Einsamkeit in Europa zwischen den einzelnen Staaten zum Teil deutliche Unterschiede. Während in Ungarn, der Tschechischen Republik, Italien, Polen, Frankreich und Griechenland circa 10 % der Bevölkerungen angaben, regelmäßig einsam zu sein, lag der Wert in anderen Ländern zum Teil deutlich niedriger. Die niedrigsten Werte wurden für die Niederlande und Dänemark ermittelt, wo lediglich circa 3 % der Bevölkerung regelmäßig einsam waren. In Finnland lag dieser Wert bei 4, in Deutschland, Irland und Schweden bei 5 %. (WD-Bundestag 2021: 15) Diese Zahlen erstaunen, weil man in Ländern mit einer noch stärker vorhandenen Familienprägung eher niedrige Werte vermutet hätte. Vergleichende Studien kommen hier aber übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die Einsamkeitsprävalenz in kollektivistischen Gesellschaften generell höher ist als in individualistischen. Dies wird bestätigt durch Studien, die keine größere Zufriedenheit durch Familienbeziehungen in kollektivistischen als in individualistischen Gesellschaften nachweisen. (Svendsen 2022: 173).

Die Studien zur Einsamkeit in Deutschland, insbesondere das Einsamkeitsbarometer 2024, zeigen, dass es während der COVID-19-Pandemie einen deutlichen Anstieg der Einsamkeitsgefühle gab, der sich dann aber in Hinblick auf die ältere Bevölkerung wieder abschwächte. (WD Bundestag 2021: 12). In Hinblick auf die Jugend veröffentlichte das Deutsche Jugendinstitut (DJI) im Jahr 2020 eine Studie zur Situation von Kindern während der Corona-

Pandemie, bei der das von den Eltern wahrgenommene Einsamkeitsempfinden ihrer Kinder erfragt wurde. Nach Angabe der Eltern fühlten sich jeweils 27 % der Kinder einsam bzw. teilweise einsam. 33 % der Kinder fühlten sich nach Angabe ihrer Eltern eher nicht, 14 % nicht einsam. (WD Bundestag 2021: 13). Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen waren Einsamkeitsanstiege zu verzeichnen, die sich nach Corona aber wieder abschwächten.

In Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse haben Studien gezeigt, dass Frauen tendenziell häufiger über Einsamkeit berichten als Männer. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass Frauen oft offener über ihre Gefühle sprechen und soziale Bindungen anders wahrnehmen und pflegen als Männer.

Insgesamt betrachtet kommt die Einsamkeitsstudie der Bundesregierung zu dem Ergebnis, dass vor allem ältere Menschen, Menschen mit geringer formaler Bildung und Personen ohne Partnerschaft besonders von Einsamkeit betroffen sind.

Kann soziales Engagement das Aufkommen von Einsamkeit verhindern? Kann es als Instrument gegen Einsamkeit eingesetzt werden? Lässt sich Einsamkeit so verhindern? Und muss man Einsamkeit verhindern?

Ein augenfälliges Problem zeigt sich gleich beim Vergleich der Protagonisten. Ehrenamtlich Tätige sind beschrieben als gesellschaftlich hoch inkludierte Personen, beruflich erfolgreich, auf gehobenem Bildungsniveau, überdurchschnittlich bezahlt, intrinsisch motiviert... Die Beschreibung chronisch einsamer Personen – die soziale Umgebung als bedrohlich wertend, sich als Opfer betrachtend, nicht erfüllbare Erwartungen an das Gegenüber stellend – scheint hier keine Begegnungsmöglichkeiten zu eröffnen. Zu weit klaffen der Blick auf die Welt und die Möglichkeiten des Eingreifens auseinander.

Größer scheinen die Chancen, situationsbedingte Einsamkeit, verursacht durch Veränderungen im Leben wie Umzug, Verlust der Bezugsperson oder eben Corona, durch eine ehrenamtliche Tätigkeit zu überwinden. Ermunterung zu gemeinsamen Unternehmungen und Unterstützung bei der Wiederkontaktaufnahme können hilfreiche Momente zur schnelleren Überwindung einer vorübergehenden Einsamkeitserfahrung sein.

Bleibt die Frage, ob Einsamkeit per se als möglichst schnell abzuwendender Zustand bewertet werden muss oder ob diesem Status auch etwas Positives abgewonnen werden kann. Kant unterscheidet in der Kritik der Urteilskraft zwischen guter und schlechter Einsamkeit. Misanthropie

oder Menschenscheu aus Furcht oder einer grundsätzlich feindlichen Einstellung der Umwelt gegenüber weist er als hässlich zurück. Dem Zustand, sich selbst genug zu sein und der Gesellschaft anderer nicht zu bedürfen kann er aber durchaus erhabene Züge abgewinnen.

Überhaupt trifft man in der Philosophie häufiger auf Positionen, die der Einsamkeit als einem Ort der Reflexion etwas abgewinnen können. (Svendsen 2022: Kap.7). Descartes sucht sie, um sich dem konzentrierten Denken widmen zu können, Aristoteles lobt sie, weil der Weise in ihr sein Werk und Wirken (im Gegensatz zu allen anderen, gemeinsam auszuübenden Tugenden) selbständig erfüllen kann. Montaigne zufolge ist es das Ziel des Alleinseins, für sich und seiner eigenen „Gemächlichkeit“ folgend leben zu können. Nietzsche schließlich legt den Finger in die Wunde, wenn er bemängelt, dass niemand lernt und niemand lehrt, die Einsamkeit zu ertragen. Denn die Fähigkeit, Einsamkeit zu ertragen, könne und müsse gelernt werden. (Svendsen 2022: 210).

Wie – das beschreibt Thomas Macho als „Einsamkeitstechnik“, die es trainiert, „mit sich selbst zu sein“. Während man in der schlechten Einsamkeit mit sich selbst allein ist, kann man in der guten Einsamkeit durch eine Strategie der Verdoppelung des Selbst mit sich selbst in Dialog treten. *„Wer nicht einfach bloß von allen Menschen verlassen wird (was gewöhnlich zum Tod führt), sondern seine ‚Verlassenheit‘ überlebt, bewältigt und gestaltet, inszeniert irgendeine Art von Beziehung zu sich selbst. Indem er seine Einsamkeit perzipiert, ohne verrückt zu werden, spaltet er sich zumindest in zwei Gestalten auf: als ein Wesen, das mit sich allein, – und daher eigentlich ‚zu zweit‘ – ist.“* (Macho 2000: 27-44). Platon, Seneca, Marc Aurel, Augustinus, Petrarca, Montaigne, Thoreau, Nietzsche – sie alle trainierten sich in der Selbstwahrnehmung ihres Verhältnisses zu und der Erprobung des Unabhängigseins von der Welt, übten sich lesend, schreibend, meditierend in dem, was Odo Marquard als „Einsamkeitsfähigkeit“ bezeichnet und zur Voraussetzung des mündigen Denkens macht. Denn *„–es gibt – unbezweifelbarer Weise – für alle Menschen die unvermeidliche Einsamkeit. Es gibt sie, weil wir sterben. Wenn wir abtreten, lassen wir*

unsere Mitwelt allein, die dabei ihrerseits uns allein lassen muss. Wir sterben als alleingelassene Alleinlasser. Und weil wir – durch Geburt zum Tode verurteilt und dies wissend – unser Leben lang ‚zum Tode‘ sind, durchzieht diese elementare Einsamkeit lebenslang unser Leben.“ (Marquard 2023: 59ff.). Einsamkeitsfähig sein bedeutet, sich diesem Faktum gestellt zu haben und daraus Konsequenzen für das eigene Leben zu ziehen: Vielleicht dem chronischen Bedürfnis nach Kommunikation und Zerstreuung zu entgehen. Vielleicht einen souveränen Umgang mit dem Ich und seinen Schmerzen, seinen Frustrationen und Blamagen zu finden. Das täte gut. Deshalb kann Einsamkeit hilfreich sein.

Lars Svendsen beendet seine Überlegungen zu einer „Philosophie der Einsamkeit“ mit der Feststellung, dass Einsamkeit verringert werden kann, wenn man die Fähigkeit besitzt, in sich selbst zu ruhen, gleichzeitig aber die Nähe zu anderen sucht und sich ihnen öffnet. (Svendsen 2022: 233). Dies ist sicher der Moment, in dem Einsamkeit und Gemeinschaft – auch im Ehrenamt – Umgang miteinander finden. Trotzdem wird die Einsamkeit jeden von uns ab und an treffen. Denn sie gehört zu uns.

Zitierte Literatur

Holstein, Bettina (2017): Das Ehrenamt. Empirie und Theorie des bürgerschaftlichen Engagements. Aus Politik und Zeitgeschichte.14-15/2017.

Macho, Thomas (2000): Mit sich allein. Einsamkeit als Kulturtechnik. In: Assmann, Aleida und Jan (Hrsg): Einsamkeit. Archäologie der literarischen Kommunikation. München: Fink Verlag.

Marquard, Odo (2023): Plädoyer für die Einsamkeitsfähigkeit. In: Marquard, Odo: Zeitalter der Weltfremdheit? Ditzingen: Reclam.

Svendsen, Lars (2022): Philosophie der Einsamkeit. Wiesbaden: S. Marix Verlag.

BMI – Bedeutung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement – Die Bedeutung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement (bund.de) Zugriff 23.9.2024

<https://politik.watson.de/politik/die-andere-perspektive/113516188-einsamkeit-als-problem-mit-welchen-strategien-andere-laender-dagegen-vorgehen> Zugriff am 24.9.2024

WD-9-010-21-pdf.pdf (bundestag.de) Zugriff 26.9.2024

Susanne Schroeder,
Kulturwissenschaftlerin, Berlin

MATTHIAS PHILIPPER

Zeit für Spracherwerb

Engagement für die Integration neu Zugewanderter

Sprachkenntnisse sind für Neuzugewanderte ein wesentlicher Schlüssel zur erfolgreichen Integration in die Gesellschaft ihres neuen Heimatlandes. Sie eröffnen nicht nur die Möglichkeit zur sozialen und kulturellen Teilhabe, sondern sind auch essenziell für den Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt und Gesundheitsversorgung. Ohne ausreichende Sprachkenntnisse ist es für Neuzugewanderte häufig schwieriger, sich in ihrem neuen Umfeld zurechtzufinden, Kontakte zu knüpfen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dabei geht es nicht nur um das Aneignen grundlegender Sprachfähigkeiten, sondern auch um das Verstehen von kulturellen und gesellschaftlichen Kontexten, die ebenfalls Inhalte der Integrationskurse sind.

In Deutschland wird die Bedeutung der Sprachvermittlung auf politischer und gesellschaftlicher Ebene anerkannt, und diverse staatlich finanzierte Integrationskurse angeboten. Diese zielen darauf ab, die Sprachkompetenzen der Neuzugewanderten systematisch aufzubauen und ihnen wichtige kulturelle und soziale Kenntnisse zu vermitteln. Die Nachfrage nach diesen Kursen ist jedoch oft größer als das Angebot, was zu langen Wartezeiten führen kann. So stieg etwa im ersten Halbjahr 2023 im Zuge einer erhöhten Zuwanderung Geflüchteter aus der Ukraine die durchschnittliche Zugangszeit für die Teilnahme an einem Sprach- und Integrationskurs auf 21,4 Wochen an (Bundesrechnungshof 2023). Für viele Neuzugewanderte entstehen so monatelange Wartephasen, was ihre Integration verzögert und die Teilhabe am öffentlichen Leben einschränkt.

Die hier skizzierte Problematik wird zunehmend von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Initiativen aufgegriffen, die sich bemühen, Wartezeiten zu überbrücken und alternative, niedrigschwellige Angebote zur Sprachvermittlung bereitzustellen. Beispiele solcher Initiativen sind etwa Sprachcafés oder Buddy-Programme, die Zuwanderer und Zuwanderinnen mit Muttersprachlern und Muttersprachlerinnen vernetzen. Diese Angebote ergänzen die organisierten Sprachkurse und sind Ausdruck des gesellschaftlichen Engagements für die Unterstützung von Zuwandernden in ihrer Anfangsphase.

Zeitbalancen in der Sprachvermittlung

Die an diesem Prozess der Sprachvermittlung beteiligten Akteure und Akteurinnen – Neuzugewanderte, freiwillig Engagierte und staatliche Institutionen – befinden sich

gleichermaßen in einem temporalen Spannungsfeld. Für Neuzugewanderte bedeutet das Warten auf Sprachkurse oft Monate der Ungewissheit und Isolation, in denen die Integration ins Stocken gerät. Diese Zeit wird zu einer Phase des Stillstands, die den Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt hinauszögert. Freiwillige, die spontan einspringen, um diese Lücken zu füllen, befinden sich in einem zeitlichen Balanceakt: Sie investieren ihre Freizeit in die Sprachvermittlung und setzen sich der ständigen Herausforderung aus, ihre Ressourcen nachhaltig einzusetzen und dabei der Nachfrage gerecht zu werden. Auf der anderen Seite stehen staatliche Institutionen, die sich bemühen, bedarfsgerechte Integrationskurse bereitzustellen, aber aufgrund von begrenzten hauptamtlichen Ressourcen und bürokratischen Hürden oft hinter der Nachfrage zurückbleiben. Die Synchronisation von Angebot und Nachfrage gestaltet sich angesichts dieser Gemengelage als schwierig. So entsteht ein Mismatch, in dem sich die Erwartungen und zeitlichen Bedürfnisse aller Beteiligten nicht immer decken.

Vor diesem Hintergrund scheint es sinnvoll zu sein, die temporale Situation der beteiligten Akteure und Akteurinnen genauer zu betrachten und ihre Schnittstellen in den Blick zu nehmen. Insbesondere die freiwilligen Sprachlehrer und Sprachlehrerinnen sind in einer besonderen zeitlichen Lage, da sie aufgrund ihrer häufig größeren Flexibilität als eine Art temporaler Puffer agieren können.

Prekäre Zeitbedingungen Neuzugewanderter

Die staatlich angebotenen Sprach- und Integrationskurse für Neuzugewanderte sind fest durchstrukturiert, sowohl in Inhalt als auch in der Anzahl der Unterrichtseinheiten. Die standardisierte Gestaltung ist zwar darauf ausgelegt, Lernfortschritte vergleichbar und das Kursangebot effizienter zu gestalten, berücksichtigt allerdings kaum die unterschiedlichen Lebens- und Zeitsituationen der Lernenden. Ein Kurs mit 600 Unterrichtseinheiten, der auf das Sprachniveau B1 abzielt, setzt eine regelmäßige Teilnahme und kontinuierliches Lernen voraus. Doch für viele Neuzugewanderte ist dies eine schwierige Vorgabe, da ihre zeitlichen Kapazitäten oft stark eingeschränkt und von äußeren Faktoren beeinflusst sind. Ob durch Arbeitszeiten, familiäre Verpflichtungen oder gesundheitliche Herausforderungen – nicht jeder Lernende hat die Möglichkeit, die vorgesehene „Lernzeit“ in dem Maße in Anspruch zu nehmen, wie es die Kurse erfordern.

Die Frage, wie Lernzeit wahrgenommen und genutzt wird, ist für Neuzugewanderte von zentraler Bedeutung – und sie ist nicht für alle gleich beantwortbar. Wie Schwarz, Hassinger und Schmidt-Lauff (2020) zeigen, sind Lernzeiten stets subjektiv und werden von individuellen Umständen geprägt. Wie Lernende die Lernangebote annehmen und welche Fortschritte sie machen, ist von ihrer zeitlichen Flexibilität beeinflusst. Für einige Neuzugewanderte, die sich bereits in einem stabilen sozialen Umfeld befinden oder institutionelle Unterstützung erhalten, ist es leichter, Lernzeiten effektiv zu nutzen. Für andere hingegen, die mit unsicheren Aufenthaltsbedingungen, finanziellen Sorgen oder familiären Verpflichtungen kämpfen, erleben Lernzeiten als begrenzte Ressource. Lernen ist für sie nicht nur ein intellektueller, sondern auch ein zeitlicher Balanceakt.

Noch prekärer wird die Situation für diejenigen, die aufgrund der Kapazitätsgrenzen in den Kursen monatelang auf den Beginn eines Sprach- oder Integrationskurses warten müssen. Für viele Neuzugewanderte ist diese Wartezeit nicht nur eine Phase des Stillstands, sondern eine belastende, oft mit Unsicherheit und Frustration verbundene Zwischenzeit. Wie Rotter (2015) zeigt, wird Warten häufig als „leere“ und „stagnierende“ Zeit empfunden, da es die Lernenden in eine passive Rolle zwingt, in der sie auf eine Entscheidung oder einen Prozess warten müssen, den sie kaum beeinflussen können. Diese Zeit wird umso belastender, da viele Neuzugewanderte durch finanzielle, rechtliche oder familiäre Verpflichtungen bereits einem starken Druck ausgesetzt sind. Turnbull (2016) beschreibt Warten in unsicheren Situationen als einen Zustand, in dem individuelle Handlungsfähigkeit und Zukunftsperspektiven begrenzt werden. Die Wartezeit auf Zugang zu Bildung und sozialen Ressourcen intensiviert für viele Zuwandernde das Gefühl, nicht voranzukommen und keine Kontrolle über den eigenen Lebensweg zu haben. In dieser Phase können Freiwillige eine wertvolle Rolle spielen, indem sie flexible, niedrigschwellige Lernangebote schaffen, die nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch den Wartenden ein Gefühl der Stabilität und Orientierung geben.

Diese strukturellen Hürden und langen Wartezeiten zeigen die Diskrepanz zwischen den institutionellen Rahmenbedingungen und den tatsächlichen zeitlichen Bedürfnissen der Neuzugewanderten. Flexible, kontinuierliche und niedrigschwellige Angebote – oft durch freiwillige Initiativen bereitgestellt – helfen, diese Lücken zu füllen und den Betroffenen die Möglichkeit zu geben, die Wartezeit sinnvoll zu nutzen und Anschluss an die Gesellschaft zu finden.

Die Zeit der freiwilligen Sprachlehrer und Sprachlehrerinnen

Die Zeit, die Freiwillige für die Sprachvermittlung aufwenden, ist zentral, wird aber oft für den Erfolg der Integration unterschätzt. Staatlich finanzierte Kurse sind an feste Zeiten und an ein standardisiertes Curriculum gebunden, während Freiwillige den Lernenden zeitliche Flexibilität und inhaltlich niederschwellige Lernangebote machen. Sie lehren an Orten, die für Neuzugewanderte leichter zugänglich sind – in Nachbarschaftszentren, Kirchengemeinden und Schulen – und schaffen Lernräume, die oft besser auf die individuellen Bedürfnisse und Lebensrealitäten zugeschnitten sind. Freiwillige sind folglich nicht nur Sprachlehrende, sondern auch Brückenbauer zwischen den Kulturen und wichtige sozial Unterstützende (Ehren u. a. 2019).

Doch die Zeitressourcen der Ehrenamtlichen sind begrenzt und oft unstrukturiert. Anders als professionelle Lehrkräfte müssen sie ihre Tätigkeit in ihre eigenen, oftmals bereits ausgelasteten Zeitpläne einfügen. Die zeitlichen Anforderungen der Neuzugewanderten – etwa aufgrund von Terminen bei Ämtern, Sprachkursen oder familiären Verpflichtungen – machen es zudem schwer, einen regelmäßigen und effektiven Unterricht zu gewährleisten. Diese flexible Sprachvermittlung erfordert daher nicht nur Zeit und Geduld, sondern auch ein hohes Maß an Eigeninitiative und Improvisationsvermögen (ebd.).

Diese strukturelle Flexibilität ist sowohl eine Stärke als auch eine Schwäche des freiwilligen Engagements: Sie ermöglicht eine unmittelbare Unterstützung, kann jedoch auch eine Belastung darstellen. Freiwillige müssen ständig zwischen ihren eigenen zeitlichen Kapazitäten und den Bedürfnissen der Neuzugewanderten abwägen, was oft zu einem Konflikt zwischen Engagement und anderen Lebensbereichen führt. Viele Freiwillige üben ihre Tätigkeit mit einem hohen Maß an Verantwortungsbewusstsein aus und sind dennoch auf institutionelle Unterstützung angewiesen, um langfristig entlastet und effektiv arbeiten zu können.

Zwischen freiwilligem Engagement und staatlichen Institutionen

Ein zentrales Problem in der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und Ehrenamtlichen ist die unzureichende Kommunikation und die fehlende Abstimmung der jeweiligen Aufgaben und Verantwortlichkeiten. Freiwillige sind auf klare Informationen über staatliche Angebote und institutionelle Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen angewiesen, um effektiv arbeiten zu können und ihre zeitlichen Ressourcen gezielt einzusetzen.

Doch in der Realität gibt es oft keine festen Kommunikationswege und Zuständigkeiten in den Institutionen wechseln häufig. Freiwillige, die regelmäßig Sprachgruppen organisieren oder Neuzugewanderte betreuen, berichten von Schwierigkeiten, Ansprechpartner in Behörden zu erreichen oder verlässliche Informationen über aktuelle Kursangebote, Weiterbildungsprogramme oder Verwaltungsprozesse zu erhalten. Dies führt dazu, dass die freiwilligen Helfer ihre Zeit nicht nur für die Sprachvermittlung einsetzen, sondern auch viel zusätzliche Energie darauf verwenden, institutionelle Informationen zu beschaffen und sich durch bürokratische Anforderungen zu navigieren.

Die fehlende Abstimmung und Informationsweitergabe führt nicht nur zu Verzögerungen und Frustration, sondern verschiebt auch Aufgaben auf die Freiwilligen, die eigentlich in den Bereich des staatlichen Systems fallen. Diese übernehmen daher nicht nur die Sprachvermittlung, sondern agieren auch als Vermittler zwischen den Geflüchteten und der Bürokratie. Sie unterstützen bei Behördengängen, helfen bei der Klärung von Formalitäten und fungieren oft als Bindeglied zwischen den Neuzugewanderten und den staatlichen Institutionen. Diese Rolle als „Allround-Helfer“ führt zu einer erheblichen zeitlichen Belastung und verstärkt das Konfliktfeld zwischen Hauptamtlichen und Freiwilligen, da sich die Aufgabenbereiche zunehmend vermischen.

Die Verantwortung für eine rechtzeitige und umfassende Sprachförderung liegt grundsätzlich bei staatlichen Institutionen. Doch in der Realität stützen freiwillig Engagierte die staatlichen Anforderungen an den Spracherwerb Zugewanderter mit ihren persönlichen Zeitressourcen. Freiwillig Engagierte springen dort ein, wo staatliche Angebote fehlen oder überlastet sind. Diese Verschiebung

der temporalen Verantwortung für die Sprachvermittlung zu den Freiwilligen, ist jedoch problematisch: Was als spontane Unterstützung beginnt, wird zum strukturellen Ersatz für institutionelle Angebote. Doch auf Dauer kann das keine Lösung sein: Die temporale Belastung sollte nicht auf Freiwillige abgewälzt werden. Vielmehr wäre es notwendig, dass staatliche Institutionen ihre Angebote ausbauen sowie schneller zugänglich machen und damit die „Lernzeit“ institutionell absichern, um die Freiwilligen zu entlasten und eine verlässliche Sprachförderung zu gewährleisten.

Zitierte Literatur

Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) (2017): *Solidarität im Wandel?* Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung, Humboldt-Universität zu Berlin.

Bundesrechnungshof (2023): *Bericht zur Integration durch Sprach- und Integrationskurse.*

Ehren, Rico / Kobelt, Ann-Kathrin / Middeke, Annegret (Hrsg.) (2019): *Deutsch für Geflüchtete von Anfang an: DaF-/DaZ-Angebote für Geflüchtete im Spannungsfeld von Theorie und Praxis, Institution und Ehrenamt.* Dresden: Zentrum für Integrationsstudien, TU Dresden.

INBAS-Sozialforschung GmbH (2018): *Kooperation von Haupt- und Ehrenamtlichen in der Arbeit mit Geflüchteten: Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen.* Frankfurt am Main: INBAS.

Rotter, Rebecca (2016): *Waiting in the Asylum Determination Process: Just an Empty Interlude?* In: *Time & Society*, 25, 1: 80–101.

Schwarz, Jörg / Hassinger, Hannah / Schmidt-Lauff, Sabine (2020): *Subjektives Lernzeiterleben und kollektive Zeitpraktiken in der Erwachsenenbildung: zur empirischen Rekonstruktion von Zeitmodalitäten in Lern- und Bildungsprozessen.* In: *Forum Qualitative Sozialforschung*, 21, 2: Art. 3.

Turnbull, Sarah (2016): *Stuck in the Middle: Waiting and Uncertainty in Immigration Detention.* In: *Time & Society*, 25, 1: 61–79.

*Matthias Philipper, Soziologe
Universität Paderborn, Allgemeine Soziologie*

DGfZP in Sozialen Medien

Die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik ist auch in den sozialen Medien vertreten.

Folgen Sie der DGfZP bei **LinkedIn** <https://linkedin.com/company/dgfzp>

Geteilt werden Anregungen zu den Themen Zeit und Zeitpolitik sowie Hinweise unserer Mitglieder auf Veranstaltungen oder Veröffentlichungen. Die Accounts werden derzeit von unserem Vorstandsmitglied

Elke Großer betreut. Kommentare, Anregungen und Material bitte senden an

elke.grosser@zeitpolitik.de.

LENA SCHMEIDUCH UND KARSTEN MÜLLER

Wie wirkt sich Engagement im Nachhaltigkeitsbereich auf unser Zeiterleben aus?

Eine erfolgreiche Abmilderung der Klimakrise erfordert nicht nur Verhaltensänderungen im privaten Bereich, sondern auch kollektive Anstrengungen, um nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Eine Form von kollektiven Anstrengungen ist das Engagement im Nachhaltigkeitsbereich. Dies kann von der Mitgliedschaft in Nachhaltigkeitsgemeinschaften wie Ökodörfern oder solidarischen Landwirtschaften (SoLaWis)¹ bis zur Teilnahme an klimaaktivistischen Aktionen reichen. Es gibt vielfältige Motivationen für freiwilliges Engagement im Nachhaltigkeitsbereich, sowohl persönliche Beweggründe (z. B. gesündere Ernährung) als auch gesellschaftliche (z. B. Sicherung der Lebensgrundlage zukünftiger Generationen, Vorbildfunktion).

Nachhaltigkeitsengagement wird meist in der Freizeit der Beteiligten ausgeführt und erfordert Zeit. Bereits für nachhaltiges Verhalten im privaten Bereich muss Zeit aufgewendet werden, beispielsweise für Reparaturen, Upcycling oder die Recherche nach nachhaltigen Produktoptionen. Noch zeitintensiver sind kollektive Formen des Nachhaltigkeitsengagements, die in entscheidendem Maße auf dem zeitlichen Engagement ihrer Mitglieder fußen (Wiedenhofer u. a. 2018). So sind zum Beispiel SoLaWis häufig auf das Engagement ihrer Mitglieder in der selbstorganisierten Verteilung der Produkte oder Mitarbeit auf dem Hof angewiesen. Auch das Leben in einem Ökodorf erfordert ein besonders großes Zeitinvestment. Dies ist bedingt durch die alternativen Formen des Lebens und Zusammenlebens (z. B. nachhaltige Bauweisen, Teilen von Gegenständen, alternative Entscheidungsstrukturen). Bei einem Engagement im Nachhaltigkeitsaktivismus nehmen die Teilnahme an Protesten, die Organisation von Petitionen oder anderen Formen des Aktivismus ebenfalls erhebliche Zeitressourcen in Anspruch.

Da zusätzliche Zeitressourcen investiert werden müssen und Nachhaltigkeitsengagement häufig in spezifischen Settings von Gemeinschaften oder Gruppen stattfindet, ist es interessant, die Auswirkungen von Nachhaltigkeits-

engagement auf das individuelle Zeiterleben besser zu verstehen. Hierzu haben wir in einer Onlinebefragung unter mehr als 600 Mitgliedern aus 94 SoLaWis nach Gründen für deren Teilnahme sowie möglichen Gründen für einen Ausstieg aus der SoLaWi gefragt (Schmeiduch 2022).

Durch Nachhaltigkeitsengagement in ein anderes Zeiterleben eintauchen

Die befragten Mitglieder der SoLaWis nennen eine Reihe positiver Auswirkungen der Mitwirkung in Nachhaltigkeitsgemeinschaften, welche über die Möglichkeiten zur Förderung nachhaltiger Entwicklung hinausgehen. So wird von den Mitgliedern berichtet, dass die auf dem Hof verbrachte Zeit, z. B. zum Abholen von Lebensmitteln oder zur gemeinsamen Mitarbeit, häufig mit einem Gefühl von Naturverbundenheit und Ruhe assoziiert ist. Dies wird dadurch verstärkt, dass die verfügbaren Produkte mit den Jahreszeiten variieren und die Zyklen der Natur so bewusster wahrgenommen werden können. Auch die Verarbeitung und das Haltbarmachen der Lebensmittel können zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit den Produkten und dadurch zu einem Gefühl von Entschleunigung beitragen. Darüber hinaus werden auch das Gemeinschaftsgefühl und soziale Kontakte mit positiven Auswirkungen auf das Zeiterleben in Verbindung gebracht.

Mitglieder können in vielen Fällen also eine veränderte Wahrnehmung von Zeit im Engagement erleben. Das spezifische Setting von Nachhaltigkeitsgemeinschaften, wie z. B. SoLaWis, mit einem Fokus auf Abgelegenheit, Ursprünglichkeit, Nähe zur Natur und einem bewussteren Umgang mit Produkten, ermöglicht im intensiveren Wahrnehmen von Ruhe und Entschleunigung einen Ausgleich zur schneller werdenden Welt (Rosa 2013). Somit können Nachhaltigkeitsgemeinschaften neben den Anforderungen an Zeitressourcen auch zu einer neuen Wahrnehmung von Zeitwohlstand beitragen. Unter Zeitwohlstand versteht man das subjektive Gefühl, in seinen alltäglichen Abläufen genug Zeit zu haben (Reisch 2001). Auch in bisherigen Forschungen zu Zeitwohlstand wurden Zusammenhänge von nachhaltigem Verhalten und Wohlbefinden gefunden (z. B. Kasser/Sheldon 2009).

Kollektives Nachhaltigkeitsengagement hat also nicht nur für die Gesellschaft durch Unterstützung von nachhaltiger Transformation großes Potenzial, sondern auch für den Einzelnen durch höheren Zeitwohlstand.

1 Die Betreiber solidarischer Landwirtschaften bauen auf ihren Höfen auf lokale und umweltfreundliche Weise Gemüse, Obst und andere Produkte an. Die Mitglieder zahlen unter solidarischer Berücksichtigung unterschiedlicher finanzieller Situationen einen Beitrag. Dafür erhalten die Mitglieder meist wöchentlich ihren Anteil an der Ernte, für gewöhnlich in selbstorganisierten Depots oder zur Abholung auf dem Hof und unabhängig vom regulären Markt. Häufig finden auch gemeinsame Aktionen wie Mitarbeit auf dem Hof oder Hoffeste statt.

Das Zeitdilemma des Nachhaltigkeitsengagements

Während Mitglieder von Nachhaltigkeitsgemeinschaften auf der individuellen Ebene von entschleunigtem und reicherem Zeiterleben berichten, müssen sie auf der kollektiven Ebene Zeit einbringen, die diesem veränderten Zeiterleben entgegenlaufen kann.

Unter den negativen Auswirkungen der Mitgliedschaft, die dazu führen, dass Mitglieder die SoLaWi wieder verlassen wollen, wurden von den befragten Mitgliedern Zeitaspekte am häufigsten genannt. Insbesondere Zeitmangel, der z. B. durch Mithilfe in der Erntearbeit, aktive Mitgestaltung des Gemeinschaftslebens sowie durch die notwendige Verarbeitung und richtige Lagerung von frischen Lebensmitteln entsteht, war hier von Bedeutung. Darüber hinaus wurde auch die Einschränkung zeitlicher Autonomie, vor allem durch starre Abholzeiten der Lebensmittel sowie durch empfundenen Druck schlechten Gewissens, der Gemeinschaft zeitlich nicht gerecht zu werden, berichtet. Zahlreiche Mitglieder erwähnten zudem, dass ihr Engagement durch Vorstandsarbeit und Versammlungen zeitintensiv sei und diese Zeit ihnen an anderen Stellen wie z. B. für Hobbys, Familie oder andere soziale Beziehungen fehle.

Auch dies passt zu bisherigen Forschungsergebnissen, die nahelegen, dass Individuen, die zusätzliche Zeit in nachhaltiges Engagement investieren möchten, in Zeitknappheit kommen, sobald dieses Engagement zeitintensiv wird (z.B. Träger u. a. 2021).

Räume für ein anderes Zeiterleben schaffen und bewahren

Für Mitglieder von Nachhaltigkeitsgemeinschaften ist es besonders reizvoll, innerhalb des Geschehens in der Gemeinschaft in eine andere „Zeitwelt“ einzutauchen. Nachhaltigkeitsgemeinschaften sind Räume für ein verändertes Zeiterleben, das von Ruhe, Entschleunigung und Abgeschiedenheit geprägt ist. Wegen der spezifischen Organisation und den Praktiken der Gemeinschaft können die Mitglieder aus ihren alltäglichen Zeitstrukturen austreten und sich zumindest vorübergehend mit alternativen Zeitstrukturen synchronisieren. Diese Synchronisation kann durch temporale Reize aus der Umwelt (z. B.

Nähe zu Rhythmen der Natur oder Tieren, verlangsamte Abläufe in der Gemeinschaft) erfolgen, die einen wichtigen Gegenpol zu den immer schnelleren Rhythmen in der übrigen Gesellschaft darstellen (Rosa 2013).

Wachstum und immer neue Ziele der Nachhaltigkeitsgemeinschaften können zu großem Verwaltungsaufwand, komplexeren Entscheidungsstrukturen und verstärktem Bedarf an Effizienz und Funktionieren führen. Während dies für die Erfolge des Nachhaltigkeitsengagements förderlich sein kann, besteht die Gefahr, dass die Gemeinschaften verlieren, was sie für ihre Mitglieder besonders gut macht. Ein Engagement, das anfangs Gefühle von Zeitwohlstand und Entschleunigung verstärkt hat, kann diese Effekte gegebenenfalls einschränken oder sogar komplett aufheben, wenn das Streben nach Effizienz und wachsenden Strukturen überwiegt. Dann unterliegt die Nachhaltigkeitsgemeinschaft dem Primat der Produktivität und verliert den besonderen zeitbezogenen Anreiz, Ruhe, Rhythmen der Natur sowie Eintreten in ein anderes Zeitsystem außerhalb der Mainstreamgesellschaft bewusster wahrzunehmen.

Wenn es ein impliziter oder gar expliziter individueller Grund für die Teilnahme an Nachhaltigkeitsgemeinschaften ist, sich in „alternativen Zeiträumen“ wiederzufinden, dann muss die Gemeinschaft es auch schaffen, diese Räume zu erhalten. Hierfür ist es wichtig, eine Balance individueller und kollektiver Anforderungen der Gemeinschaften zu finden. Für Nachhaltigkeitsgemeinschaften besteht dann die Herausforderung, nicht in die Zeitlogik der übrigen Gesellschaft zu verfallen, deren Fokus auf Wachstum, Komplexität und dem damit verbundenen Anspruch an gesteigerte Zeiteffizienz liegt. Wenn dies gelingt, kann Engagement im Nachhaltigkeitsbereich ein gutes Beispiel dafür sein, wie individuelle Wünsche nach Entschleunigung und persönlicher Entfaltung mit kollektiven Zielen wie nachhaltiger Entwicklung vereint werden können (Schmeiduch, 2022).

Zitierte Literatur

- Kasser, Tim / Sheldon, Kennon M. (2009): Time affluence as a path toward personal happiness and ethical business practice: Empirical evidence from four studies. In: *Journal of Business Ethics*, 84: 243-255.
- Reisch, Lucia A (2001): Time and wealth. In: *Time & Society* 10, 2-3: 367-385.

Rosa, Hartmut (2013): Social acceleration: A new theory of modernity. New York: Columbia University Press.

Schmeiduch, Lena (2022): SoLaWis zwischen Zukunft und Vergangenheit. In: Blog Postwachstum. (Abfrage: 07.08.2024).

Tröger, Josephine / Wullenkord, Marlis C. / Barthels, Clara / Steller, Rubina (2021): Can reflective diary-writing increase sufficiency-oriented consumption? A longitudinal intervention addressing the role of basic psychological needs, subjective well-being, and time affluence. In: Sustainability 13, 9: 4885.

Wiedenhofer, Dominik / Smetschka, Barbara / Akenji, Lewis / Jalas, Mikko / Haberl, Helmut (2018): Household time use, carbon footprints, and urban form: a review of the potential contributions of everyday living to the 1.5 C climate target. In: Current opinion in environmental sustainability, 30: 7-17.

Lena Schmeiduch, M. Sc.

Arbeits- und Organisationspsychologin,
Universität Osnabrück, Institut für Psychologie

Prof. Dr. Karsten Müller,

Wirtschaftspsychologe, Universität Osnabrück,
Institut für Psychologie

Hanna Völkle

Zusammenhalt und Teilhabe: Zeitpolitische Strategien fürs Ehrenamt

Bei der Rezeption der alltäglichen medialen Berichterstattung kann leicht der Eindruck entstehen, dass es kaum mehr Themen oder Ereignisse geben kann, bei denen Gesellschaften sich überwiegend einig sein können oder sich gar breite Solidaritäten festmachen lassen. „Der allgegenwärtige Begriff der Polarisierung wird zur Chiffre einer Erosion des Zusammenhalts und einer Bedrohung für die Demokratie.“ (Mau / Lux / Westheuser 2023: 7). Ob also entlang von Triggerpunkten (ebd.) oder der Analyse von Wahlergebnissen, der gesellschaftliche Zusammenhalt steht immer wieder zur Debatte. Dennoch darf bei aller Betonung von Spaltungen nicht übersehen werden, dass es auch nach wie vor zahlreiche Bereiche gibt, in denen ein breiter gesellschaftlicher Konsens besteht. Sei es in Krisenzeiten, bei humanitären Katastrophen oder in Bezug auf grundlegende demokratische Werte, immer wieder zeigt sich, dass Solidarität und Zusammenhalt trotz aller Differenzen tragfähig sein können. Es gibt sie also, die Menschen, die trotzdem oder gerade deshalb (auch in gesellschaftlich herausfordernden Phasen) Zeit und Energie aufbringen, um sich zu engagieren oder einem Ehrenamt nachzugehen. „Gerade in einer demokratischen Gesellschaft sollten Menschen auch die zeitlich bedingte Möglichkeit haben, Transformationsprozesse und allgemein Politik mitzugestalten, um so demokratische Strukturen zu erhalten und zu erneuern.“ (Völkle 2024: 4).

Zeitliche Ungleichverteilung: Demographien der Beteiligung

„Freiwillig Engagierte übernehmen ehrenamtliche Positionen in Gemeinde- oder Stadträten, sie setzen sich in Bürgerinitiativen für politische Belange ein, sie bringen Kindern

das Schwimmen bei und bereiten religiöse Veranstaltungen vor, sie organisieren Konzerte und löschen Feuer, sie verteilen Essen an Bedürftige und schlichten Streit zwischen Menschen in der Nachbarschaft, sie schützen die Umwelt oder engagieren sich für Geflüchtete.“ (Simonson u.a. 2021: 6). Zeitverwendungserhebungen (ZVE) wiederum zeigen, dass Zeit eine wertvolle und begrenzte Ressource ist, die Menschen auf verschiedene Aktivitäten wie Arbeit, Familie, Bildung oder Freiwilligenarbeit aufteilen. Menschen in den Altersgruppen ab 45 Jahren verbringen im Vergleich zu anderen Altersgruppen mehr Zeit mit ehrenamtlichen Tätigkeiten; Menschen über 65 Jahren geben an, im Durchschnitt 34 Minuten täglich mit „Ehrenamtlichen Tätigkeiten, Freiwilligenarbeit, Unterstützung für andere Haushalte, Teilnahme an Versammlungen“ zu verbringen (Statistisches Bundesamt 2024). Eine mögliche Erklärung für diesen altersbedingten Unterschied könnte sein, dass Menschen in der „Rush-Hour“ ihres Lebens – also zwischen 30 und 40 Jahren – zeitlich oft stark eingebunden sind, Beruf und Privatleben miteinander vereinbaren müssen. Ein Ehrenamt, das ebenfalls Zeit in Anspruch nimmt, kommt da häufig nicht in Frage. Aus den aktuellen ZVE-Daten ist außerdem ersichtlich, dass sortiert nach sozialer Stellung vor allem Menschen im Ruhestand (35 Minuten) sowie Arbeitslose und sonstige Nebenerwerbstätige (32 Minuten) Zeit fürs Ehrenamt aufbringen (können). Schülerinnen und Schüler (10 Minuten) und erwerbstätige Menschen (17 Minuten) bringen hingegen täglich weniger Zeit für ehrenamtliches Engagement auf – ihre Alltage sind häufig durch andere zeitliche Verpflichtungen (Ausbildung oder Erwerbsarbeit) getaktet. Politische Partizipation (von

vielen, nicht nur von einigen) ist für die Demokratie von grundlegender Bedeutung, da Bürgerinnen und Bürger das Recht haben (sollten), sich aktiv am politischen Leben zu beteiligen (Simonson / Vogel 2017).

Bei der Analyse dieser quantitativen Daten ist es entscheidend, sich vor Augen zu führen, dass die verschiedenen Lebensbereiche im individuellen Alltagsleben zeitlich zusammenhängen. Wenn also der Hauptteil des Alltags aus Erwerbs- oder Sorgearbeit besteht, bleibt weniger Zeit für Engagement. *„Freie Zeit und Freizeit sind eine wichtige politische Ressource: Für jede politische Aktivität brauchen Menschen Zeit, und diejenigen ohne freie Zeit können weder an Versammlungen teilnehmen noch sich auf kommunaler oder nachbarschaftlicher Ebene ehrenamtlich einbringen.“* (Völkle 2024: 2). Zum Beispiel sind bundesweit deutlich weniger Frauen (27,7 %) als Männer kommunalpolitisch engagiert (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020a) und nur 3 % derjenigen, die ein kommunales Mandat tragen, haben eine Migrationsbiografie (Holtkamp / Wiechmann / Friedhoff 2013). *„Wenn Kommunalpolitik jedoch nur von denjenigen ausgeübt wird, die es sich zeitlich und/oder finanziell leisten können, so bringt dies die kommunale Demokratie in eine Schieflage.“* (Weidhofer / Walchshäusl / Friedrich 2023: 6).

Zukunftsfähige Zeitpolitiken: Beteiligung ermöglichen

Die Ungleichverteilung (frei) verfügbarer Zeit führt zu einer Benachteiligung bestimmter Personengruppen bei der demokratischen Teilhabe. Zeitznutzung und demokratische Teilhabe sind miteinander verknüpfte Aspekte. Menschen mit mehr freier Zeit haben bessere Möglichkeiten, sich politisch zu engagieren, an Versammlungen teilzunehmen oder sich in der Kommunalpolitik zu engagieren und eigene Themenschwerpunkte zu setzen. Wer hat oder sollte wie viel Zeit für demokratische Beteiligung haben? *„Die Menschen, auf die sich die Entscheidungen unmittelbar auswirken, weil sie ihre Lebenswirklichkeit betreffen, müssen die Themen selbst, in ihrer eigenen Zeit, bearbeiten dürfen“* (Bücker 2022: 275). Diese Analyse tangiert die sogenannte „Beschleunigungsthese“, die davon ausgeht, dass das rasante Tempo des heutigen Regierens sowohl vorteilhaft (z. B. für politische Handlungsfähigkeit) als auch nachteilig (z. B. für politische Willensbildung) für demokratische Prozesse und die politische Entscheidungsfindung sein kann (Fawcett 2018). Damit verbindet sich die Frage nach der Beschleunigung des politischen Handelns mit einer grundlegenden Forderung der Zeitpolitik, Lebenszeit gezielt zu gestalten und zu schützen, um demokratische und individuelle Prozesse zu fördern.

Das Konzept „Zeitpolitik“ betont die Koordinierung verschiedener Zeitpläne, um individuellen (z. B. Freizeit) und kollektiven (z. B. Erwerbsarbeitszeiten) Bedürfnissen gerecht zu werden, und setzt sich für ein „Recht auf Zeit“ ein, das die individuelle Lebensqualität unterstützt (Mückenberger 2011). Zukunftsfähige Zeitpolitik, die die verschiedenen Zeitbedürfnisse der Menschen berücksichtigt und entsprechende Rahmenbedingungen schafft, sorgt nicht nur für die bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit, sondern stellt dabei auch die Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement und die Schaffung von zeitlichen Ressourcen für demokratische Partizipation in den Vordergrund. *„To free up time for participation, attention must be shifted away from wage labour and towards socially useful (or simply pleasurable), non-monetised forms of work, engagement, and activity.“* (Dengler / Völkle / Ware 2024: 15). Eine derart ausgerichtete Zeitpolitik erkennt die demokratische und soziale Relevanz von Zeit an und setzt Impulse, die sowohl individuelle Zeitsouveränität als auch kollektive Teilhabe fördern. Sie schafft Voraussetzungen, um Menschen mehr Spielraum für Eigeninitiative, gesellschaftliche Mitgestaltung und solidarische Aktivitäten zu ermöglichen.

Das Optionszeitenmodell (Jurczyk / Mückenberger 2020) ist ein zeitpolitisches Beispiel dafür, wie die Neu-/Umstrukturierung von Zeiten – sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene – miteinander verknüpft werden können. Das Modell soll es Menschen ermöglichen, zweckbezogene Auszeiten von der Erwerbsarbeit zu nehmen, um sich einer ehrenamtlichen Tätigkeit oder freiwilligem Engagement, der Kinderbetreuung, der Pflege von Angehörigen, oder der beruflichen Weiterbildung zu widmen. Abgeleitet von den zeitlichen Rahmenbedingungen der Freiwilligen Feuerwehr oder des zivilen Katastrophenschutzes – hier vor allem Männer engagiert (Deutscher Feuerwehrverband o. J.) – sind im Modell Ziehungsrechte vorgesehen, um auf das zweckgebundene Zeitbudget (insgesamt ca. neun Jahre) zurückzugreifen. Die Operationalisierung von zeitlichen Bedarfen als „Ziehungsrechte“ regt zur Reflexion von zeitlichen Norm- oder „Normal“-Vorstellungen an. Arbeitnehmende müssen ihre Auszeiten nicht gegenüber den Arbeitgebenden rechtfertigen und begründen – jetzt sind es die Arbeitgebenden, die es rechtfertigen und begründen müssen, wenn sie Auszeiten verweigern. Sich Zeit für Engagement zu nehmen, und dafür weniger Erwerbsarbeit zu leisten, kann im Optionszeitenmodell die Regel werden und muss nicht die Ausnahme bleiben.

Eine andere, aktuell viel diskutierte, zeitpolitische Maßnahme, um auch mehr Zeit fürs Ehrenamt zu haben, ist die

Vier-Tage-Woche (mit verkürzten Erwerbsarbeitszeiten). In einer breit angelegten Pilotstudie testen 45 Unternehmen seit Februar 2024 die Vier-Tage-Woche (Backmann u. a. 2024). Hier konnten zwar zeitliche Umverteilungen im Bereich der unbezahlten Sorgearbeit (care work) z. B. für Kinderbetreuung festgestellt werden, jedoch zeichnen sich für den Bereich des freiwilligen Engagements (volunteer activities) nur Tendenzen ab. „*In the case of volunteer work, only slight shifts were noted towards personal preferences. The percentage of participants who wanted to spend more time on volunteering decreased modestly from 41 % to 36 %.*“ (Backmann u. a. 2024: 40).

Geht es also womöglich gar nicht (ausschließlich) um ein Mehr an zusammenhängender Zeit für ein Ehrenamt, sondern vielmehr darum, sich nahezu zeitunabhängig engagieren zu können? Der digitale Wandel beeinflusst die Möglichkeiten der sozialen Teilhabe und des freiwilligen Engagements erheblich und macht es vielen Menschen leichter, sich global zu vernetzen (Jähnert / Weber 2019). Insbesondere für junge Menschen spielt sich Engagement und zivilgesellschaftliche Teilhabe längst nicht mehr nur in der analogen Welt ab. „*Die Teilnahme oder die Initiierung von Hashtag-Bewegungen, Online-Diskussionen oder Petitionen, das Erstellen von Videos oder Blogs zu gesellschaftlichen Themen bis hin zum Coding u. v. m. loten die neuen digitalen Möglichkeiten aus und bilden für ca. ein Viertel der Jugendlichen den Schwerpunkt ihres Engagements.*“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020b: 141). In der aktuellen Shell Jugendstudie wird zudem deutlich, „*dass sich junge Menschen nicht nur wieder mehr für Politik interessieren, sondern sich auch wieder mehr engagieren wollen.*“ (Shell Deutschland 2024: 21).

Die ausgewählten Konzepte und Studienaspekte verdeutlichen insgesamt das komplexe Zusammenspiel von Zeit, politischem Engagement und ehrenamtlicher Arbeit sowie digitalem Wandel bei der Gestaltung moderner demokratischer Gesellschaften und unterstreichen die Notwendigkeit gezielter zeitpolitischer Maßnahmen zur Förderung von Zeitgerechtigkeit und sozialem Zusammenhalt. Es ist also Zeit für Ehrenamt: Zeitliche politische Rahmenbedingungen, die vielen und nicht nur einigen Menschen demokratisches und zivilgesellschaftliches Engagement ermöglichen, und neue zeitliche Formen und Zeitlichkeiten der Teilhabe an dem, was Gesellschaften zusammenhält, statt sie zu spalten.

Zitierte Literatur

- Backmann, Julia / Hoch, Felix / Hüby, Johannes / Platz, Mari-ka / Sinnemann, Matthias (2024): The 4-Day-Week in Germany: First Results of Germany's Trial on Work Time Reduction. Berlin.
- Bücker, Teresa (2022): Alle_Zeit. Eine Frage von Macht und Freiheit. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020a): 4. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Berlin. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/160308/73cf50519fdd0b72be8bce59a041079b/4-atlas-zur-gleichstellung-von-frauen-und-maennern-in-deutschland-broschuere-data.pdf>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020b): Dritter Engagementbericht. Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter. Berlin. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/156652/164912b832c17bb6895a31d5b574ae1d/dritter-engagementbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>
- Dengler, Corinna / Völkle, Hanna / Ware, Sarah (2024): Time and space for social-ecological transformation: care-full commoning in and beyond the ecofeminist city, Environmental Politics, <https://doi.org/10.1080/09644016.2024.2411934>
- Deutscher Feuerwehrverband (o.J.): Frauen am Zug. <https://www.feuerwehrverband.de/kampagnen/frauen-am-zug/>
- Fawcett, Paul (2018): Doing democracy and governance in the fast lane? Towards a 'politics of time' in an accelerated polity. Australian Journal of Political Science, 53(4): 548–564. <https://doi.org/10.1080/10361146.2018.1517862>
- Holtkamp, Lars / Wiechmann, Elke / Friedhoff, Caroline (2013): Intersektionale Analyse der Parlamente – Repräsentation von MigrantInnen in bundesdeutschen Parlamenten. Polis-Heft 72 (13). https://www.fernuni-hagen.de/polis/lg4/docs/polis_72.pdf
- Jähnert, Hannes / Weber, Mike (2019): Partizipation und freiwilliges Engagement im digitalen Wandel. In: Skutta, Sabine / Steinke, Joß (Hrsg): Digitalisierung und Teilhabe. Mitmachen, mitdenken, mitgestalten!. Frankfurt am Main: S. 57–84. <https://doi.org/10.5771/9783845294308-57>
- Jurczyk, Karin / Mückenberger, Ulrich (2020): Selbstbestimmte Optionszeiten im Erwerbsverlauf. Forschungsprojekt im Rahmen des „Fördernetzwerks Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung“ (FIS). München.
- Mau, Steffen / Lux, Thomas / Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin.
- Mückenberger, Ulrich (2011): Was ist eigentlich Zeitpolitik? Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik. Veröffentlichtes Vortragsskript. <https://zeitpolitik.org/wp-content/uploads/2022/03/WasistZeitpolitik.pdf>
- Shell Deutschland (2024): Shell Jugendstudie 2024: Zusammenfassung. https://www.shell.de/about-us/initiatives/shell-youth-study-2024/information/_jcr_content/root/main/section/call_to_action_copy/links/item0.stream/1728914720288/3ea339b8a1ba35a691f8e98328b3d777c107f7ed/shell-jugendstudie-2024-zusammenfassung.pdf

Simonson, Julia / Vogel, Claudia (2017): Politische Partizipation: Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, Bürgerinitiativen und politische Ämter. In: Simonson, Julia / Vogel, Claudia / Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligen Survey 2014. Wiesbaden: S. 199–216.

Simonson, Julia / Kelle, Nadiya / Kausmann, Corinna / Tesch-Römer, Clemens (2021): Freiwilliges Engagement in Deutschland: Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligen-survey (FWS 2019). Berlin: Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/176836/7dffa0b4816c6c652fec8b9eff5450b6/freiwilliges-engagement-in-deutschland-fuenfter-freiwilligen-survey-data.pdf>

Statistisches Bundesamt (2024): Wo bleibt die Zeit? Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland 2022. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Zeitverwendung/_inhalt.html

Völkle, Hanna (2024): Politische Ökonomie der Zeit. Zur Relevanz von Zeitpolitik im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation. FES impuls, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21140.pdf>

Weidhofer, Cécile / Walchshäusl, Dorothea / Friedrich, Sarah (2023): Mit Kind in die Politik: Gute Praktiken für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Ehrenamt. Berlin: EAF Berlin (Hg.). https://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2023_EAF_Berlin_Weidhofer_Walchshaeusl_Friedrich_Mit_Kind_in_die_Politik_Gute_Praktiken_fuer_fuer_die_Vereinbarkeit_von_Familie__Beruf_und_kommunalpolitischem_Ehrenamt.pdf

*Hanna Völkle, M.A.,
Doktorandin an der Universität Vechta.*

Aus der DGfZP

Zum Jahresende 2024

Brief der beiden Vorsitzenden

Liebe Freundinnen und Freunde der Zeit,

in vielen unserer Aktivitäten zeigte sich auch in diesem Jahr 2024 Kontinuität. Nach wie vor spielte das von Karin Jurczyk und Ulrich Mückenberger entwickelte Optionszeitenmodell (OZM) dabei eine besondere Rolle. In Kooperation mit der Bundesstiftung Gleichstellung wird im ungewöhnlichen Format von Optionszeiten„laboren“ die Praxistauglichkeit des Modells diskutiert. Das zweite Labor zu Fragen der betrieblichen Umsetzung des OZM fand am 24. April in Berlin statt. Es ist dort gelungen, in die kritische Debatte auch diejenigen einzubeziehen, die für dieses Thema unverzichtbar sind: Unternehmer*innen, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften. Diese fragten gemeinsam mit Vertreter*innen aus Familienverbänden, der Gleichstellungsarbeit sowie der Wissenschaft nach Wegen und Hindernissen bei der Umsetzung eines so innovativen und umfassenden Modells. Im kommenden Jahr wird es ein weiteres und vermutlich abschließendes Labor geben. Im November wurde auf dem Gleichstellungstag der Bundesstiftung auf einem Panel das Optionszeitenmodell im Vergleich zur 4-Tage-Woche diskutiert. Darüber hinaus wurde das Modell im Rahmen von Vorträgen, Podcasts und Publikationen auch international – von Bozen bis nach Tokio – vorgestellt.

Auch das Recht auf Zeit findet international immer größere Beachtung. Auf der Time Use Week Barcelona im Oktober 2024 gab es dazu ein gesondertes Panel. Zudem war es Schwerpunktthema einer Tagung in Straßburg im Europäischen Parlament – als Abschlusstagung der gegenwärtigen World Capital of Time Periode –, die 28./29. November mit Mitgliedern des Europaparlaments, der Kommission, kommunalen Vertreter*innen, Wissenschaftler*innen stattfand. Die DGfZP war durch Ulrich Mückenberger vertreten, der das Konzept entwickelt hat.

Die Barcelona Time Use Initiative (<https://timeuse.barcelona/>) managt auch das europäische Local and Regional Time Network, das dem Austausch über lokale und regionale zeitpolitische Ansätze, der Aufbereitung und Verbreitung von guten Beispielen zu unterschiedlichen Themen sowie der Durchführung von eingeworbenen internationalen Drittmittelprojekten dient. Die DGfZP ist im Board dieses Netzwerkes vertreten und wird es auch für die Periode 2025 – 2026 bleiben.

In Sachen Abschaffung der Sommerzeit tut sich gegenwärtig nur wenig. Allerdings startet gerade aus der EVP-Fraktion des Europaparlaments (namentlich von Peter Liese) eine neue Initiative für die Abschaffung der Sommerzeit. In diesem Rahmen gibt es eine Anfrage, ob die DGfZP für einen Expert*innenkreis zur Verfügung stünde. Da auch die Barcelona Time Use Initiative zahlreiche Aktivitäten für die Abschaffung der Sommerzeit unternimmt, hat die DGfZP die Verbindung zwischen den Aktivitäten der Barcelona Time Use Initiative und der EVP-Fraktion hergestellt.

Die Jahrestagung 2024 der DGfZP unter dem Titel „Zeitlichkeiten am Lebensende“ (vorbereitet von Dietrich Henckel und Jürgen Rinderspacher) wurde dieses Jahr wieder in der mittlerweile bewährten Kooperation mit der Evangelischen Hochschule Darmstadt durchgeführt (s. Bericht von Susanne Schröder zur Tagung in diesem Heft). Wie üblich, werden die inhaltlichen Beiträge zur Tagung im Sommer-ZpM 2025 dokumentiert.

In der Mitgliederversammlung unmittelbar nach der Jahrestagung standen turnusgemäß auch Vorstandswahlen an. Der geschäftsführende Vorstand (Dietrich Henckel, Karin Jurczyk, Björn Gernig, Elke Großer) wurden wiedergewählt. Für den erweiterten Vorstand wurden Uwe Becker, Christel Eckart, Ulrich Mückenberger, Fritz Reheis, Jürgen Rinderspacher und Helga Zeiher wiedergewählt. Neu in den Vorstand gewählt wurde Susanne Schroeder.

Sie übernimmt ab dem Jahr 2025 die Redaktionsleitung des ZpM. Dies wird dem ZpM sehr zugute kommen, denn sie ist nicht nur seit bereits über 20 Jahren DGfZP-Mitglied, sondern bringt darüber hinaus aus ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeit umfassende Erfahrungen in der Schriftleitung einer Zeitschrift mit. Wir freuen uns sehr, dass sie im Ruhestand ihre umfangreichen Erfahrungen in die Professionalisierung und Weiterentwicklung des ZpM einbringt.

Um die Social-Media-Kanäle bespielen, die Webseite und unseren Wikipediaeintrag kontinuierlich aktualisieren zu können, haben wir eine Erhebung der Aktivitäten der Akteur*innen des gesamten Vorstands der DGfZP begonnen. Diese Aktivitätenerhebung soll nach Möglichkeit in Zukunft auf die Mitglieder ausgeweitet werden.

Nachdem im letzten Jahr beim deutschsprachigen Wikipedia die Einträge für die DGfZP und das ZpM erfolgten, ist nunmehr auch der englische Wikipediaeintrag in Vorbereitung.

Wir hätten uns gewünscht, auf unseren „Running Gag“ der letzten Jahre, dass die Zeiten unsicherer geworden sind und auf absehbare Zeit bleiben werden, dieses Mal verzichten zu können. Aber auch dieses Jahr war durch klimawandelbedingte Katastrophen, Ausweitung von kriegerischen Auseinandersetzungen, politischen Umbrüchen in der Welt und in unserem Land gekennzeichnet. Mit den Auswirkungen dieser Bedrohungen werden wir noch lange

zu tun haben. Es mag scheinen, als ob Zeitpolitik dabei zum Luxusproblem würde. Nach wie vor sind wir aber der Überzeugung, dass gerade auch die vielfältigen Krisen und neuen Instabilitäten (s. auch die Jahrestagung 2023) einer zeitpolitischen Perspektive bedürfen. Wir sehen es als Aufgabe der DGfZP, diese Perspektive in Bezug auf die verschiedenen Felder herauszuarbeiten und bewusst zu machen. Dabei wollen wir die Zuversicht nicht verlieren und jede Möglichkeit für eine bessere, gerechtere und friedlichere Welt ausschöpfen. Wir wünschen Ihnen und uns allen für das neue Jahr positive Wendungen.

Dietrich Henckel und Karin Jurczyk

Politik für Zeit

Ulrich Mückenberger wird 80

Die DGfZP, die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik, ist ein kleiner Verein, rund 80 Mitglieder. Sie wurde 2002 in Berlin anlässlich einer Tagung gegründet. Die Vorträge und Ergebnisse der Tagung wurden als Buch publiziert „Zeit für Zeitpolitik“ – gewissermaßen unser Gründungsmanifest. Ulrich war seinerzeit der Ideengeber für das Projekt. Er hat die Gründung zusammen vor allem mit Jürgen Rinderspacher vorangetrieben, die Leute dafür zusammengebracht, Ressourcen aufgetan, ohne die unser Verein heute nicht existieren würde. Die DGfZP hat eine erstaunliche Kontinuität und Bekanntheit entwickelt, aber Tiefpunkte und Zweifel gehörten auch immer wieder dazu. Bis heute hadert Ulrich damit, dass wir ein kleiner, aber feiner Club von Zeit-Genossinnen und Zeit-Genossen geblieben sind, unseren Mitgliederbestand nicht richtig ausweiten konnten, es uns nicht gelungen ist, mehr junge Leute zu binden und die „große“ Politik nicht so mitziehen konnten, wie er sich das vorgestellt hatte. Vor ungefähr zehn Jahren haben wir schon einmal darüber diskutiert, ob man den Verein nicht auflösen sollte – teils weil er seinen Zweck erfüllt habe, teils weil die Perspektiven nicht günstig erschienen. Zum Glück haben wir das nicht gemacht. So können wir mittlerweile auf 22 Jahrestagungen und 45 Ausgaben des Zeitpolitischen Magazins zurückblicken.

In den 16 Jahren als Vorsitzender hat Ulrich die Gesellschaft nachhaltig geprägt und durch viele inhaltliche Impulse, aber auch durch die juristische Steuerung



maßgeblich dazu beigetragen, dass die DGfZP gewachsen und gut gediehen ist. 2018 hat er den Vorsitz in andere Hände gegeben. Er hat wichtige Themen eingebracht, die die Gesellschaft bekannt und gefragt gemacht haben, etwa: „Zeit und Stadt“ als Nachklang seines Aufenthaltes am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, wo er mit den *tempi della città* in Berührung gekommen war, das „Recht

auf Zeit“, das er ausformuliert und 2010 in Dokumente des Europarates eingeschrieben hat (Recommendation 295 (2010) und Resolution 313 (2010)) und das ein zentraler Bestandteil der „Barcelona Declaration on Time Policies“ von 2021 geworden ist. Das Recht auf Zeit ist mittlerweile auch in der internationalen Diskussion weit diffundiert. Dabei hat es vielleicht an Schärfe und Präzision verloren, aber eben wichtige Positionen markiert. Schließlich hat er mit Karin Jurczyk ein Optionszeitenmodell weiterentwickelt, das mittlerweile auch international Beachtung findet. Ulrich hat auch entscheidend dafür gesorgt, dass die DGfZP eng mit der Barcelona Time Use Initiative, der aktivsten Gruppe kommunaler Zeitpolitik gegenwärtig weit und breit, eng verbunden ist und bleibt.

Im Namen des erweiterten Vorstands der DGfZP danken wir Dir, Ulrich, also für deine großen Verdienste um unsere Gesellschaft und hoffen sehr, dass wir auch weiterhin vom viel zitierten Unruhestand im Alter profitieren dürfen. Ein großer Konkurrent für die Arbeit in unserer Mitte war von jeher die Musik im Bremer Sinfo-

nieorchester, und wir erinnern uns gern an Soli auf Deiner Klarinette am Rande mancher Jahrestagung. Konkurrent war und ist aber auch Deine wissenschaftliche Arbeit im Bereich Arbeitsrecht, die soweit man sehen kann in den vergangenen Jahren wieder verstärkt einer Deiner Schwerpunkte geworden war. Nicht zuletzt hoffen wir, dass Dein Interesse an fremden Ländern und Kontinenten, an Italien und Frankreich ebenso wie an der Antarktis, nicht nachlässt und auch durch gesundheitliche Hürden nicht eingeschränkt wird. Und nicht

zuletzt wünschen wir Dir noch eine lange gemeinsame Zeit mit Doris.

Lieber Ulrich, wir wünschen Dir alles Gute für das anbrechende neue Lebensjahrzehnt, vor allem weiter gute Gesundheit und Lebensfreude und uns wünschen wir weiter Deine aktive Beteiligung an der Arbeit unserer Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik!

Für den erweiterten Vorstand **Jürgen Rinderspacher** und **Dietrich Henckel**, die von Anfang an dabei waren.

SUSANNE SCHROEDER

Zeitlichkeiten am Lebensende

Bericht über die Jahrestagung 2024

25.–26. Oktober an der Evangelischen Hochschule Darmstadt

Unter dem Titel „Zeitlichkeiten am Lebensende“ fand vom 25.-26. Oktober 2024 in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Hochschule Darmstadt die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik statt. In ihren Begrüßungsworten spannten Uwe Becker, Präsident der evangelischen Hochschule und im Vorstand der DGfZP, und Dietrich Henckel, Vorsitzender der DGfZP, den Bogen von bekannten antiken Überlegungen dazu, wie wir sterben wollen über den Gestaltwandel dessen, was wir als *Ars Moriendi* beschreiben bis hin zu Ausdeutungen des Lebensendes unter den Bedingungen der Beschleunigungsgesellschaft. Scheute man sich früher vor dem überraschenden Tod und traf Vorkehrungen für einen Abschied im Freundes- und Familienkreis, wird heute zahlreicher der Wunsch nach einem plötzlichen Ableben geäußert. Das Leben will genossen werden, ohne sich mit dem Ende zu befassen. Es ist die letzte Gelegenheit, wie Marianne Gronemeyer schon in den 1980er Jahren konstatierte – nicht für die Rettung der Seele, sondern für die Anhäufung von Lebenskapital.

Die Tagungskonzeption nahm diese Bandbreite an Haltungen auf und bot einen Überblick über die Reaktionen, Konzeptionen und die damit verbundenen Grundvorstellungen gegenwärtiger Akteure aus unterschiedlichsten Professionen. Vertreter*innen aus den Bereichen des Gesundheitswesens, des Hospizwesens, der Sterbebegleitung, der Polizei, aus Soziologie, Philosophie, aber auch des Kabarets traten miteinander in Austausch und klärten im Gespräch Problemlagen und Bedarfe.

Das erste Panel hatte sich einen Aufriss der Gesamtfragestellung auf der normativ-philosophischen Ebene zur Aufgabe gemacht. Die thematische Einführung von Jürgen Rinderspacher (vorgetragen von Uwe Becker) unter dem Titel „Tod und Sterben als Zeitproblem“ führte in einem rasanten Parcours unterschiedlichste Phänomene und Perspektiven vor Augen. Es ging um den menschlichen Körper und sein Werden und Vergehen, die Bedeutung des Begriffs „Lebensspanne“, das Sterben als Prozess, Zeithorizonte des Abschiednehmens aus der Außen- und der Innenperspektive, es ging um Kriegstoden, den Tod in jungen Jahren, um die Frage nach dem Jenseits oder dem Nichts. Der Facettenreichtum dieser Erkundung machte deutlich, worum es in dieser Tagung gehen wird: Um eine explorative Erhebung der unterschiedlichen Begleitumstände gegenwärtigen Sterbens und die Frage, wie sich die zeitlichen Dimensionen dieses Geschehens darstellen, wie sie politisch gestaltet sind und ob sich hier ein Handlungsdruck erkennen lässt.

Cornelia Klinger, Privatgelehrte und apl. Prof. der Universität Tübingen, nahm eine strukturelle Unterscheidung zwischen „alten“ Transzendenz- und Jenseitsvorstellungen und „modernen“ Auffassungen einer strikt diesseitsbezogenen Immanenz vor und verglich sie: Während einerseits der Jenseitsvorstellung eigentlich nur die Qualität einer „Verlängerung der Lebensspanne“ ins Irgendwie zugeschrieben wurde, wurde der säkularen Weltsicht ihrerseits eine fehlende Narration von Endlichkeit bescheinigt.

Der anschließende Austausch nahm neben dem Prozess der Säkularisierung auch die Ökonomisierung in den Blick und brachte neben Phänomenen wie „Discount-Särgen“ und günstigen Bestattungsformen in Hinblick auf Sorge und Care-Arbeit allgemeinbekannte Probleme nicht nur der Geschlechtergerechtigkeit zutage: Es gibt die, die pflegen und die, die sich pflegen lassen.

Thorsten Hillmann, Leiter der Kinderhospizakademie im Deutschen Kinderhospizverein, beschrieb mit seinen bedrückenden Schilderungen die Folgen einer Diagnose, die alle Betroffenen in eine radikal neue Zeitrechnung führt. Der Befund einer lebensverkürzenden Erkrankung bei jungen Menschen stellt die Generationenfolge auf den Kopf und weist Eltern aufgrund der häufig sehr langen Erkrankungsverläufe nicht vorrangig die Aufgabe einer Sterbegleitung, sondern die einer Lebensbegleitung mit dem Kampf um möglichst breite gesellschaftliche Teilhabe zu. Auch hier zeigte sich im Nachgespräch eine zeitpolitische Zuspitzung in Hinblick auf die nötigen Pflegeleistungen, die mangels Personals oder mangels gesetzgeberischer Vorgaben zu Beschwerden aller Beteiligten führen.

Im Gespräch klangen aber auch Gedanken an, die im nachfolgenden Beitrag von Ursula Bonnekoh, Mitglied im Präsidium der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben, zum Thema wurden. Unter dem Titel „Zeiten des Endes – Selbstbestimmtes Sterben vs. Ruf aus dem Jenseits“ beschrieb sie den historischen Werdegang der Sterbehilfe bis hin zur konkreten Durchführung eines Sterbebegehrens und stellte die Haltung des Bundesverfassungsgerichts dar. Sehr deutlich formulierte sie, dass mit der Aufhebung des Verbots der Suizidhilfe jeder ein Recht auf Selbstbestimmung am Lebensende hat, das mit dem Freiheitsrecht begründet ist. Darin unterscheidet sich Deutschland von anderen Ländern. Detaillierte Nachfragen zeigten ein großes Interesse der Zuhörerschaft vor allem an der Einkreisung des zugrundeliegenden Autonomieverständnisses.

Der Abend wurde unter dem Motto „Vom Bleiben war nie die Rede“ von Karin Simon, Krankenschwester, Sterbamme und Liedermacherin, gestaltet. Sie las aus ihrem Buch, sprach über ihre jahrelangen Erfahrungen mit der Begleitung Sterbender und ihrer Familien, vor allem aber sang sie zum Thema ihre eigenen Lieder und führte Sketche aus ihrem Kabarettprogramm auf, das sie üblicherweise mit einer Gruppe vor Sterbegleiterinnen und -begleitern in Hospizen aufführt. Es wurde deutlich, dass auch dieses ernste, schmerzliche, hochemotionale und oft eher tabuisierte Thema eine Nähe, Wärme und Entkrampfung gewinnen kann, die für alle Beteiligten ein großer Gewinn ist.

Der zweite Tagungstag wurde von Matthias Gockel, Oberarzt am Sana Klinikum, Berlin, eingeleitet, der sechs wesentliche Situationen von „Zeitlichkeiten und Zeitkonflikten rund um das Sterben“ beschrieb: Zeit für Aufklärung über die Situation, Aufklärung über die Zeit, die noch verbleibt, Zeit für Klärung und „Aufräumen“ von Beziehungen, Dingen, Strukturen, Zeit zum Sein, d. h. Orte ohne Störung, Zeit für die konkrete, reale Situation des Abschiednehmen und Gehens und schließlich Zeit für Trauer, die oft länger dauert, als Verwaltung und Umfeld zubilligen wollen. In der Diskussion wurden die Konfliktfelder, die sich rund um diese sechs Grundsituationen ergeben, sehr deutlich. Zeitknappheit, resultierend aus dem pauschalisierenden Abrechnungssystem (DRG), und allgemeine Verdrängungstendenzen rund um den Tod erweisen sich als effektives Paar mit der Tendenz, das Geschehen rund um das Sterben lieber verwaltungstechnisch als sorgend abzuhandeln. Eindringlich ermunterte Dr. Gockel dazu, Mut zu haben und das durchzusetzen, was geht. Patienten und Pflegekräfte hätten im Grunde dieselben Interessen. Mehr Zeit zu haben könnte auch für das Personal zu befriedigenderen Arbeitsplatzverhältnissen führen und den hohen Anteil an Teilzeitarbeitsverhältnissen reduzieren, der wiederum zu erschwerten Wochenplänen und erhöhten Dokumentationspflichten führt, was wiederum eine höhere Fehlerquote mit sich bringt, was wiederum insgesamt zu ziemlich genauen zeitpolitischen Forderungen Anlass gibt.

Werner Schieweck, langjähriger Lehrbeauftragter für Ethik im Polizeiberuf an der Deutschen Hochschule der Polizei und Landespolizeipfarrer der Evangelischen Kirche von Westfalen, informierte in seinem Beitrag „Der plötzliche Tod: Unfälle, Katastrophen, Kriege“. über die Herausforderungen, vor denen Polizei und Einsatzkräfte von Hilfsdiensten in spontanen, überraschenden „Sofortlagen“ stehen. Solche Situationen erfordern schnelle Entscheidungen zur Gefahrenabwehr, eventuell auch zur sofortigen Strafverfolgung, und bergen ein hohes Stresspotential. Der Handlungsdruck bewirkt ein Aufeinanderprallen unterschiedlichster Zeitregime vom Zeitstillstand im Moment des Geschehens über die weiterlaufende Normalzeit der Beobachterperspektive bis zur Zeitbeschleunigung im Aufeinanderprallen mehrerer Ereignisse. Selten wird über die Auswirkungen der Geschehnisse auf die professionellen Akteure gesprochen, den möglichen Hoffnungsverlust im Zusammenbruch des Zukunftshorizonts auch eines Polizisten oder Soldaten, um die notwendige individuelle Trauerzeit als Eigenzeit. Im Nachgespräch wurde auch hier – wie im Krankenhausbereich – auf zu geringe zeitliche Ressourcen zur Traumabewältigung hingewiesen.

Unter der Fragestellung „Dem Leben mehr Zeit geben oder der Zeit mehr Leben geben?“ fand das abschließende Podium statt. Den Input-Start machte Dietrich Henckel. Er schlug noch einmal den Bogen zurück zu möglichen Verdrängungstendenzen der Moderne im Hinblick auf die Lebensdauer, die gesteigerten Lebenserwartungszeiten und den Wunsch, das Ende in möglichst weite Ferne zu rücken. Er plädierte für ein bewusstes Hinleben auf den Tod und forderte im Sinne von Zeitsouveränität die Sicherstellung von angemessenen Zeiträumen für alle Betroffenen. Uwe Becker wies in seiner Rolle als Moderator des Podiums darauf hin, dass eine Zeit der Trauer gesetzlich nicht validiert sei und regte dazu an, analog zur behördlich geregelten „Elternzeit“ auch eine angemessene „Trauerzeit“ zu fordern. Vielleicht könnte dies aber auch in das Optionszeitenmodell eingefügt werden.

Hans-Jörg Ehni, stellvertretender Direktor und außerplanmäßiger Professor am Institut für Ethik und Geschichte der Medizin der Eberhard Karls Universität Tübingen, wies in seinem Input auf die im Podiumstitel mitklingende Frage von Lebensdauer und das damit verbundene Verhältnis von Extension und Intensität hin. Alle wollen erfüllte Lebenszeit – ist das Altern erfüllt? Der Austausch drehte sich um nachlassende Fähigkeiten und die Gefahr der Altersdiskriminierung, aber auch um die Erkenntnis, dass hier ein gesellschaftliches Problem angesprochen ist, das

in anderen Kulturkreisen nicht so vorliegt oder ganz anders gelöst wird.

Bianca Senf, Inhaberin der Stiftungsprofessur für Psychoonkologie an der Evangelischen Hochschule Darmstadt, führte mit ihren konkreten Beispielen krebserkrankter Menschen den „Sturz aus dem Rahmen“ der als normal definierten Wirklichkeit vor Augen. Sie riet zum Vorausdenken auf den Tod hin unter der Fragestellung: Lebe ich eigentlich das Leben, das ich leben will? Im Nachgespräch ging es um das Bild des Rahmens, der unter konstruktivistischer Perspektive auch geändert werden kann. Es käme eben auf das „Framing“ an. Hilfreich sei es, die Bewältigungsmodi wechseln zu können.

Im kurzen Abschlussgespräch stand noch einmal die Vorbereitung auf das Lebensende im Zentrum – wieviel Verdrängung ist erlaubt? Wieviel Ablenkung ist möglich? Was sind „gefüllte Zeiten“?

In Hinblick auf die Zielsetzung der Tagung wurde deutlich, dass neben der individuellen Vorbereitung auf das Lebensende und den damit verbundenen persönlichen Schwerpunktsetzungen vor allem die finanziellen Faktoren und die Abwägungen einer „ausreichenden, zweckmäßigen und wirtschaftlichen Bewältigung“ des Sterbengeschehens in den gesundheitspolitischen Richtlinien eine Quelle von Zeitkonflikten darstellen. Hier bildet sich durchaus ein politischer Handlungsdruck ab.

Who Is Who? Mitglieder der DGfZP stellen sich vor

Das Zeitpolitische Magazin möchte dazu beitragen, die persönliche Vernetzung und die inhaltliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der DGfZP zu stärken. An dieser Stelle bieten wir daher die Gelegenheit für Personen und Institutionen, die Mitglied in der DGfZP sind, sich in Form von Kurzporträts den Leserinnen und Lesern vorzustellen.

Hanna Völkle

Als Politökonomin und Sozialwissenschaftlerin, die sich für das Themenfeld Zeit und Zeitlichkeiten zumal aus einer feministischen und ökologischen Perspektive interessiert, bin ich oft in Nischen und im Dazwischen unterwegs. Vielleicht ist es genau das Dazwischen oder die Gleichzeitigkeiten, die mich so schillernd anziehen. Ich interessiere mich besonders dafür, Theorie und Praxis immer wieder miteinander zu verbinden. Ein deut-



liches Beispiel dafür ist mein Engagement in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gremien, in denen ich meine wissenschaftliche Expertise einbringe, um daraus (gleichzeitig) wiederum Inspiration für das akademische Arbeiten zu ziehen.

Aufgewachsen in den 1990er Jahren in der südbadischen Provinz direkt an der Schweizer Grenze, habe ich

meinen Vater in seinem ausgeprägten Alemannisch zwar immer verstanden, habe ihm aber nur auf Ruhrpott-Hochdeutsch, das mir die mütterliche Seite mitgegeben hat,

antworten können. Zitronig-frische Cola-Fröschli (kleine froschförmige Bonbons mit Cola-Geschmack), deftiger Grünkohl-Eintopf oder cremiger Raclette-Käse (ausschließlich mit Pellkartoffeln und keinen weiteren Beilagen) sind ausgewählte kulinarische Belege fürs Dazwischen. Retrospektiv könnte ich daraus meine Fähigkeit zu moderieren oder meine Bereitschaft, Kompromisse zu erarbeiten, ableiten.

Aber womöglich liegt im Raum zwischen definierten Koordinaten wirklich das, was mich heute auch bei meinen Forschungsinteressen antreibt. Eine feministisch-ökologische Perspektive hilft mir dabei, Ungleichheiten, Machtasymmetrien und Marginalisiertes zu erkennen – zumal in einem so scheinbar nicht-materiellen Sujet wie der Zeit, oder vielmehr den Zeitlichkeiten. In der Analyse dessen, was auch (noch) ist, was an den Rand gedrängt, übersehen, bagatellisiert oder gänzlich negiert wird, eröffnen sich Pluralitäten und so wird aus der (einen zähl-, akkumulier- oder eintauschbaren) Zeit vielmehr die (Vielfalt an) Zeiten oder Zeitlichkeiten. Zeiten und Zeitlichkeiten, die trotz aller digitalen Möglichkeiten und den damit verbundenen zeitlich-räumlichen Ubiquitätsversprechen immer einen Kontext haben, der sich materialisiert, zu dem sie deshalb in Beziehung zu setzen sind. Ansätze wie die Vier-in-einem-Perspektive (Haug 2011) oder die Timescapes (Adam 1998) faszinieren mich, weil sie zeitliche Beziehungen, Verwobenheiten aufzeigen und zeitlich-räumliche Perspektiven eröffnen, die z.B. auch im Generationendialog Vergangenheiten, Gewärtiges und Zukünftiges in Relation setzen und Verbindungslinien nachzeichnen. Und wenn ich nun nach einem anderen Wort für Verbindungslinie suche und mir dabei den Raum zwischen zwei Koordinaten vorstelle, dann bin ich, genau, sehr schnell wieder beim Dazwischen.

Wenn ich nicht gerade am Schreibtisch sitze und mir meinen Kopf zu Zeitlichem zerbreche, dann ist das Laufen, das Rennen eine meiner liebsten Beschäftigungen. Im September bin ich meinen ersten Marathon in Berlin gelaufen und kann sagen, dass sich Zeit und Raum auf den ersten 30 Kilometern ganz anders zueinander verhalten haben, als sie dies auf den letzten zwei Kilometern vom Gendarmenmarkt bis zum Brandenburger Tor getan haben. Dass Laufen zeitliche Aspekte hat, die ich als zeitliches Wesen ganz körperlich wahrnehme, war bei dieser Lauferfahrung sehr eindrücklich. Meine zeitlich-räumliche Perspektive beim Tandem-Gleitschirm-Flug im Sommer

über Meran war eine komplett andere: Federleicht schwebend schien mir die Zeit wie angehalten und gleichzeitig fließend. Nach dem Landen verriet ein Blick auf die Uhr, dass im Dazwischen nicht viel mehr als eine halbe Stunde vergangen war.

Von meiner Mitgliedschaft bei der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik erhoffe ich mir Austausch zu gemeinsamen Themen – über Disziplinen, Zeitverständnisse und vielleicht auch über Generationen hinweg. In meiner Arbeit möchte ich mich zukünftig verstärkt auch mit der Frage auseinandersetzen, wie Zeitpolitiken als Hebel für eine sozial-ökologische Transformation genutzt werden können. Kann etwa Zeitwohlstand klima- und gesundheitspolitische Ziele fördern? Und wie lassen sich dabei individuelle und kollektive Zeitbedarfe miteinander verschränken? Für die Gesundheit Österreich konnten Corinna Dengler, Nora Dornis, Lukas Heck und ich Anfang dieses Jahres eine Studie (Dengler u. a. 2024) dazu veröffentlichen. Die Forderung nach einer Re-Politisierung der Zeit ist ein ganz wesentliches Ergebnis dieser Arbeit. Zeitpolitik zieht sich als Querschnittsthema durch (und zwischen) verschiedene Ressorts und Zuständigkeiten. Mit Sarah Ware und Corinna Dengler habe ich deshalb eine zeitlich-räumliche Analyse zu ökofeministischen Infrastrukturen (Dengler/Völkle/Ware 2024) verfasst. Welche Räume und Zeiten brauchen Menschen, um an Nachbarschaften, Gesellschaften und Politikgestaltung teilhaben zu können? Wie kann das in Einklang mit zeitlich-ökologischen Perspektiven auf Zeit und Zeitlichkeiten gebracht werden?

Sie sehen also: Das Dazwischen bewegt mich und ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit.

Zitierte Literatur

Adam, Barbara (1998): *Timescapes of Modernity: The Environment and Invisible Hazards*, London.

Haug, Frigga (2011): Die Vier-in-einem-Perspektive als Leitfaden für Politik, in: *Das Argument* 291 (2011), S. 241–250.

Dengler, Corinna / Dornis, Nora / Heck, Lukas / Völkle, Hanna (2024): *Klimafreundliche und gesundheitsfördernde Aspekte von Zeitwohlstand*, Hg. v. *Gesundheit Österreich*, Wien. Download: https://jasmin.goeg.at/id/eprint/3423/1/GOEGPolicy-Brief-Zeitwohlstand_bf.pdf

Dengler, Corinna / Völkle, Hanna / Ware, Sarah (2024): *Time and space for social-ecological transformation: care-full commoning in and beyond the ecofeminist city*, *Environmental Politics*. <https://doi.org/10.1080/09644016.2024.2411934>

*Hanna Völkle,
M.A., Doktorandin an der Universität Vechta*

Forum

JULIA ZIELKE, OLIVER RAZUM, LUKAS WELZ

Unberechenbar, wartend und chronifiziert: Zeitlichkeit und gesundheitliche Folgen der deutschen Asylpolitik

Gesetzesänderungen in der deutschen Asylpolitik wie die Verdoppelung des Wartezeitraums auf eingeschränkte Sozial- und Gesundheitsleistungen erschweren Asylbewerber*innen Zugang auf gleichberechtigte Gesundheitsversorgung. Verbände sprechen von verfassungswidrigen Reformen. Körperliche und psychische Krankheiten bleiben im schlechtesten Fall unbehandelt oder sogar undiagnostiziert. Im Zusammenspiel mit prekären Lebensumständen werden diese Reformen höchstwahrscheinlich schlechtere gesundheitliche Ergebnisse nach sich ziehen. Mittel- und langfristig wird dies zu erhöhten Gesundheitsausgaben und Verwaltungsaufwänden und zu einer schlechteren Integrations- und Teilhabeperspektive führen (vgl. Biddle, 2024)

Wir nutzen das Konzept „Zeitlichkeit“, um die Folgen der Gesetzesänderung zu verdeutlichen. Die Begriffe Unberechenbarkeit, Warten und Chronifizierung zeigen, wie zeitliches Erleben die Chance auf Gesundheit bzw. Rehabilitation und somit auch gesundheitliche Gerechtigkeit beeinflusst. Wir plädieren dafür, die Aspekte der Zeitlichkeit bei gesundheitspolitischen Überlegungen zu berücksichtigen.

Mehr Ordnung und Kontrolle im Asylsystem?

Ende Dezember 2023 einigte sich die Regierungskoalition von SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP auf eine umstrittene Verschärfung der Asyl-Gesetze. Durch Gesetzesänderungen sollen Abschiebungen erleichtert, vermeintliche Fehlalarze im System reduziert und vorgeblich mehr Ordnung und Kontrolle hergestellt werden¹. Dass diese Entscheidung mittel- und langfristig zu einer Verschlechterung der Gesundheit führt, damit nicht menschenwürdig und womöglich verfassungswidrig ist – das sehen nicht nur zahlreiche deutsche Verbände so, die ihre Haltungen in gemeinsamen Positionspapieren veröffentlicht haben (Ärzte der Welt 2024; BAfF 2024). Auch

die Vereinten Nationen haben 2023 durch eine Aufforderung des „Committee on the Elimination of Racial Discrimination“ schon Anfang Dezember 2023 der Bundesregierung ausdrücklich empfohlen, ihren asylpolitischen Kurs zu korrigieren, um den von Deutschland unterzeichneten internationalen Konventionen und Verpflichtungen nachzukommen.

Die gesundheitliche Lage von Geflüchteten ist schon lange Grund zur Sorge: Komplizierte Bürokratievorgänge oder mangelnde Ressourcen für Versorgungsleistungen können Stigmatisierung und Stresserleben verstärken. Sie erschweren einen gerechten Zugang zu einer durch §4 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ohnehin schon sehr eingeschränkten Versorgung. Unzureichende Versorgung Geflüchteter kann zu einer Verstärkung psychosozialer Bedarfe, zu Chronifizierung von (psychischen) Erkrankungen und damit zu ausbleibenden Integrations- und Teilhabechancen führen. Die damit steigenden Bedarfe sowie der hohe bürokratische Aufwand führen zu hohen mittel- und langfristigen Kosten im Sozial- und Gesundheitsbereich – ganz abgesehen von dem moralischen Preis, den eine Gesellschaft zahlt, die im Widerspruch zu menschenrechtsorientierten Wertvorstellungen agiert. Die bevorstehende Gesetzesänderungen könnten die Schere gesundheitlicher Ungleichheiten also nur noch weiter öffnen.

Zielke (2022b) hat bereits darauf hingewiesen, dass es eines Vokabulars der Zeitlichkeit bedarf, um die systemübergreifenden tiefen und nicht immer direkt messbaren Ausmaße gesundheitlicher Ungleichheiten in Zeiten von Krisen greifen zu können. Zeitlichkeit soll hier verstanden werden als eine Dimension, die mehr als nur ein lineares, kausales Voranschreiten der Uhr- oder Kalenderzeit umfasst. Mit dem Begriff der Zeitlichkeit ist hier das subjektive Erleben der im Alltag auftretenden Rhythmen, Häufigkeiten, Tempi, der Dauer, Dringlichkeiten und Unterbrechungen gemeint (Adam 1995). Im Folgenden erläutern wir drei Zeitlichkeitsbegriffe, mit denen sich der Zusammenhang zwischen dem zeitlichen Erleben von Asylbewerber*innen und gesundheitlicher Ungerechtigkeit beschreiben lässt.

¹ Vgl. Bundesregierung 6.11.23: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2235232/cfdda9bbcb5618770e9a8dde8fede87/2023-11-07-mpk-fluechtlingspolitik-data.pdf?download=1>; Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems, Deutscher Bundestag 9.9.24: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/128/2012805.pdf>

Unberechenbarkeit

Spätestens seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ab dem 24. Februar 2022, dem Massaker der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 und dem darauffolgenden Krieg in Gaza haben auch wir in Deutschland erlebt, dass Krieg einen Bruch mit einer Realität bedeutet, die trotz aller Unsicherheiten Vorhersagbarkeit und Kontinuität versprach. In der Ukraine, in Israel und in Gaza (und anderen Orten der Welt) werden Menschen aus ihren sozialen Systemen, Häusern und anderen Orten der Sicherheit und Zugehörigkeit brutal und plötzlich herausgerissen. Auf individueller und kollektiver Ebene können – auch generationenübergreifende – Traumata die Folge sein, wenn die plötzliche Entwurzelung soziale Räume und Infrastrukturen zerstört und somit die bisherige salutogene, gesundheitsförderliche Umwelt.

Der (temporär) eigene Wohnraum sollte Ort der Sicherheit und des Heilens sein (Zielke 2022a). Diese Sicherheit haben Geflüchtete durch den plötzlichen Verlust der Heimat verloren. Nun ist diese Sicherheit ein zweites Mal in Gefahr, wenn Behörden mit den neuen Gesetzesänderungen durch das „Rückführungsverbesserungsgesetz“ (Deutscher Bundestag, 2023a) mit weniger Aufwand und auch unangekündigt (§ 59 Abs. 5 und § 60a Abs. 5 AufenthG) Zimmer, Wohnungen und Gemeinschaftsunterkünfte (auch die Dritter: § 58 Abs. 6 AufenthG-E) betreten und durchsuchen können, wenn Abschiebungen bei diesen Durchsuchungen vereinfacht werden und wieder in der Nacht stattfinden dürfen (§ 58 Abs. 7 AufenthG), was selbst bei Familien mit Kindern geschehen kann. Unter anderem der Paritätische Gesamtverband (Paritätische 2024) verurteilt diese Gesetzesänderungen als einen „massiven Eingriff in das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung“ (Art. 13 GG). Das Gefühl, nirgendwo sicher sein zu können und jederzeit aus dem Schlaf gerissen zu werden, führt zu einer permanenten körperlichen Anspannung und innerer Unruhe, die von einem Klima der Angst geprägt ist und traumatisierende Erfahrungen reaktivieren kann (siehe auch (BAfF 2024). Aus traumapsychologischer Sicht können erneute Gefühle der Angst, der Unsicherheit und der ständigen Gefahr erneuten Kontrollverlusts mit den traumatisierenden Erfahrungen aus Krieg, Verfolgung, Folter und der Flucht resultieren.

Warten

Die Wartezeit in Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam ist im „Rückführungsverbesserungsgesetz“ von 10 auf 28 Tage erhöht worden (§ 62b, Absatz 1 AufenthG-E). Schon kleinste Verstöße, beispielsweise gegen das Meldepflichtgesetz, können sich negativ auf das Bleiberecht auswirken (§ 95 Abs. 1 AufenthG-E, § 85 Abs. 1 und 2 AsylG-E). Die

massiven Einschränkungen von Gesundheits- und Sozialleistungen, die das AsylbLG für Asylbewerber*innen, geduldete und ausreisepflichtige Personen regelt, bestehen ab dem 1. Januar 2024 nicht nur maximal 18 Monate, sondern drei Jahre fort (§2 AsylbLG) (Deutscher Bundestag 2024). Auf den Zugang zu möglichst gleichberechtigter Behandlung etwa durch Leistungen, die in Art und Höhe analog zum SGB II (Sozialhilfe) sind, müssen diese Menschen in lagerähnlichen Massenunterkünften am Rande der Stadt warten. Besser: Asylpolitikexpert*innen oder Forschende im Bereich Asypolitik aus anderen Ländern sprechen hier von einem „limbo“ (engl.: Schwebezustand, Vorhölle) (Hartonen et al. 2022), das meint einen staatenlosen und zeitlosen Seinszustand, der das Hoffen auf künftige Fürsorge fast unmöglich macht (Davies 2023; Wright 2022). In starker Abhängigkeit stehend, scheint Selbstwirksamkeit im „limbo“ sehr schwierig, (aber nicht unmöglich (Namer / Düzen / Razum 2022). Kurz- und mittelfristig kann dies zu Dissoziation, Angstzuständen, Depressionen und eingeschränkten kognitiven Fähigkeiten führen (Hartonen et al 2022). Zwar überbrücken Sozial- und Wohlfahrtsverbände in dieser Zeit vorübergehend die Versorgungsnot. Doch es muss ausgeharrt werden, bis jemand Außenstehendes subjektiv (Razum / Wenner / Bozorgmehr 2016) ermisst: „Das Leiden scheint zu groß, die Person kann nicht mehr länger warten“.

Das dreijährige Warten auf gleichberechtigte Sozial- und Gesundheitsleistungen wird politisch begründet mit der Beseitigung von vermeintlichen Migrationsanreizen. Die erhöhten Verwaltungsaufwände und die langfristigen Kosten, die durch ausbleibende Teilhabe und Integration und durch höhere Gesundheits- und Sozialleistungen aufgrund von chronifizierten Krankheiten entstehen, bleiben unberücksichtigt. Je länger Menschen mit ihrem Leiden allein gelassen werden, desto eher fühlen sie sich nicht zugehörig und es kommt zu Ko-Morbiditäten und Somatisierungserscheinungen (Bartig et al. 2023). Zudem wird Verzögerung von Heilmaßnahmen auch kostenintensiver für den Staat (Bozorgmehr / Razum 2015).

Chronifizierung

Ärzt*innen und Psycholog*innen weisen darauf hin, dass die Tage, Wochen und Monate direkt nach Ankunft Schutzsuchender in Deutschland ein kritisches Zeitfenster für psychosoziale Interventionen darstellen. Eine Verlängerung des Wartezeitraums bedeutet, dass Krankheitssymptomen, die mehrere Jahre undiagnostiziert und unbehandelt bleiben, eher chronifizieren. Durch chronisches gesundheitliches Leiden wird der Zugang zu Rehabilitations- und Integrationsmaßnahmen zusätzlich erschwert und kann zu weiterer Ausgrenzung Betroffener führen.

Von Chronifizierung lässt sich aber nicht nur in Bezug auf individuelle Krankheiten reden. Auch Kriege und Krisen sind für viele Menschen weltweit keine Ausnahmezustände, sondern wieder Teil ihres Alltags geworden. Die Krise wird auf einer kollektiven Ebene zum Dauerzustand, in dem der Schaden ungleich verteilt ist. Benachteiligte Gruppen haben weniger Ressourcen, mit denen sich negative Auswirkungen der Krise kompensieren ließen wie z. B. allgemeines Stresserleben, steigende Preise, politische Radikalisierung und Hass, Stigmatisierung, soziale Ausgrenzung, überlastete und unterversorgte Sozial- und Gesundheitssysteme. Aus einer traumapsychologischen Sicht ist das „Ursprungsereignis“ der Krise nie vorbei (Becker 2014). Das subjektive Erleben in der Krise befindet sich in einer Wiederholungsschleife und zieht sich im Sinne der „life-course epidemiology“ (Spallek / Zeeb / Razum 2011) durch ganze Lebensläufe. Auch generationsübergreifende Gesundheitsfolgen, etwa Generationen übergreifende Traumata und epigenetische Prägungen (Spallek et al 2021), sind ein Thema für die Public Health.

Laut Baraitser und Brook (2021) können auch Folgen der chronifizierten Krise als Gewalt gesehen werden. Denn manche Menschen seien dieser Gewalt zum Teil machtlos ausgesetzt und ihnen bliebe nur übrig, diese auszuhalten. Die Autoren plädieren an anderer Stelle (Baraitser/Salisbury 2020) dafür, dass Fürsorge auch in der Medizinpraxis nicht nur als „Heilen“ oder „Erlösung“ aus einer Krise verstanden werden sollte, sondern als ein Prozess des Auseinandersetzen mit systemischer Gewalt, Angst, Schuld (Wandschneider forthcoming).

Fazit

Zeitlichkeiten bedingen immer auch die Lebensumstände und das Erleben einzelner Menschen und von Gruppen. Beides ist nicht gerecht verteilt. Unberechenbarkeit, Warten und Chronifizierung können sich gesundheitsgefährdend auswirken. Ungleichheiten im zeitlichen Erleben sollten daher im Verständnis von Gesundheit und damit auch von Gesundheitspolitik verankert werden. Wir kritisieren die Regierungsbeschlüsse nicht zuletzt, weil wir für einen sensibleren Umgang mit Zeitlichkeiten in der Asyl- und Gesundheitspolitik werben möchten.

Zitierte Literatur

Adam, Barbara (1995): *Timewatch: The Sociological Analysis of Time*: Polity Press.

Ärzte der Welt (2024): „Gesundheit von schutzsuchenden Menschen gefährdet: Zeitraum für abgesenkte Sozial- und Gesundheitsleistungen für Asylsuchende (AsylbLG) darf nicht verlängert werden!“ <https://www.aerztderwelt.org/unsere-projekte/deutschland/deutschland/gesundheit-von-schutzsuchenden-gefahr>.

BAfF (2024): Gesundheitliche Folgen bei der Verdoppelung der Asylleistungsbeschränkungen von 18 auf 36 Monate. <https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2024/01/2024-Positionspapier-AsylbLG-Verlaengerung.pdf&ved=2ahUKEwin2quOk6KKAxXD7rslHbhxJL4QFnoECBUQAQ&usq=AOvVaw0j-rBvTuPQMb2e8Ax7jV3R>

Baraitser, Lisa / Brook, William (2021): „Watchful waiting: Temporalities of crisis and care in the UK National Health Service.“ *Vulnerability and the Politics of Care*. Aufgerufen am 11.01.2024 unter <https://library.oapen.org/handle/20.500.12657/54657/54693>

Baraitser, Lisa / Salisbury, Laura (2020): „‘Containment, delay, mitigation’: waiting and care in the time of a pandemic.“ *Wellcome Open Research* 5.

Bartig, Susanne u. a. (2023): „Gesundheit von Menschen mit ausgewählten Staatsangehörigkeiten in Deutschland: Prävalenzen nichtübertragbarer Erkrankungen und damit assoziierte soziale sowie migrationsbezogene Faktoren.“ *Bundesgesundheitsblatt-Gesundheitsforschung-Gesundheitsschutz* 66 (10):1071-1082.

Becker, David (2014): *Die Erfindung des Traumas: Verflochtene Geschichten*. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Biddle, L. (2024): Verlängerte Leistungseinschränkungen für Geflüchtete: Negative Konsequenzen für Gesundheit – erhoffte Einsparungen dürften ausbleiben https://www.diw.de/de/diw_01.c.897141.de/publikationen/wochenberichte/2024_12_4/verlaengerte-leistungseinschraenkungen_fuer_gefuechtete_ne_uer_gesundheit_erhoffte_einsparungen_duerften_ausbleiben.html

Bozorgmehr, Kayvan / Razum, Oliver (2015): „Effect of restricting access to health care on health expenditures among asylum-seekers and refugees: a quasi-experimental study in Germany, 1994–2013.“ *PloS one* 10 (7):e0131483.

Bundestag, Deutscher. „Kurzinformation: Zum Zusammenhang von Sozialleistungen und Migration. MigWD 1 - 3000 - 023/23 <https://www.bundestag.de/resource/blob/978636/72f1f9689bc57930474fc0a49c792c4d/WD-1-023-23-pdf.pdf>

„Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksachen 20/9463, 20/9642. Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rückführung (Rückführungsverbesserungsgesetz) <https://dserver.bundestag.de/btd/20/100/2010090.pdf>

Davies, Stephanie Clare (2023): „Waiting, staying and enduring in general practice.“ Birkbeck, University of London.

Der Paritätische (2024): Geplante Verlängerung der Bezugsdauer (AsylbLG) gefährdet die Gesundheit von Schutzsuchenden. Aufgerufen am 11.01.2024 unter: <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/geplante-verlaengerung-der-bezugsdauer-asylbLG-gefaehrdet-die-gesundheit-von-schutzsuchenden/>

Hartonen, Ville R. / Väisänen, Pertti / Karlsson, Liisa / Pöllänen, Sinikka (2022): „A stage of limbo: A meta-synthesis of refugees’ liminality.“ *Applied Psychology* 71 (3):1132-1167.

Namer, Y. / Düzen, N. E. / Razum, O. (2022): *What the Mountains Told Us: A Conversation on Behrouz Boochani's Book "No Friend But the Mountains": In Refugee Camps in Europe and Australia: An Interdisciplinary Critique* (pp. 79-89). Cham: Springer International Publishing.

Razum, Oliver / Wenner, Judith / Bozorgmehr, Kayvan (2016): „Wenn Zufall über den Zugang zur Gesundheitsversorgung bestimmt: Geflüchtete in Deutschland.“ *Das Gesundheitswesen* 78 (11):711-714.

Spallek, Jacob / Scholaske, Laura / Duman, Elif Aysimi / Razum, Oliver / Entringer, Sonja (2021): „Association of maternal migrant background with inflammation during pregnancy—results of a birth cohort study in Germany.“ *Brain, behavior, and immunity* 96:271-278.

Spallek, Jacob / Zeeb, Hajo / Razum, Oliver (2011): „What do we have to know from migrants' past exposures to understand their health status? a life course approach.“ *Emerging themes in epidemiology* 8:1-8.

United Nations. CERD (2023). Concluding observations on the combined 23rd to 26th reports of Germany. Committee on the Elimination of Racial Discrimination. CERD/C/DEU/CO/23-26. Aufgerufen am 11.01.2024 unter https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=CERD%2F2FDEU%2FCO%2F23-26&Lang=fr

Vigh, Henrik (2008): „Crisis and chronicity: Anthropological perspectives on continuous conflict and decline.“ *Ethnos* 73 (1):5-24.

Wandschneider, L. u. a. (forthcoming). Racism in public health authorities – a critical scoping review and situational analysis.

— 2023. „Life course epidemiology in migrant health research.“ *Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz* 66 (10):1092-1098.

Wandschneider, L. / Stieglitz, S. / Altmiks, T. / Berida, F. / Razum, O. / Zielke, J. / Namer, Y. forthcoming. „Racism in public health authorities – a critical scoping review and situational analysis.“

Wright, Fiona (2022): „Making good of crisis: temporalities of care in UK mental health services.“ *Medical Anthropology* 41 (3):315-328.

Zielke, Julia (2022)a: „Dwelling activism: making the personal political in the English home through a feminist dwelling lens.“ *Gender, Place & Culture* 29 (8):1053-1076.

Zielke, Julia (2022)b: „It's about time: on the need of a temporal language for ecologically dimensioned medical humanities and public health scholarship.“ *Medical Humanities*, 48: 264-26. https://link.springer.com/referenceworkentry/10.1007/978-3-662-68418-4_64-1

Dr. phil. Julia Zielke,

Scientific Coordinator, ECPD -

Einstein Center Population Diversity

Prof. Dr. med. Oliver Razum,

Universität Bielefeld, Fakultät für Gesundheits-

wissenschaften; Forschungszentrum gesellschaftlicher

Zusammenhalt (FGZ), Standort Bielefeld

Lukas Welz,

Geschäftsführer der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft

der Psychosozialen Zentren für geflüchtete Überlebende

von Folter, Verfolgung und Krieg (BAfF e.V.)

Projekte und Veranstaltungen

Time experience in a changing world

Special issue in the journal *Timing and Time Perception*

Hosted by Ruth Ogden, Marc Wittmann, Joanna Witowska and Vanda Černohorská

Call for papers, submission: 30. April 2025

We are delighted to announce that four TIMED investigators will be hosting a special issue on Time experience in a changing world in the journal *Timing and Time Perception*. We invite researchers, authors and other individuals from a variety of disciplines to submit research articles, opinion pieces or reviews that examine how time is experienced outside of the laboratory.

Our experience of time is intimately linked to the world around us. Individual and societal changes such as trauma, economic change (e.g., faster societies and busier lives) and global health threats (e.g., climate change, pandemics) can alter our perception, experience and memory of time. Changes in the experience of “lived time” and the representation of time also have the potential to influence decision making and actions in a range of scenarios. Given growing academic and public interest in this area, *Timing & Time Perception* is hosting a special issue on the “Time Experience in a Changing World.”

In this special issue, we seek to showcase research exploring how time experience is shaped by an ever-changing world, why our environment influences temporal experience, and what the consequences of these changes are for individuals and societies.

<https://www.timed-europe.net/post/call-for-papers-special-issue-on-time-experience-in-a-changing-world>

Zeit & Zeitlichkeit

Ein DenkRaum des Forschungscampus Dahlem

19. September 2024 bis 27. Februar 2025 in Berlin

Der Forschungscampus Dahlem (FC Dahlem) ist ein neuer Forschungs- und Präsentationsort der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK). Der DenkRaum des Forschungscampus ist ein Ort für Präsentationen, Diskussionen und kreative Entwicklungen verschiedener Themen. Der DenkRaum Zeit und Zeitlichkeit ist der erste der zum Entdecken und Mitgestalten seine Türen geöffnet hat. Er widmet sich verschiedenen Aspekten der Zeit und Zeitwahrnehmung u. a.

Wie nehmen Menschen Zeit wahr und wie erzählen sie von ihr? Ist Zeit relativ? Wie reflektieren wir Zeit durch Dinge? Kann man Zeit verschwenden?

<https://www.smb.museum/ausstellungen/detail/zeit-zeitlichkeit/>

Zeitfragen

Zeitkonzepte – Arbeitszeiten – Zeit und Geschlecht

Ringvorlesung an der Universität Potsdam

29. 10. 2024 – 28. 01. 2025

Campus Grebnitzsee, dienstags 16 – 17 Uhr

Die Ringvorlesung befasst sich mit unterschiedlichen Konzepten von Zeit, mit Arbeitszeitfragen und mit den Zusammenhängen zwischen Zeit und Geschlecht. Dazu ist in jeder Sitzung ein*e andere*Vortragende* zu Gast. Die behandelten Themen behandeln vielfältige Aspekte von Zeit – darunter Arbeitszeiten, Beschleunigung, Zeit und Care, Crip Time oder queere Zeitlichkeit.

In den letzten Jahren hat die Auseinandersetzung mit Zeit in unterschiedlichen Kontexten vermehrte Aufmerksamkeit erfahren – beispielsweise in der Organisationsforschung und in der Soziologie, aber auch in populärwissenschaftlicher Literatur. Hier setzt die Ringvorlesung an, um das Verständnis von Zeit zu vertiefen, erweitern, kritisch zu reflektieren und mit gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen in Beziehung zu setzen.

Die Veranstaltung steht allen Interessierten offen, auch Personen, die nicht der Universität Potsdam angehören oder studieren. Eine Anmeldung ist nicht obligatorisch.

2025 Verbleibende Termine:

07. 01. 2025 Merlin Sophie Bootsmann (Freie Universität Berlin)
Queere Zeitlichkeiten

14. 01. 2025 Karin Jurczyk (Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik)
Geschlechtergerechte Zeitpolitik. Aktuelle Debatten

21. 01. 2025 Friederike Beier (Freie Universität Berlin)
Die biopolitische Regierung der Zeit. Eine Genealogie der Zeiterhebung von Haus- und Sorgearbeit von den Home Economics zur internationalen Gleichstellungspolitik

28. 01. 2025 Andrea Doucet (Brock University)
Care is more than a tally sheet: an ecological care ethics approach to clock time and relational time

23. 01. 2025 19 Uhr: Lesung mit Teresa Bucker
im Buchladen Sputnik, Charlottenstraße 28, 14467 Potsdam.

<https://www.uni-potsdam.de/de/gleichstellung/veranstaltungen-und-aktionen/vorlesungsreihe-zeitfragen-zeitkonzepte-arbeitszeiten-zeit-und-geschlecht>

Neue Literatur

Bitte senden Sie Informationen über Ihre Veröffentlichungen an elke-grosser@t-online.de

Veröffentlichungen von DGfZP-Mitgliedern

Beiträge von DGfZP-Mitgliedern in in Sammelbänden, Zeitschriften, Podcasts u. a.

Corinna Dengler, Hanna Völkle, Sarah Ware (2024):

Time and space for social-ecological transformation: care-full commoning in and beyond the ecofeminist city.
Environmental Politics.

<https://doi.org/10.1080/09644016.2024.2411934>

Michael Görtler, Fritz Reheis (2024):

Zeitpolitik. Wie der Kindheitspädagogik mehr Resonanz verschafft werden kann.

In: Jo Jerg, Jens Müller, Tilmann Wahne (Hrsg.): Resonanz erfahren – mit der Welt in Beziehung stehen.

Vielfältige pädagogische Zugänge zu einer kindheitspädagogischen Praxis. Bad Heilbrunn: Klinkhardt: 195-209.

Hartmut Rosa (2024):

Beschleunigung und Entfremdung in der Arbeitswelt.

Welche Folgen hat die Beschleunigung für die Beziehung des Menschen zu seiner Arbeit?

Interview von Friederike Invernizzi.

In: Forschung & Lehre. Bonn.

<https://www.forschung-und-lehre.de/karriere/zur-beschleunigung-und-entfremdung-in-unserer-arbeitswelt-6316>

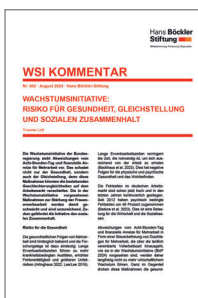
Karin Jurczyk (2024):

Familie – (k)eine Selbstverständlichkeit?

In: Bericht zur Konferenz: Bedeutung der Familie für die Gesellschaft. S. 6-13. Bundeskanzleramt. Wien.

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:a5c0dc6b-45df-4bd7-9803-64d98c0eb67f/konferenzbericht-30iyf.pdf>

Empfehlenswerte Neuerscheinungen anderer Autorinnen und Autoren



Yvonne Lott

**Wachstumsinitiative:
Risiko für Gesundheit, Gleichstellung und sozialen Zusammenhalt.**
2024

WSI-Kommentar Nr. 002.

Hans-Böckler-Stiftung: Düsseldorf.

https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008926/p_wsi_kommentar_02_2024.pdf



Religionspädagogisches Institut Loccum (Hrsg.):

Zeit.

Loccumer Pelikan, 1/2024.

Religionspädagogisches Institut Loccum.

Loccum file: file:///C:/Users/Win%2010/Downloads/Pelikan%201-2024_NEU_2024-04-15.pdf



Karin Simon

Von Bleiben war nie die Rede

Eine Sterbeamtin erzählt vom großen Abschied und wie er ohne Angst gut gelingt
2023

München:

Verlagsgruppe Droemer Knauer

Rezension: Warum eine Rezension über das Sterben und den Tod im Zeitpolitischen Magazin? Weil Sterben und Tod sehr viel mit unterschiedlichen Zeitdimensionen, zeitlichen Regulierungen, Zeiterfahrungen zu tun haben und sich deswegen die Jahrestagung 2024 dem Thema „Zeitlichkeiten am Lebensende“ widmete (s. Tagungsbericht in diesem Heft). Karin Simon gestaltete das Abendprogramm mit selektiver Lesung aus ihrem Buch, vor allem aber mit Liedern und Kabaretteinlagen aus ihren Programmen, mit denen sie u. a. in

Hospizen, Krankenhäusern, Altenheimen auftritt.

Die Lektüre des Buches macht deutlich, auf welchem umfassenden Fundus von eigenen schmerzlichen Erfahrungen, welchen Ausbildungen, welcher Praxis in unterschiedlichen medizinischen und pflegerischen Bereichen, in Musik und Performance und vor allem in der Begleitung von Sterbenden und Trauernden ihre Ausführungen basieren. Es handelt sich nicht um eine explizite Auseinandersetzung mit den zeitlichen Dimensionen des Sterbens, der Begleitung Sterbender, der Trauer, der Rituale im Zusammenhang mit dem endgültigen Abschied. Das Buch geht auf die verschiedenen Stationen ein, auf den Umgang mit Sterbenden, die durch Alter und oder Krankheit auf den Tod zugehen und weniger auf den plötzlichen Tod durch Unfall oder z. B. Schlaganfall. Es geht um den klaren Umgang mit dem langsamen Sterben, um die Scheu, offen darüber zu sprechen (durch die sterbende Person, die Zugehörigen und vor allem miteinander), und die dadurch verpassten Möglichkeiten eines guten, eines versöhnten Endes. Die Autorin beschreibt die Chancen, die gerade durch Offenheit gegenüber dem Ende

darin liegen, die Sprachlosigkeit, die häufig auf gut gemeinter Rücksichtnahme basiert (von der sterbenden Person gegenüber den Zugehörigen und umgekehrt) zu überwinden. Dadurch werden Möglichkeiten der Klärung ungelöster Konflikte eröffnet, es wird der Blick geweitet für die letzte, intensive Zeit. Karin Simon gelingt es immer wieder, einerseits die humoristischen Seiten zu betonen und zu zeigen, dass auch leichter und selbstverständlicher mit dem Sterben umgegangen werden kann. Andererseits beleuchtet sie das Mysterium des Sterbens, das – naturwissenschaftlich – Unerklärliche, Spirituelle des Sterbens und des Todes.

Es ist kein wissenschaftliches Buch über Zeit, behandelt aber sehr viele Zeitfragen, es geht um Zeit lassen, sich Zeit nehmen, Zeit schenken, Nutzung letzter Gelegenheiten, Zeiten der Trauer – um nur einige Beispiele zu nennen. Wer sich mit erfahrungsgesättigten Beschreibungen der unterschiedlichen Aspekte von Sterben, Trauer auseinandersetzen will, Hilfestellungen, wie man mit schwierigen Situationen am Lebensende umgehen kann, bekommen will, der/dem sei die Lektüre uneingeschränkt empfohlen.

Dietrich Henckel



Caroline Rothauge
**Zeiten in Deutschland
 1879 – 1919**
 Konzepte, Kodizes, Konflikte
 2023
 Paderborn: Brill | Schöningh

Rezension: Mit der Einführung standardisierter Uhrzeiten sind in den Jahrzehnten vor und nach der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert Entscheidungen getroffen worden, die die Zeitordnung bis heute maßgeblich prägen. Beide hier rezensierten Bücher betreffen dies.

In ihrer Habilitationsschrift „Zeiten in Deutschland 1879 – 1919“ untersucht die Historikerin *Caroline Rothauge* verschiedene Aspekte der Zeitgestaltung. Sie stützte sich auf wissenschaftliche Studien, Konferenzberichte, Verwaltungsschriftgut und Zeitungsberichte. Analytierte u.a. Zeitfestlegungen zur Einführung der „Mitteleuropäischen Zeit“ (MEZ) und des Achtstundentages, zu Ladenöffnungszeiten und zur Sonntagsarbeit sowie die erstmalige Einführung der Sommerzeit im Jahr 1916. Hiermit wurden im Deutschen Kaiserreich erstmals Gesetze und Verordnungen zu staatlichen Festlegungen von Zeitordnungen erlassen, um Zeitangaben über größere Entfernungen hinweg zu synchronisieren. Angestoßen hatte diesen Prozess Ende der 1870er Jahre das „Reichs-Eisenbahn-Amt“ (REA), das die bis dahin gültigen am Sonnenstand ausgerichteten Lo-



Felix Schmidt
**Die Einführung
 standardisierter Uhrzeiten
 in Deutschland**
 Zeit-Reformen zwischen
 Industrialisierung und
 Nationalstaatsbildung
 2023
 Stuttgart: Franz Steiner Verlag

kalzeiten mit einer reichsweit gültigen nationalen Normalzeit homogenisieren wollte. Verbunden waren die politischen Beschlüsse, so Rothauge, mit normativen Vorstellungen wie effektivere Zeitnutzung und Pünktlichkeit. Im ersten Kapitel werden diese Zeitreformen im (trans-)nationalen Eisenbahnverkehr untersucht. Während Vertreter der Eisenbahn eine temporale Unifikation forderten, setzten sich u.a. Vertreter des Handels- und Bildungssystems und der bekannte Astronom Wilhelm Foerster für die Beibehaltung sämtlicher Ortszeiten bei gleichzeitiger Einführung einer grundsätzlich anders konzipierten umfassenden Normal- bzw. Weltzeit ein. Im zweiten Kapitel werden die Beweggründe herausgestellt, weshalb die Politik sich, beispielsweise im Zusammenhang mit dem 1893 in Kraft getretenem Zeitgesetz, zu einer Festlegung zeitlicher „de jure Standards“ entschlossen hat. Im dritten Kapitel werden Aspekte der Arbeitszeit- und Lebensenteilung anhand der Arbeitszeitregelungen und Ladenschlusszeiten behandelt. Die Ausführungen im 5. Kapitel fokussieren auf normative und sinngebende Dimensionen temporaler Aushandlungsprozesse.

Gefragt wird nach Werten, mit denen Uhren und Zeitordnungen verknüpft waren und werden.

In seiner Promotionsschrift „Die Einführung standardisierter Uhrzeiten in Deutschland“ geht *Felix Schmidt* der Frage nach, „welche Akteure sich aus welchen Gründen für welche Uhrzeitregelung stark gemacht haben“ (S. 13) und welche Argumente und Positionen sich in den Diskussionen um die Zeitregulierung in den Jahrzehnten vor und nach 1900 durchgesetzt haben. In der Einleitung (Kap. 1) erläutert er das Thema, die Fragestellung und die Quellenlage und gibt einen Überblick über den Forschungsstand. Im 2. Kapitel werden zunächst die Tendenzen zur Einführung von Standardzeiten im angloamerikanischen Bereich untersucht, da diese als Vorbild für zeitliche Standardisierungsprozesse in anderen Ländern herangezogen worden waren. In England, wo schon früh ein umfassendes Eisenbahnnetz existierte, wurde bereits 1848 die „Greenwich time“ eingeführt. Resümierend stellt Schmidt fest, dass nationale Uhrzeitregelungen trotz aller nationalen Strömungen immer international abgestimmt wurden. Die Zeitstandardisierung lasse sich „als eine Erscheinungsform des Internationalismus einordnen“ (S. 286). Die Bedeutung der Uhrzeit als Machtinstrument der Nationalstaaten wird in Kapitel 3 untersucht. Diese hätten versucht, neue Uhrzeitregelungen als Teil ihrer infrastrukturellen Macht flächendeckend zu implementieren. Auch Besatzungsmächte nutzten die Uhrzeitregelung als Machtinstrument. Im Ersten Weltkrieg führten deutsche Besatzungstruppen in Nordfrankreich und Belgien die dort unbeliebte MEZ ein und nach Kriegsschluss versuchte die französische Besatzungsmacht in den besetzten deutschen Gebieten die in Frankreich geltende Westeuropäische Zeit einzuführen (vgl. S. 156ff.). „Auf

dem Land gehen die Uhren anders: Stadt-Land-Konflikte um die Zeit“: In dieser Überschrift zu Kapitel 4 wird deutlich, dass Schmidt – anders als Rothauge – von unterschiedlichen zeitlichen Interessen der Landwirte, der städtischen Fabrikarbeiter und Fabrikbesitzer ausgeht. Ein weiterer Schwerpunkt dieses Kapitels ist die Einführung der 24-Stundenzählung anstelle der Teilung in Vor- und Nachmittagszählung (vm und nm) Ende der 1920er Jahre in Deutschland. Die Vertreter der Eisenbahn hatten diese „vorerst letzte größere Neuerung bei der Messung der Uhrzeit“ gefordert (S. 20).

Gemeinsam ist den beiden hier vorgestellten Studien, die Bestrebungen zu einer Standardisierung der Uhrzeiten in den Kontext der zunehmenden Industrialisierung und dem Ausbau des Bahnverkehrs zu stellen. Als zentralen Schritt zu einer einheitlichen Zeit-

ordnung sehen beide das am 1. April 1893 in Kraft gesetzte Gesetz zur Einführung der MEZ auch in Deutschland. Sie betonen nationalstaatliche Interessen trotz internationaler Bezüge nicht nur in Deutschland, was die nationalen Identitäten stärkte. Beide betonen, dass Zeitfragen immer auch Streitfragen sind und dass temporale Festlegungen politische Machtverhältnisse widerspiegeln. Die Schwierigkeiten bei der Implementation von einheitlichen neuen Zeitordnungen sowohl am Beispiel der MEZ als auch am Beispiel der 1916 bis 1918 eingeführten Sommerzeit beschreiben beide ausführlich.

Unterschiede gibt es dagegen bei den räumlichen und zeitlichen Perspektiven. Schmidt berücksichtigt internationale Regelungen viel ausführlicher. Auch sein Untersuchungszeitraum ist weiter: Die Einführung der 24-Stundenzählung Ende der 1920er Jahre in

Deutschland bezieht er ein. Rothauge geht ausführlich auf die Auseinandersetzungen um Arbeitszeitregelungen und Sonntagsarbeit ein, was Schmidt nicht näher behandelt. Nur Schmidt thematisiert die Durchsetzung neuer Uhrzeitregelungen durch Besatzungsmächte ausführlich. Die unterschiedliche Umsetzung staatlich verordneter Zeitordnungen auf dem Land und in den Städten bewerten Rothauge und Schmidt anders.

Dass die Industrialisierung zu einer Vereinheitlichung von Uhrzeiten und zu einer immer präziseren Zeitmessung geführt hat, ist in der Geschichtswissenschaft und in den Sozialwissenschaften unstrittig. Dass diese Prozesse nicht gradlinig und konfliktfrei verliefen und teils schwierige Anpassungsprozesse erforderten, wird in den beiden hier vorgestellten Büchern sehr gut deutlich.

Ludwig Heuwinkel



Norman Sieroka

Zeit-Hören: Erfahrungen, Taktungen, Musik

2024

Berlin, Boston: De Gruyter

Open Access

Obwohl es „die Zeit“ nicht gibt, ordnet sich doch alles, was wir erleben, zeitlich. Auch die großen Schlagworte unserer Tage betreffen allesamt zeitliche Herausforderungen: Nachhaltigkeit, Resilienz, Transformation, Zeitenwende.

Dieses Buch handelt davon, was Zeitliches ausmacht, warum sich die Wirklichkeit zeitlich ordnet und was das mit der wechselseitigen Taktung von Ereignissen und Autonomieerfahrungen zu tun hat. Es werden Missverständnisse aufgelöst, indem aufgezeigt wird, inwiefern es „die Zeit“ nicht gibt, es oftmals sogar leidvolle bis hin zu pathologischen Konsequenzen mit sich bringt, wenn Zeit als Gegenstand oder Ressource betrachtet wird. Es ist ein Buch über den Vergleich von Abläufen und darüber, was es bedeutet, wenn Ereignisse miteinander im Takt sind, und wie sie durch Wiederholung und Variation Bedeutung gewinnen und damit „intakt“ wirken.

Musik und vor allem das Hören dienen als Modelle, um diese allgemeinen zeitlichen Struktureigenschaften der Wirklichkeit begrifflich anklingen zu lassen. Darüber hinaus regen Hyperlinks zu konkreten Hörbeispielen dazu an, sich direkt auch auf besondere Erfahrungen von Zeit einzulassen. – Ein Buch für all diejenigen, die Grundlegendes über Zeit nicht nur lesen wollen, sondern sich im Idealfall auch für einen taktvollen Umgang mit Zeit motivieren lassen möchten. (*Verlagstext*)

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783111403632/html>



Janin Afken

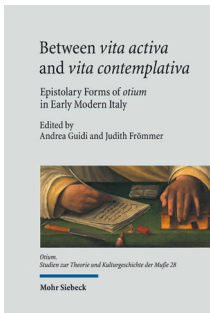
Lesbische* Eigenzeiten

Temporalität in der feministischen* Literatur der DDR und BRD, 1971-1983

2024

Bielefeld: transcript Verlag

Welche Rolle spielt Temporalität in der Literatur? Aufbauend auf der soziologischen Arbeit Helga Nowotnys überträgt Janin Afken erstmals das Konzept der „Eigenzeiten“ auf die bislang in der Forschung vernachlässigte lesbisch*-feministische* Literatur der 1970er Jahre. In einer vergleichenden Analyse von sechs Werken aus der BRD und der DDR setzt sie den Fokus sowohl auf das performative Erschreiben alternativer (lesbischer*) Wirklichkeiten jenseits der heteronormativ-patriarchalen Zeitökonomie als auch auf die Reflexion der Schreibprozesse – und entwickelt die Darstellung diverser Zeitmodelle im Sinne einer queeren Literaturwissenschaft weiter. (Verlagstext)



Judith Frömmel, Andrea Guidi

Between vita activa and vita contemplativa

Epistolary Forms of otium in Early Modern Italy

2024

Tübingen: Mohr Siebeck

Über Formen der Muße erschließt sich ein neuer Zugang zu den Briefkulturen im Italien der frühen Neuzeit. In den Korrespondenzen von Politikern, Familien, Künstlerinnen und Künstlern oder Komponisten (voll)ziehen und verschieben sich die Grenzen zwischen tätigem und kontemplativem Leben in einer Weise, die uns vielleicht sogar neue Perspektiven auf die sozialen Medien der Gegenwart eröffnen könnte. (Verlagstext)



Jochen Gimmel

Zeit haben – Zeit sein

Ein Plädoyer für Zeit

2023

Tübingen: Mohr Siebeck

Ständig stehen wir unter Zeitdruck; mit jedem neuen Mittel zur Zeitersparnis verstricken wir uns nur immer tiefer im Gespinnst aus Terminen und Fristen. Viele lasten das der Zeit selbst an und wünschen sich „Freiheit von der Zeit“ oder doch wenigstens „Zeitvergessenheit“. Dem möchte Jochen Gimmel mit dem einfachen Gedanken begegnen, dass Zeit nie mangeln kann, solange man lebt, da wir selbst die Zeit sind, die wir haben. Doch das wirft die knifflige Frage auf, was wir mit Zeit meinen. Der Autor deutet in einigen aporie-affinen Überlegungen Zeit als Vollzugsform und zugleich als „transzendentalen Geschehnis-Horizont“, um so ein theoretisches Fundament für eine lebenspraktische Aneignung der Zeit zu gewinnen. Dem folgen drei kurze Essays zur Zeitpolitik, zur technisch-medialen Zeitordnung im Verhältnis zur Langeweile und schließlich zur Erschließung der Zeit als „Heimat im Prozess“, einem Wohnen im Wünschen. (Verlagstext)



Anna Henkel, Melanie Bitzer, Prof. Dr. Isolde Karle u.a. (Hrsg.)

Zeit und Sorge

2023

Mannheim: Nomos

Die Verbindung von Zeit und Sorge zeigt sich im modernen Verständnis von Sorge als gegenwärtigem Zukunftsbezug. Die interdisziplinären Beiträge des Bandes betonen darüber hinaus weitere relevante Bezüge auf Vergangenheit und Gegenwart sowie in nicht-linearen Zeitvorstellungen. Sie zeigen u. a., dass Vergangenheit ebenso offen wie Zukunft sein kann, wenn sie nicht abschließend verarbeitet wurde oder gegenwärtig keine sichere Vergangenheitsdeutung möglich ist. Die Analyse der Pluralität von Zeitvorstellungen zeigt, wie verschieden diese auf den Schweregrad von Sorge wirken. Die Untersuchung von Zeit und Sorge ermöglicht, theoretisch-konzeptionelle Perspektiven und die Entwicklung von Perspektiven für die moderne Gesellschaft zu verbinden. (*Verlagstext*)



Gregor Dobler, Tilman Kasten

Muße und Mußeforschung

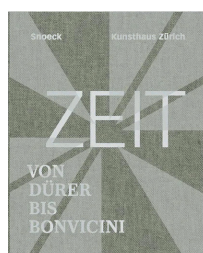
Ein Kompendium

2023

Tübingen: Mohr Siebeck

Der vorliegende Band gibt einen kompakten, interdisziplinär angelegten Überblick über die Konzeptgeschichte und die gesellschaftliche Relevanz von Muße. Muße entlastet auf Zeit von Produktivitätsansprüchen der Gesellschaft und ermöglicht damit Freiheit und vielfältige Kreativität. Gerade deshalb ist sie umstritten: Die Möglichkeit, gesellschaftliche Ansprüche für eine Weile zu vergessen, wird stets nur gewissen Gruppen zugestanden. An Diskussionen über Muße zeigen sich gesellschaftliche Vorstellungen von Produktivität deshalb ebenso deutlich wie Zuschreibungen an das gute Leben einzelner Gruppen. Das gilt gerade auch heute, da Muße in der Kritik an kapitalistischer Arbeits- und Gesellschaftsorganisation neue Prominenz gewinnt und als Gegenbild zu deren Beschleunigung erscheint.

Der Freiburger Sonderforschungsbereich 1015 hat mehr als zehn Jahre lang in interdisziplinärer Perspektive Mußevorstellungen und Mußepraktiken untersucht. Das Kompendium „Muße und Mußeforschung“ macht seine wichtigsten Ergebnisse zugänglich und bietet damit gleichzeitig einen einführenden Überblick über die Mußeforschung. (*Verlagstext*)



Zürcher Kunstgesellschaft (Hrsg.)

Zeit – Von Dürer bis Bonvicini

2023

Zürich: Snoeck

Mit Beiträgen von Ann Demeester, Cathérine Hug, Monika Leonhardt, Mónica Bello, Sébastien Vivas, Interviews: Rüdiger Safranski & Stefan Zweifel, Anna Magdalena Elsner & Helga Nowotny, Cathérine Hug & Josef Teichmann, Nathalie Marielloni

Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik Gemeinnütziger e.V.

Geschäftsführender Vorstand:

Prof. Dr. Dietrich Henckel, Berlin (Vorsitz)
Dr. Karin Jurczyk, München (Stellvertretung)
M. A. Elke Großer, Knorrendorf
Björn Gernig, Dipl. Freizeitwissenschaftler,
Bremen

Beratender Vorstand:

Prof. Dr. Uwe Becker, Bochum
Prof. Dr. Christel Eckart, Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, Bremen
Prof. Dr. Fritz Reheis, Bamberg
Dr. Jürgen Rinderspacher, Hannover
Dr. Susanne Schroeder, Berlin
Dr. Helga Zeiher, Berlin

Geschäftsstelle:

Prof. Dr. Dietrich Henckel
Holsteiner Ufer 28
10557 Berlin
Telefon: (030) 393 45 30
Fax: (030) 314 281 51
d.henckel@isr.tu-berlin.de
d.henckel@zeitpolitik.de

Kontoverbindung: Zeitpolitik e.V.
Postbank Berlin
IBAN: DE 83 1001 0010 0533 0481 05
BIC: PBNKDEFF

www.zeitpolitik.org

Impressum

Das Zeitpolitische Magazin (ZpM) für die Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik e.V. und für Interessierte im Umfeld erscheint mehrmals im Jahr. Es wird von der DGfZP herausgegeben. Es steht zum kostenfreien Download auf der Webseite des DGfZP und wird an Interessenten per E-Mail versandt. Bestellung und Abbestellung bitte formlos an die Redaktion.

ISSN 2196-0356

Verantwortlich für Inhalt (V.i.S.d.P. und gemäß § 10 Absatz 3 MDStV): Dr. Helga Zeiher

Redaktion:

Dr. Helga Zeiher (Leitung) – helga-zeiher@outlook.de
Dr. Susanne Schroeder – s.schroeder@zeitpolitik.de
Elke Großer, M. A. – elke-grosser@t-online.de

Satz: Anna von Garnier – www.annavongarnier.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Das ZpM ist als Gesamtwerk urheberrechtlich geschützt. Das Copyright liegt bei der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik e.V., das Urheberrecht namentlich gekennzeichneten Artikel liegt bei deren Verfasser/innen.

Das Zitieren aus dem ZpM sowie die Übernahme namentlich nicht gekennzeichneten Artikel ist gestattet, solange solche Inhalte keiner kommerziellen Nutzung dienen und die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik e.V. als Quelle genannt wird. Die Redaktion bittet um Zusendung eines Belegexemplars.

Das ZpM wird mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt; Links auf Webseiten von Dritten werden auf Funktionalität geprüft. Mit Urteil vom 12. Mai 1998, Aktenzeichen 312 O 85/98 „Haftung für Links“, hat das Landgericht Hamburg entschieden, dass man durch die Anbringung eines Links die Inhalte der verlinkten Webseite ggf. mit zu verantworten hat. Dementsprechend distanziert sich das ZpM ausdrücklich von allen Inhalten der Webseiten von Drittanbietern, auf die ein Link gelegt wird. Wir machen uns deren Inhalte nicht zu eigen.

Verletzungen von Urheberrechten, Markenrechten, Persönlichkeitsrechten oder Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht auf fremden Webseiten waren nicht augenscheinlich und sind der Redaktion eben so wenig bekannt wie eine dortige Erfüllung von Straftatbeständen.